

61

Bernd Rill (Hrsg.)

Die Ukraine – Partner der EU



Hanns
Seidel
Stiftung

Akademie für
Politik und
Zeitgeschehen

61

Bernd Rill (Hrsg.)

**Die Ukraine –
Partner der EU**

ISBN 978-3-88795-329-4

© 2008 Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München
Akademie für Politik und Zeitgeschehen
Verantwortlich: Dr. Reinhard C. Meier-Walser (Chefredakteur)

Redaktion:
Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin)
Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin)
Friederike Pfaffinger (Redaktionsassistentin)

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form
(durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren)
ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion reproduziert
oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Inhaltsverzeichnis

<i>Bernd Rill</i> Vorwort	5
<i>Klaus Rose</i> Einführung.....	7
<i>Friedrich-Christian Schroeder</i> Etablierung der Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine.....	13
<i>Ernst Lüdemann</i> Nach den Septemberwahlen 2007 – innerukrainische Gegensätze	19
<i>Rainer Lindner</i> Parteien in der Ukraine – Zwischen Demokratisierung und Orientierungskrise	29
<i>Klaus Heller</i> Die Ukraine – Partner oder Opfer Moskaus?	37
<i>Taras Kijak</i> Die Ukraine und Russland: Probleme und Perspektiven des Nebeneinanderseins.....	45
<i>Jerzy Maćków</i> Berlin und Kiew in der Warschauer "Geopolitik"	53
<i>Dmytro Zlepko</i> Die Ukraine als "Rohstoffleiter" zwischen Europa und Asien	63
<i>György Nogradi</i> Die Ukraine und die europäische Sicherheitsstruktur	75
<i>Aron Buzogany / Ion Marandici</i> Vom Statisten zum Akteur? Die Europäische Nachbarschaftspolitik und die Rolle der Ukraine im Transnistrien-Konflikt	79
Autorenverzeichnis.....	91

Vorwort

Bernd Rill

Im Internet besteht eine Website mit dem Titel "Yalta European Strategy", im Akronym sinnigerweise "YES", und sie nimmt unmissverständlich Bezug auf ein "International network for Ukraine in the EU". "Yalta" war im Kalten Krieg ein Schlagwort gewesen, mit dem die Aufteilung Europas zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion bezeichnet wurde, da sich Roosevelt, Churchill und Stalin auf der Konferenz von Yalta im Februar 1945 in diesem Sinne geeinigt hätten. Nun wird die Vokabel "Yalta" umfunktioniert, gewissermaßen exorzisiert, um auf die Einheit Europas hinzuweisen, die der Krönung durch den EU-Beitritt der Ukraine bedarf.

Unsere Publikation geht davon aus, dass dies in der Tat eines der mittleren oder fernerer Ziele der EU sein muss, von dem, vorbehaltlich des schwer zu prognostizierenden Zeitrahmens, nicht abgewichen werden darf. Freilich setzt eine solche Perspektive voraus, dass die nicht unerheblichen internen und externen Probleme des Landes auf dem Weg zu einer Mitgliedschaft nicht ausgeblendet werden. Diesen Problemen, aber auch den Argumenten, die für einen EU-Beitritt der Ukraine sprechen, wird in den folgenden Beiträgen im Einzelnen nachgegangen. Nach dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum 1. Januar 2007 ist es in den maßgeblichen Kreisen der EU ohnehin zum Thema geworden, dass eine zukünftige Erweiterung der EU nur erfolgen sollte, wenn dabei eine gewisse "Nachhaltigkeit" gesichert ist. Dies entspricht einer aktuellen Erweiterungsmüdigkeit im europäischen Publikum sowie der Erkenntnis der Fachleute, dass die Integration der gegenwärtigen EU noch manche gravierende interne Mängel aufweist, die durch weitere geographische Ausdehnung nicht überspielt werden dürfen und können.

Es ist einer besonderen Anstrengung wert, das Verhältnis zwischen Ausweitung der EU und Ausweitung der NATO genauer zu ergründen. Für unser ukrainisches Thema ist es offensichtlich von Belang. Nach der "Orangen Revolution" der Jahreswende 2004/2005 hat es aus Kiew offizielle Äußerungen gegeben, die Ukraine wolle 2008 der NATO beitreten. Die USA förderten diese Auffassung. Die russische Reaktion damals war als entweder überrascht oder vielleicht sogar als wohlwollend zu interpretieren, denn Außenminister Lawrow erklärte, es sei an der Ukraine, ihre Partner auszuwählen, seien es nun Staaten oder Organisationen. Schließlich hatte Russland am Ende auch der Aufnahme der drei baltischen Staaten in die NATO zugestimmt, nachdem es in den 1990er-Jahren erst einmal dagegen Sturm gelaufen war.

Dass jedoch der NATO-Gipfel von Bukarest (2./3. April 2008) der Ukraine nicht die erhoffte Anwartschaft auf eine NATO-Mitgliedschaft in Gestalt einer Aufnahme in den "Membership Action Plan" einbrachte, ist ohne die Rücksichtnahme wichtiger NATO-Mitglieder, darunter auch der Bundesrepublik Deutschland, auf die Empfindlichkeiten Russlands nicht erklärbar. Geht es um die Einbeziehung der Ukraine in westliche Strukturen, sitzt Russland unsichtbar mit am Tisch. Das wäre im Falle von substanziellen Verhandlungen zwischen der EU und der Ukraine ebenso der Fall. Damit kann man umgehen, wenn man ein gutes außenpolitisches Konzept hat, ignorieren kann man es unmöglich.

Die Frage der EU-Erweiterung um die Ukraine ist damit von einer Bedeutung für die zukünftigen Außenbeziehungen des integrierten Europas wie sonst nur noch das Thema des Beitritts der Türkei. Die EU hat bis jetzt kein dezidiertes außenpo-

litisches Profil entwickelt, das ihre Wirtschaftskraft adäquat in internationalen Einfluss umsetzen würde. Wollte sie (rein hypothetisch gesprochen) die Ukraine und/oder die Türkei aufnehmen, dann käme sie um die Gestaltung eines solchen Profils nicht mehr herum. Die aktuelle EU-Nachbarschaftspolitik kann im einzelnen viel Gutes tun, auch auf diplomatischem Gebiet, da sie ein Engagement der EU bedeutet, ohne auf eine Beitrittsperspektive festzulegen. Denn es ist nicht ihre Aufgabe, strategische Perspektiven der Erweiterung zu bestimmen. Hinter der Ukraine jedoch steht das Verhältnis der Europäischen Union zu dem großen russischen Nachbarn, der eine Weltmacht war und es

wieder werden möchte. Hinter der Türkei steht das Verhältnis der EU zum Nahost-Konflikt und zur islamischen Welt insgesamt.

Die "EU-Kompatibilität" beider Staaten ist hier nicht näher zu behandeln oder zu vergleichen. Jedenfalls aber sind die Beziehungen der EU zu ihnen ein Testfall, inwieweit es dieser gelingt, von einer wirtschaftlichen zu einer politischen Gemeinschaft zu werden – ein Ziel, das bereits hinter den "Römischen Verträgen" von 1957 gestanden hatte, immer noch nicht erreicht ist und daher eigentlich die Diskussionen um die europäische Integration beherrschen sollte.

Einführung

Klaus Rose

Wie genau kennen wir die Ukraine wirklich? Ist sie unser Nachbar? Ist sie unser Konkurrent? Ist sie eine Bedrohung? Sieht die Ukraine uns als Nachbarn? Bekanntlich hat dieses große Land selbst sieben Nachbarstaaten, mit denen es mehr oder weniger gut auskommt. Es hat kürzere gemeinsame Grenzen mit Polen, der Slowakei, Ungarn, Rumänien und Moldawien sowie längere Grenzen mit Weißrussland und die sehr lange Grenze mit Russland. Auch die Hohe See, das Schwarze Meer, ist ein bedeutender Nachbar, der schon im Altertum fremde Heerscharen heranführte.

1992 fand eine Konferenz in Kiew statt, bei der die Grundstrukturen der neuen Demokratie beleuchtet wurden. Ich erinnere mich gut, mit welch großen Augen die ukrainischen Gesprächspartner damals auf die bayerischen Politiker und Professoren schauten. Zwischen München und Kiew, zwischen der Ukraine und Bayern sollten besondere Beziehungen hergestellt werden. Alles schien sich dynamisch zu entwickeln, so wie es bereits in den 1970er-Jahren grundgelegt worden war. Außerdem hatten die legendären Fußballbegegnungen der 70er-Jahre zwischen Dynamo Kiew und Bayern München im Europacup der Landesmeister aber wirklich Signalwirkung.

Dann wurde es wieder ruhiger. Auch die Töne aus Bayern klangen abwartend, um nicht zu sagen abweisend, wenn es darum ging, die Ukraine ganz eng an das europäische Geflecht zu binden. Da nahm es sich fast wie ein Abschiedsgeschenk aus, dass der bayerische Ministerpräsident im Jahre 2007 nochmals nach Kiew und auf die Krim fuhr und hinterher in bayerischen Medien folgendermaßen zitiert wurde: "Stoiber sagt Ukraine Unterstützung zu"¹ und "Stoiber umwirbt die Ukraine"².

Im Einzelnen hieß es, dass die Partnerschaft wiederbelebt oder dass eine bessere Verzahnung der früheren Sowjetrepublik mit Europa angestrebt werden sollte. Wörtlich wurde Edmund Stoiber zitiert: "Die Ukraine kann auf ihrem europäischen Weg mit der vollen Unterstützung der Bundesregierung und Bayerns rechnen." Aber in der Süddeutschen Zeitung wurde auch darauf verwiesen, dass der Ministerpräsident für November 2007 ein Treffen der gemeinsamen Regierungskommission ankündigte, die seit mehreren Jahren nicht mehr zusammengekommen war. Das klang wie eine späte Erkenntnis, fast wie eine Wiedergutmachung.

Welchen "europäischen Weg" meinte Edmund Stoiber? Was meinte er mit "voller Unterstützung"? Etwa Ähnliches wie Gerhard Schröder nach dem 11. September 2001 mit der "uneingeschränkten Solidarität" gegenüber den vom Terrorismus angegriffenen Vereinigten Staaten?

Ich muss zugeben, dass ich als Mitglied der deutsch-ukrainischen Parlamentariergruppe zwischen 1998 und 2005 manchmal darüber Enttäuschung empfunden hatte, dass der Gesprächsfaden auf beiden Seiten zum Zerreißen gespannt war. Wir wollten mehr tun für die Ukraine. Wir organisierten gegenseitige Parlamentsbesuche. Wir halfen bei bilateralen Ausstellungen und Universitätspartnerschaften mit. Aber es kamen immer bremsende Erklärungen von höheren Parteipolitikern und auch von Regierungsmitgliedern. Das neue freie Land wurde seinem Schicksal überlassen. Erst die "Orangene Revolution" von 2004 hatte wieder neue Begeisterung entfacht.

Und jetzt? Jetzt scheint es erneut klammheimliche Freude zu geben, dass die Probleme der Ukraine fast unüberwindlich

sind oder so aussehen. Der Vorwurf von Juschtschenko, dass Moskau die Aufklärung seiner Vergiftung behindere, passt dazu ebenso wie die versuchte Verhinderung der Kandidatur von Julia Timoschenko für die Parlamentswahl vom 30. September 2007. In der Ukraine scheint es – trotz äußerlicher demokratischer Strukturen mit einem Mehrparteiensystem – politisch drunter und drüber zu gehen.

Jedenfalls gibt es nicht zuletzt deshalb keinerlei Initiativen seitens der CDU/CSU oder der SPD zu dem Komplex Ukraine-EU-NATO. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Ruprecht Polenz, hatte mich bei meinen Recherchen an den Berichterstatter für die Ukraine im Auswärtigen Ausschuss, Manfred Grund, verwiesen. Dieser hatte am 20. Juni 2007 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" einen Beitrag veröffentlicht, wonach es "in der Ukraine keine Lichtgestalt" gebe und die politischen Richtungskämpfe die ukrainische Gesellschaft anwiderten. Deutschland und die EU sollten sich in diesem Konflikt möglichst zurückhalten, empfahl Manfred Grund.

Das Thema Ukraine steht also in der deutschen Politik nicht an oberster Stelle. Das hat zum einen mit innenpolitischen Fragen zu tun, zum anderen hängt das aber auch mit fehlenden strategischen Überlegungen zusammen. Es gibt auch mächtige Gegenströmungen.

Damit befinden wir uns beim Grundproblem der derzeitigen Europapolitik. Die EU scheint überdehnt zu sein, sie scheint zu viele strukturelle Probleme zu haben. Weitere Schwierigkeiten will man sich nicht aufhalsen. Die ursprünglich durchaus mögliche enge Anbindung oder gar Mitgliedschaft ist für manchen Aspiranten versperrt.

Aber die eigentliche EU-Maschinerie läuft. So hat bekanntlich die Europäische Gemeinschaft seit der staatlichen Unabhän-

gigkeit der Ukraine zu Beginn der 1990er-Jahre den ökonomischen und politischen Transformationsprozess durch das TACIS-Programm (Technical Aid to the Commonwealth of Independent States) gefördert (bis 2006 mehr als 1 Mrd. Euro). Seit 2007 gibt es das ENPI (Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument), das für die Jahre bis 2010 weitere knappe 500 Mio. Euro bringen soll. Auch bilateral gibt es Programme. Dabei hatte sich die Ukraine verpflichtet, die Grundsätze der Demokratie, der Menschenrechte und der Marktwirtschaft zu achten. Inzwischen löste die erweiterte EU mit 35 Prozent des gesamten Außenhandelsvolumens Russland als wichtigsten Handelspartner der Ukraine ab. Die Ukraine exportiert meist Rohmaterialien, Agrarprodukte und Energie in den Westen und importiert vor allem Maschinen und chemische Produkte. Es ging und geht also vieles voran, ohne dass die ganz großen politischen Themen ständig auf der Tagesordnung stehen.

Wichtige Themen, die in den nachfolgenden Beiträgen im Einzelnen u.a. diskutiert werden, sind die Entwicklung der politischen Parteien in der Ukraine, die Fortentwicklung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit sowie die Bedeutung der Kirchen und deren Einfluss auf Gesellschaft und Politik. Es geht vor allem um den politischen Reifeprozess der Ukraine, der bei einer näheren Bindung an die Europäische Union unerlässlich ist.

Wir werden auch nicht an der Frage vorbeikommen, wie groß Europa eigentlich sein kann. Es hatte natürlich in den zurückliegenden Jahren geheißen, bei erreichter Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie wirtschaftlichem Standard könne die Ukraine trotzdem nicht Mitglied der EU werden, denn sonst müsste man ja auch Australien aufnehmen.

"Ukraine – Partner der EU" – damit wäre die Frage nach der Größe, nach der Ausdehnung Europas in dieser Region beant-

wortet. Denn wir sprechen nur von einer Partnerschaft. Hinterfragen dürfen wir trotzdem, ob die Ukraine gleichzeitig ein guter Partner der EU und Russlands sein wird und kann. Da geht es nicht bloß um die traditionell prorussische Ost-Ukraine, sondern um die Fähigkeit des Gesamtstaates zum Partner. Wohin pendelt die Ukraine? Meiner Meinung nach hat die Orange-Revolution politische Stabilität gekostet und das Wirtschaftswachstum zeitweilig gebremst. Aber trotz der Erstarkung des eher russlandfreundlichen Janukowitsch hat sie doch eine Richtungsentscheidung für eine EU-Orientierung gebracht.

Diese dürfte unumkehrbar sein. Das Angebot der EU zu guter Nachbarschaft oder zu Partnerschaft fällt also nicht in luftleeren Raum. Die Erwartung, von der EU mehr zu bekommen als von Russland, bietet der EU daher einen guten Hebel zur Einwirkung auf die innere Entwicklung der Ukraine. Recht wertvoll auf dem Weg zu einer besseren Wirtschaftsentwicklung hatte sich seit Ende der 1990er-Jahre die "Deutsche Beratergruppe Wirtschaft" bei der ukrainischen Regierung erwiesen. Ich hatte bei mehreren Besuchen in Kiew deren Tätigkeit kennengelernt und dabei das "Bohren dicker Bretter" bewundert. Im "Wirtschaftspolitischen Leitfaden für die Ukraine" hatte die Beratergruppe sehr konkrete Themen angesprochen und 1999 auf "die nächsten 1000 Tage" verwiesen.

Als damaliger Vorsitzender des Verteidigungsausschusses hatte ich schon ab 1994 gute Kontakte zu meinem Kollegen aus der Ukraine, Wladimir Muchin, entwickelt. Im Frühjahr 1995 lenkte ich dann eine Delegation in die Ukraine, als ich auf dem Weg nach Moskau war.

Der Weg nach Moskau führte also bewusst über die Ukraine. Dass es sich zufällig um den Tag der Aufteilung der sowjetischen Schwarzmeerflotte auf Russland und die Ukraine handelte, gab den politischen Gesprächen die besondere Würze. Es wurde

wie auf dem Jahrmarkt um jedes Schlachtschiff, jedes U-Boot gekämpft. Doch hinter vorgehaltener Hand in Odessa erfuhren wir, dass man sich die veralteten Schiffe kaum leisten konnte. Wir hatten vor gut zehn Jahren auch noch die scharf geführte Diskussion der NATO-Osterweiterung und die Heranführung ehemaliger Sowjetstaaten an das westliche Bündnis. Mit den drei baltischen Staaten ist das gelungen. Seit 1994 war auch die Ukraine dem NATO-Programm "Partnerschaft für den Frieden" beigetreten. 1998 legte der damalige Präsident Kutschma sogar eine Strategie für eine europäische Integration des Landes vor. Er galt aber nicht als großer Demokrat, ebenso wenig wie damals Mečiar in der Slowakei. So reagierten EU und NATO jeweils zurückhaltend. Russland nutzte jegliche Schwäche, um die Ukraine weiterhin als "nahes Ausland" zu reklamieren. Eine durchaus denkbare Assoziierung oder gar Integration in den Westen rückte wieder in eine weitere Ferne.

Jetzt gilt die ehemalige Sowjetrepublik mehr als Puffer denn als Partner oder gar Mitglied. Die Bedeutung der strategischen Verbesserung durch einen NATO- oder EU-Beitritt darf man praktisch nicht mehr unterstreichen. Immerhin redet man noch über eine gesamteuropäische Sicherheitsstruktur.

Was aber bietet die Ukraine im Rahmen der europäischen Sicherheitsarchitektur? Ist nicht Georgien in diesem Zusammenhang ein gutes Stück weiter? Dessen Außenminister Gela Beschuaschwili hatte sich wieder bei der NATO in Brüssel sehen lassen. In Tiflis weiß man die Amerikaner an Georgiens Seite. Aber formale Beitrittsgespräche gibt es nicht.

Die europäischen NATO-Partner wissen um deren zweiseitige Problematik angesichts der eigenen Schwäche Georgiens und der neuen Stärke Russlands. Sie wissen, dass beispielsweise Armenien, das andere Land im Kaukasus, das sich zu Recht

als Teil Europas betrachtet und eines ferneren Tages auch der Europäischen Union beitreten könnte, traditionell enge Beziehungen zu Russland hält. Das wird angesichts der Türkei-Problematik auch lange so bleiben.

So haben wir einerseits Georgien, andererseits Armenien und sehen die schwierige Gemengelage in dieser Region. Sie wird nicht einfacher, wenn man an die Pipelines denkt, die immer auch geo- und machtpolitische Faktoren beinhalten. All das bisher Gesagte gilt natürlich auch für die Ukraine. Dazu kommt, dass es zweifellos eine zunehmend auftrumpfende Außenpolitik Russlands gibt.

Der französische Präsident Nicolas Sarkozy äußerte sich auf der ersten Botschafterkonferenz unter seiner Präsidentschaft wie folgt: "Russland setzt seine Rückkehr auf die weltpolitische Bühne durch, indem es mit einer gewissen Brutalität seine Trümpfe ausspielt, besonders im Erdöl- und Erdgasbereich." Und der ehemalige deutsche Außenminister Joseph Fischer betonte in einem Gastbeitrag für die "Süddeutsche Zeitung", dass Russland eine neue, auftrumpfende Außenpolitik entwickle, die imperiale Züge annehme.³ Fischer schrieb dann weiter: "Allerdings dürfen die EU und ihre Mitgliedstaaten eine Rückkehr Russlands zu einer imperialen Politik der Einflusszonen nicht zulassen, ohne ihre eigenen zentralen Interessen auf das Schwerste zu beschädigen. Deshalb ist die Unabhängigkeit der Ukraine so wichtig und auch die europäische Orientierung der Türkei."

Es steht fest, dass die Ukraine keinen NATO-Beitritt mehr anstrebt. Es ist lediglich von guten Beziehungen zur NATO wie auch zu Russland die Rede. Die Ausrichtung auf mehr westliche Strukturen ist aber in der Ukraine eingeleitet. Dazu gehören auch die geplante Verringerung der Streitkräfte bis 2011 von ca. 245.000 auf ca. 143.000, davon 116.000 Soldaten, und

die Umwandlung in eine Freiwilligenarmee. Mit der vermehrten Teilnahme an internationalen Einsätzen hat sich die Ukraine als hinreichend zuverlässiger Partner in der internationalen Gemeinschaft erwiesen (NATO und UN). Auch mit Deutschland selbst hält die Ukraine gute militärpolitische Beziehungen, die der Heranführung an die euro-atlantischen Sicherheitsstrukturen dienen. Die jährlichen Seminare "Streitkräfte in der Demokratie" und die Generalstabsausbildung in Deutschland bestärken dieses Ziel. Dass die Ukraine einem Transitabkommen zum Landtransport von Wehrmaterial und Personal per Eisenbahn nach Afghanistan zugestimmt hat, beweist ebenfalls die offene Einstellung.

Schon im Juni 1998 hatte ich bei einer Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung in Zagreb geäußert: "Zur europäischen Stabilitätsordnung gehört auch eine Partnerschaft zwischen der NATO und der Ukraine. Eine unabhängige, demokratische und stabile Ukraine – mit territorialer Integrität und anerkannten Grenzen – ist für die Stabilität Europas unverzichtbar. Das Land hält eine Balance, die Geographie und Geschichte aufgeben." Deswegen freue ich mich über jedes gute Ergebnis auf dem Weg zur gesicherten Stabilität in Europa.

Kein NATO-Beitritt also und keine Mitgliedschaft in der Europäischen Union, aber Partnerschaft, das ist derzeit die "Gefechtslage". Trotzdem werden stets neue Planspiele gemacht. Das außenpolitische Kürprogramm der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 formulierte gar eine "neue Ostpolitik". Man dachte dabei an die Überarbeitung und den Ausbau der noch relativ jungen bilateralen "europäischen Nachbarschaftspolitik" (ENP). Dadurch solle ein "Ring von Freunden" um die EU etabliert werden. Für EU-Anrainerstaaten solle es eine echte Alternative zum Beitritt geben. Ob man sich dort damit begnügt? Im Maghreb, im Nahen Osten, im Kaukasus, am Schwarzen Meer? Der Text der Berliner Erklärung

während der deutschen Präsidentschaft weist den attraktiven Satz auf: "Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind zu unserem Glück vereint."

Werden nicht andere Menschen ebenfalls dieses Glück suchen? Hilft die EU nicht auch, die wichtigsten Minderheitenprobleme zu lösen, indem sie eine friedliche Perspektive bietet? Hat der Vorschlag des griechischen Europaabgeordneten Ioannis M. Varvitsiotis (Nea Demokratia) zur Gründung eines "Europäischen Commonwealth" einen besonderen Charme? Wer in der Praxis nicht vorankommt, produziert blühende Phantasien in der Theorie.

Was dürfen wir also von der Ukraine erwarten, was von der EU?

Die europapolitischen Vorstellungen der politischen Lager in der Ukraine sind äußerlich kaum zu unterscheiden. Aber in der praktischen Umsetzung zeigen sich Konturen. Manche sprechen sogar davon, dass sich Juschtschenko um einen Beitritt zur NATO bemüht, während die Kräfte um Janukowitsch eine Schaukelpolitik zwischen Moskau und Brüssel betreiben.

Anmerkungen

¹ Passauer Neue Presse, 10.8.2007.

² Süddeutsche Zeitung, 9.8.2007.

Wie steht es um das leidige Thema Grenz-sicherheit? Unser Ziel war es, auch einen gemeinsamen Sicherheitsraum zu schaffen, mit hohen rechtsstaatlichen Standards der Kriminalitätsbekämpfung. Allerdings soll ab 2008 der Schengen-Raum erweitert werden. Aber sind die mittelosteuropäischen Staaten schon in der Lage, die Sicherheit an ihren Grenzen zu gewährleisten? Immerhin sind in den letzten Monaten entlang der Grenzen von Deutschland, Österreich und Italien noch über 23.000 Illegale aufgegriffen worden.

Schon warnt zum Beispiel der bayerische Europaparlamentarier Manfred Weber im Interview mit der "Passauer Neuen Presse" vor der Abschaffung der Kontrollen an den Grenzen zu Tschechien und Polen. Sonst komme es ab 2008 zu einer Zuwanderungswelle von Illegalen und zu einer großen Flüchtlingswelle, vergleichbar der Situation im Mittelmeer, die Spanien, Italien und Griechenland sehr belastet.⁴

Unsere Publikation soll mit neuen Erkenntnissen zu einer besseren, praxisorientierten Politik beitragen und vorhandene Vor- und Fehlteile abbauen.

³ Süddeutsche Zeitung, 31.8.2007.

⁴ Passauer Neue Presse, 10.9.2007.

Etablierung der Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine

Friedrich-Christian Schroeder

1. Einführung

Der Rechtsstaat wurde unter dem Kommunismus nicht nur in der Realität, sondern schon in der Idee abgelehnt, weil alles Recht vom Staat geschaffen und deshalb ein dem Recht unterworfenen Staat begrifflich unmöglich sei.

Aber die globale Entwicklung, insbesondere die KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) in Helsinki, hat die Sowjetunion immer stärker unter Druck gesetzt. Gorbatschow proklamierte die neuen Leitprinzipien der "Perestroika" (Wende) und "Glasnost" (Transparenz). Auf dem 19. Parteitag der KPdSU Ende Juni 1988 verkündete er ein neues Parteiprogramm. Darin wurde auch die "Vollendung des sozialistischen Rechtsstaats" angekündigt. Hierin lag eine eindrucksvolle Umkehr. Sie war allerdings gleich wieder mit einer Propagandalüge verbunden, indem von einer "Vollendung" des sozialistischen Rechtsstaats gesprochen wurde, der bisher schroff abgelehnt worden war. Aber inzwischen war die "Glasnost" real geworden: Der bekannte Journalist Waksberg kritisierte den Resolutionsentwurf in der "Literaturnaja gaseta", der größten Tageszeitung der Sowjetunion, mit den Worten: "Einen sozialistischen Rechtsstaat haben wir noch nicht einen einzigen Tag in der bisherigen Existenz des Sozialismus gehabt!" Daraufhin wurde die Formulierung in die "Schaffung eines sozialistischen Rechtsstaats" abgeändert.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus erfolgte in den postkommunistischen Staaten eine allgemeine Proklamierung des Rechtsstaats. In ihrer Verfassung von 1996 hat sich auch die Ukraine in

Art.1 als "souveränen und unabhängigen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat" bezeichnet.

Aber eine solche Bezeichnung in der Verfassung macht einen Staat natürlich noch nicht zum Rechtsstaat. Erstens ist der Rechtsstaat ein Oberbegriff, der in zahlreiche einzelne Erfordernisse zerfällt. Zum Zweiten kann das geschriebene Recht, das "law in the books", erheblich von der Rechtswirklichkeit, dem "law in action", abweichen.

2. Die Erfordernisse des Rechtsstaats

Der Rechtsstaat ist ein unscharfer Begriff, der teilweise überstrapaziert wird, nicht zuletzt vom deutschen Bundesverfassungsgericht zur Ausweitung seiner Kompetenzen. Dabei werden zum Teil demokratische Grundsätze, das Recht auf Opposition, der Grundsatz "Keine Strafe ohne Schuld" u.a. einbezogen.

Wesentliche Kernelemente des Rechtsstaats sind

- die Gewaltenteilung,
- die Unabhängigkeit der Richter (eigentlich schon ein Unterfall der Gewaltenteilung),
- die Anerkennung von Grundrechten mit bindender Wirkung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- der Rechtsschutz gegenüber der öffentlichen Gewalt,
- die Rechtssicherheit mit gleichmäßiger Rechtsanwendung und Rückwirkungsverbot und
- ausreichende Schutzrechte im Strafverfahren.

3. Der Zustand unter dem Kommunismus

Alle diese Elemente waren unter dem Kommunismus nicht vorhanden.

Gewaltenteilung

Es galt der Grundsatz des "demokratischen Zentralismus". Das Präsidium des Obersten Sowjet konnte wie früher der Zar "Ukase" erlassen; in dieser Form wurde zeitweilig fast die gesamte Gesetzgebung ausgeübt. Die Ministerien und sonstigen Behörden hatten eine unbeschränkte Macht zum Erlass von Verordnungen. Das Innenministerium (Volkskommissariat für Inneres, NKWD) konnte Verbannungen und damit Strafen verhängen. Vor allem aber machte die Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei mit ihrer Durchdringung aller Staatsorgane jede formelle Gewaltenteilung hinfällig.

In der Justiz wurden die Richter vom Volk gewählt, wobei die Kandidaten von der Partei aufgestellt wurden. Es hatte sich das sogenannte "Telefonrecht" herausgebildet, die Richter fragten jeweils vorher bei den Parteiorganen an, welche Gerichtsentcheidung geboten sei. Der entsprechende Verfassungsartikel wurde im Flüsterwitz umformuliert in: "Der Richter ist nur dem Gesetz unterworfen – und dem Telefonhörer." An Stelle einer Verwaltungsgerichtsbarkeit besaß die Staatsanwaltschaft ein Aufsichtsrecht gegenüber der gesamten Verwaltung.

Anerkennung von Grundrechten

Zwar sah die Stalin-Verfassung von 1936 einen umfangreichen Katalog von Grundrechten vor. Aber dies war nur eine Fassade. Die Grundrechte wurden teilweise schon durch Gesetz, im Übrigen durch die Praxis eingeschränkt. Auch theoretisch wurden die Grundrechte umfunktioniert,

sie wurden von Abwehrrechten gegen den Staat zu Mitwirkungsrechten beim Aufbau des Sozialismus. Aus dem Grundrecht auf Freiheit der Kunst wurde so das Recht, Kunstwerke zur Lobpreisung des Sozialismus zu schaffen. Schließlich enthielten fast alle Grundrechte in der Verfassung einen zweiten Absatz, in dem es hieß: "Dieses Recht wird durch die sowjetische Staats- und Gesellschaftsordnung gewährleistet." Damit war eine Verletzung der Grundrechte schon durch den Verfassungstext ausgeschlossen.

Gesetzmäßigkeit der Verwaltung

Das Verwaltungsrecht war zum größten Teil gesetzlich nicht geregelt. Damit fehlte die Grundlage für eine Bindung der Verwaltung an das Gesetz.

Rechtsschutz gegenüber der öffentlichen Gewalt

Das Verwaltungshandeln war grundsätzlich gerichtlich nicht angreifbar. Nur für einige wenige Angelegenheiten gab es den Rechtsweg zu den Gerichten, grotesker- und zynischerweise für die Nichteintragung in die Wählerlisten. Erst recht gab es keine Verfassungsbeschwerde. Es gab nur die Möglichkeit der Beschwerde bei der Staatsanwaltschaft.

Rechtssicherheit und Rückwirkungsverbot

Im materiellen Strafrecht beseitigten Kautschuktatbestände jede Berechenbarkeit. Zahllose Verurteilungen erfolgten aufgrund untergeschobener Beweismittel und unter Nichtberücksichtigung von Entlastungsbeweisen. Selbst die Todesstrafe wurde rückwirkend angewendet, und dies auch noch, nachdem das neue Unionsrahmengesetz über das Strafrecht von 1958 das Rückwirkungsverbot erstmals aner-

kannt hatte. Es hieß dazu einfach, Ausnahmen seien bei entsprechender Begründung zulässig. Rechtskräftige Gerichtsentscheidungen konnten im Wege des "Aufsichtsverfahrens" fast unbegrenzt zu Ungunsten des Verurteilten aufgehoben werden.

4. Die Transformation

Es war also ein wahrer Augiasstall, der in der Ukraine auf dem Weg zum Rechtsstaat ausgemistet werden musste. Dabei hatte die Ukraine das Problem, dass sie nicht nur – wie die anderen postkommunistischen Staaten – über eine stark kommunistisch geprägte Bevölkerungsgruppe verfügte, sondern außerdem – und teilweise deckungsgleich – über eine stark russisch geprägte und Russland anhängende Gruppe. Der Abbau des Kommunismus drohte daher zu einer Aufspaltung des Staates zu führen.

Den Anfang der Transformation brachte die Erklärung der Souveränität vom 16. Juli 1990. Sie enthält zugleich die Proklamation der Volksherrschaft, der Herrschaft der Verfassung und des Rechts und der Gewaltenteilung. Am 24. Oktober 1990 wurde die führende Rolle der Kommunistischen Partei abgeschafft. Mit der Unabhängigkeitserklärung vom 24. August 1991 erfolgte die Einführung des Amtes des Staatspräsidenten. In dieses ließ sich zunächst der bisherige Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjet, Krawtschuk, wählen. Seitdem ist die ukrainische Verfassungsentwicklung durch einen ständigen Kampf zwischen dem Präsidenten und dem Parlament mit der Regierung um die Kompetenzen und damit um die Aufteilung der Gewalten gekennzeichnet.

1992 wurde der bis dahin kaum bekannte Kutschma zum Ministerpräsidenten gewählt. Dies brachte zunächst eine Stärkung der Regierung. 1993 trat Kutschma jedoch angesichts einer radikalen Verschlechte-

rung der ökonomischen und politischen Lage zurück. Aber schon 1994 wurde er zum Präsidenten gewählt, wohl wegen seiner Herkunft aus der russisch geprägten Ostukraine. Nunmehr versuchte er eine Stärkung der Rolle des Präsidenten. Kutschma schränkte die Pressefreiheit ein und geriet unter den Einfluss von "Oligarchen". Die Opposition sprach von einer "Diktatur". Kutschma sah daraufhin von einer dritten Präsidentschaft ab. Nach Wahlfälschungen kam es zu der "Orangen Revolution". Die Stichwahl zum Präsidenten gewann Juschtschenko. Aber die Parlamentswahlen von 2006 gewann der russlandfreundliche Janukowitsch.

5. Die Etablierung der Elemente des Rechtsstaats

Gewaltenteilung

Damit sind wir bereits bei dem ersten Elemente des Rechtsstaats, der Gewaltenteilung. Wie unter dem Zarismus und dem Kommunismus besteht ein Recht des Präsidenten zum Erlass von "Ukassen". Dieses Wort wird oft mit "Erlass" oder "Dekret" übersetzt. Es entspricht dem Notverordnungsrecht des Reichspräsidenten nach der Weimarer Reichsverfassung, mit dem Unterschied freilich, dass ein Staatsnotstand als Voraussetzung nicht erforderlich ist. Darin liegt ein Eingriff der Exekutive in die Legislative. Ferner besteht ein Vetorecht des Präsidenten gegen Gesetze des Parlaments, das allerdings mit einer Zweidrittelmehrheit überstimmt werden kann.

Diese verschlungenen Befugnisse werden von beiden Seiten bis zum Letzten ausgereizt. Der Präsident erlässt Ukasse gegen Gesetze, er unterzeichnet Gesetze trotz Zweidrittelmehrheit gegen sein Veto nicht. Das Parlament erlässt daraufhin ein Gesetz, wonach, wenn der Präsident ein Gesetz nicht unterzeichnet, der Parlamentspräsident unterzeichnen kann. Der Präsident löst das Parlament mit einer zweifel-

haften Begründung auf; das Parlament weigert sich.

Hierdurch entsteht ein verheerender Eindruck für das öffentliche Rechtsbewusstsein, das Recht ist keine Herrschaftsordnung, sondern ein Mittel zum Zweck, wie nach der instrumentalen Rechtsauffassung des Kommunismus. Man mag zwar zur Entschuldigung sagen: Es hat sich noch keine stabile Verfassungsordnung herausgebildet, es tobt immer noch der Kampf um eine solche Ordnung. Aber trotzdem ist die Auswirkung auf das allgemeine Verständnis vom Recht verheerend.

In diese Auseinandersetzungen wird auch das Verfassungsgericht eingespannt. Der Präsident entlässt drei Verfassungsrichter wegen angeblicher Bestechlichkeit, und das Parlament verweigert unter formalen Vorwänden die Vereidigung von Verfassungsrichtern. Die Abgeordneten belagern das Verfassungsgericht. Das Parlament erlässt ein Gesetz, das dem Verfassungsgericht die Überprüfung der Verfassungsänderung von 2004 untersagt.

Immer wieder wird in der Ukraine der Kauf von Abgeordneten behauptet, insbesondere durch die Regierungspartei von Janukowitsch. Nach der Verfassung verliert ein Abgeordneter sein Mandat, wenn er nicht in eine andere Fraktion eintritt und der Parteivorstand einen entsprechenden Beschluss fasst (Art. 82 Abs. 2 Ziff. 6). Dies ist bisher jedoch noch nicht erfolgt, offensichtlich wegen der Spekulation auf künftige Fälle zu Gunsten der eigenen Seite.

Ein negativer Auswuchs der Gewaltenteilung ist die übertriebene strafrechtliche Immunität von Abgeordneten und Richtern. Daher lassen sich viele Mafiosi und Oligarchen zu Abgeordneten wählen. Die Richter sind nicht einmal wegen Korruption zu belangen.

Durch die Verfassungsänderung von 2004 wurde auch die allgemeine Aufsicht der Staatsanwaltschaft entgegen den Anforderungen des Europarats wieder eingeführt (Art. 121 Ziff. 5). Die fehlende Abgrenzung zur Verwaltungsgerichtsbarkeit ist eine Quelle ständiger Willkür. Die Staatsanwaltschaft wird auch gern als Instrument zur Bekämpfung von Konkurrenten eingesetzt. Auf der anderen Seite gibt es Eingriffe der Exekutive in staatsanwaltschaftliche Ermittlungen. So wurde der Mord an dem Journalisten Gongadse, bei dem der Verdacht der Beteiligung von offiziellen Stellen bestand, nicht verfolgt. Auch die Wirtschaftskriminalität wurde – vor allem unter Kutschma – nicht verfolgt.

Die Grundrechte und ihr Schutz

Die Verfassung enthält einen überaus umfangreichen Katalog von Grundrechten. Er umfasst die Art. 21-64, also 43 Artikel. Darunter finden sich in Anlehnung an das deutsche Recht der Schutz der Menschenwürde (Art. 21, 28) und das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 23). Es finden sich aber auch die Rechte auf Erholung, sozialen Schutz, hinreichenden Lebensstandard, auf Bildung, auf Staatshaftung, Kenntnis der Rechte und Pflichten, Rechtsbeistand und Schweigen im Strafprozess. Diese Rechte sind kaum realisierbar. Die Grundrechte "bestimmen Inhalt und Richtung der Tätigkeit des Staates" (Art. 3 Abs. 2); ihre "Bekräftigung und Einhaltung sind Grundanliegen des Staates" (Art. 3 Abs. 3); sie "wirken" – wie die ganze Verfassung – "unmittelbar" (Art. 8).

Aber es gibt keine individuelle Verfassungsbeschwerde, nicht einmal – wie in Russland – gegen Gesetze. Das Recht auf eine Verfassungsbeschwerde haben nur der Präsident, eine Gruppe von mindestens 45 Abgeordneten und der Menschenrechtsbeauftragte des Obersten Rats der Ukraine

(Art. 150 der Verfassung). An den Letzteren kann der Einzelne eine Beschwerde richten (Art. 55, 101 der Verfassung). Dieses Verfahren ist noch weitgehend ungeklärt, erscheint aber eher ineffektiv.

Gesetzmäßigkeit der Verwaltung

Der Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung hat zwei Komponenten, nämlich

- die allgemeine Bindung der Verwaltung an das Gesetz und
- den sogenannten Vorbehalt des Gesetzes: Eingriffe in Grundrechte müssen durch Gesetz erlaubt sein, und zwar präzise.

Schon 1992 erging in der Ukraine ein Gesetz über die örtliche Selbstverwaltung. Zahlreiche Verwaltungsgesetze sind geplant, aber nicht so schnell realisierbar. Angesichts dieser gewaltigen Aufgabe erscheint Nachsicht angebracht. Für das Verwaltungsverfahren liegt immerhin ein fertiger Gesetzentwurf vor.

Eine schwere Beeinträchtigung der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung liegt in der verbreiteten Korruption. Im Jahr 2000 hielten 55% der Geschäftsführer von Unternehmen eine Korruption für unerlässlich. Im Jahr 2005 waren es immer noch 34%. Sogar in der Justiz halten 50% der Anwälte Korruption für verbreitet.

Gerichtlicher Rechtsschutz gegenüber der öffentlichen Gewalt

Art. 55 Abs. 2 der Verfassung von 1996 enthält eine Rechtsweggarantie. Aber zunächst gab es nur die Zuweisung einzelner Angelegenheiten an die ordentlichen und die Wirtschaftsgerichte. Immerhin hat das Oberste Gericht 2004 die Wahl für ungültig erklärt (siehe Punkt 4).

Seit 1993 laufen die Arbeiten an einem eigenen Verwaltungsprozessgesetz. Seit 2002 erfolgt der Aufbau einer eigenen Verwaltungsgerichtsbarkeit. Aber immer wieder gibt es hiergegen Widerstände. Sie kommen von den über ihre Kompetenzen wachenden Wirtschaftsgerichten und von den "bisinissmeny"-Abgeordneten. Der Präsident des Obersten Gerichts will nur Spezialabteilungen an den ordentlichen Gerichten. Der Staatspräsident hat ein Veto eingelegt, weil auch Normativakte und damit auch seine eigenen "Ukasse" angegriffen werden können sollen. Aber am 1. September 2005 ist das Verwaltungsprozessgesetz endlich in Kraft getreten. Gleichzeitig hat das Oberste Verwaltungsgericht seine Tätigkeit aufgenommen: 27 Bezirksverwaltungsgerichte sind geplant. Hierin liegt ein großer Fortschritt in Richtung Rechtsstaat. Allerdings wurde – wie dargelegt – 2004 die Aufsichtsbefugnis der Staatsanwaltschaft wieder eingeführt und damit die Abgrenzung zu der Verwaltungsgerichtsbarkeit und deren Kompetenz verunklart.

Schutz der Rechte im Strafverfahren

Zwar berichten Strafverteidiger von Geständnisgepresungen bei der Polizei, doch scheinen diese jedenfalls nicht so verbreitet zu sein wie in Russland. Auch in der Ukraine wird aber die Untersuchungshaft immer noch viel zu häufig verhängt. Immerhin wurde das Untersuchungshaftgesetz novelliert und dabei das Recht auf einen Verteidiger ab dem Zeitpunkt der Verhaftung festgelegt.

In einer Entscheidung vom 24. Oktober 2003 hat das Oberste Gericht der Ukraine ausdrücklich das Recht auf Verteidigung und freie Wahl des Verteidigers betont, allerdings dabei auch "Fehler" und "Beeinträchtigungen dieses Rechts" zugegeben.

6. Fazit

Die Auflösung des Rechtsstaats in seine einzelnen Voraussetzungen machen das Bild diffus und unübersichtlich. Das ist aber unvermeidlich, wenn man über grobe Pauschalurteile hinauskommen will. Das Bild von der Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine, so wie im Vorausgegangenen dargestellt, ist nicht vollkommen, sondern lässt im Gegenteil noch viele Defizite offen.

Immerhin lassen sich gewisse Pluspunkte gegenüber der Situation bei dem großen Nachbarn Russland feststellen. Dort

- werden regimekritische Demonstrationen unter fadenscheinigen Vorwänden verboten und die Teilnehmer, sei es der deutsche Grünen-Abgeordnete Beck, sei es der Schachweltmeister Kasparow, von der Polizei verprügelt oder verhaftet;
- werden Medien, die nicht auf der Linie der Regierung liegen, abgewürgt oder – wie kürzlich der letzte unabhängige Fernsehsender – von Staatsunternehmen aufgekauft;
- werden kritische Journalisten von anonymen Tätern zusammengeschlagen oder gar umgebracht. Das Interesse an solchem Vorgehen wie auch die laschen Bemühungen zur Aufklärung ziehen den Verdacht auf öffentliche Auftraggeber;
- wird dem Oligarchen Chodorkowskij ein Prozess mit offensichtlich voreingenommenen Richtern gemacht, nicht schon, nachdem er angeblich Wirtschaftsstraftaten begangen hat, sondern erst, als er zivilgesellschaftliche Vereinigungen unterstützt und eine ei-

gene Präsidentschaftskandidatur angekündigt hat;

- wird das Vermögen Chodorkowskij auf einer Auktion einer Strohmännchenfirma zugeschlagen und kurz darauf von einem Staatsunternehmen aufgekauft;
- wird der Shell AG mit einem Strafverfahren wegen angeblicher Umweltverstöße gedroht, falls sie nicht den Staatskonzern Gazprom an ihren Bohrrechten beteilige;
- gibt es eine fanatische, militärisch organisierte regimetreue Jugendorganisation ("Die Unsrigen"), die – wie SA-Sturmtrupp – Drohung und physische Gewalt entfaltet und z.B. die Botschafterin Estlands wegen unbotmäßigen Verhaltens dieses Staates physisch bedrängt hat.

Ähnliches hört man seit einiger Zeit aus der Ukraine nicht.

Dieser Befund deckt sich mit den Ergebnissen der Länderratings, die seit einiger Zeit von Nichtregierungsorganisationen wie Freedom House und Center for Public Integrity erstellt werden. Diese ratings fragen nach dem Stand des "rule of law" und legen dabei mehr und konkretere Kriterien zu Grunde als der deutsche Rechtsstaatsbegriff, z. B. die physische Sicherheit der Richter bei Korruptionsfällen, die Freiheit der Justiz von nichtstaatlichem Druck und Schläge in der Polizeihaft. Anschließend werden diese Indikatoren zu einer (problematischen) Gesamtzahl zusammengefasst. Auch hier liegt die Ukraine zwar hinter den postsozialistischen Staaten Polen, Tschechien und Rumänien, aber vor Russland und Belarus.

Nach den Septemberwahlen 2007 – innerukrainische Gegensätze

Ernst Lüdemann

Nach dem Sieg der Orangen Revolution, der in ganz Europa Begeisterung hervorgehoben hatte, trat bald wieder Ernüchterung ein. Das Bündnis der demokratischen Kräfte zerbrach im August 2005. Juščenko entließ Julia Timošenko und ernannte den Pragmatiker Jurij Jechanurov zum Ministerpräsidenten. Er näherte sich damit bereits der Partei der Regionen unter Janukovyč. Die Parlamentswahlen Ende März 2006 machten die Partei der Regionen zur relativ stärksten Partei, die Gruppierungen der Orangen Revolution hätten aber zusammen mit den Sozialisten die Regierung stellen können. Oleksandr Moroz, der Führer der postkommunistischen Sozialistischen Partei, hatte während der Orangen Revolution das Bündnis der demokratischen Kräfte unterstützt. Als er sich nun im August 2006 dem Block unter Führung von Janukovyč anschloss, blieb Juščenko keine andere Wahl, als diesen mit der Regierungsbildung zu beauftragen.

Das Hickhack, bei dem weitaus mehr als in traditionellen Demokratien nicht Wahlprogramme von Parteien, sondern persönliche Interessen und Animositäten einzelner Politiker ausschlaggebend waren, bestärkte viele Pessimisten in der Einschätzung, dass es den Parteien und ihren leitenden Persönlichkeiten in der Ukraine nur um ihre Macht gehe. Andererseits blieben Ergebnisse der Orangen Revolution bestehen, die – besonders im Vergleich zu den anderen Staaten der GUS – auf dem Wege zu einer weiteren Demokratisierung hoch einzuschätzen sind. Immerhin zeigten auch die Wahlen von Ende März 2006, dass die von der Mehrheit des Volkes erzwungenen freien und fairen Wahlen, die am 26. Dezember 2004 zur Präsidentschaft Juščenkos und dann zur Regierung der Orangen Koalition geführt hatten, kein Einzelfall gewesen waren. Ebenso entscheidend ist

die Freiheit der Medien. Diese wird in der Bevölkerung mit großer Mehrheit als unbestreitbare Verbesserung gegenüber der Zeit vor der Orangen Revolution angesehen. Ein weiterer großer Fortschritt ist die Trennung von politischer Führung und Verwaltung. Die Steuerfahndung z.B. wird von der Staatsmacht nicht mehr als Waffe gegen unliebsame Opponenten gehandhabt. Schließlich hatte die Orangene Revolution auch bewiesen, dass der Regionalismus als Ideologie zur Mobilisierung der östlichen und südlichen Regionen der Ukraine an seine Grenzen stößt. In der Orangen Revolution drohte zu keinem Zeitpunkt ernsthaft eine Spaltung des Landes, wengleich natürlich regionale Unterschiede der politischen Orientierungen sehr deutlich sind.

Demgegenüber brachten die vorgezogenen Neuwahlen zur Verchovna Rada Ende September 2007 schlaglichtmäßig zum Vorschein, dass die Ukraine von einer stabilen Parteiendemokratie noch weit entfernt ist und die politische Kultur des Landes immer noch schwerwiegende Mängel aufweist.

Die gegensätzlichen, seit August 2006 in einer Art Großen Koalition zusammenarbeitenden Blöcke "Unsere Ukraine" (Juščenko) und "Partei der Regionen" (Janukovyč) waren zu einer rein sachlich orientierten Kooperation nicht in der Lage. Zum einen, weil die Verfassung ein Zusammenwirken des Ministerpräsidenten mit dem Staatspräsidenten in wichtigen Fragen vorsieht, die Einzelheiten jedoch offenlässt. Zum anderen zeigte Janukovyč überhaupt nicht den Willen zu einer ehrlichen Zusammenarbeit, zu der ihn der Präsident immer wieder aufforderte. Der Ministerpräsident verstieß wiederholt gegen Abmachungen mit Juščenko, vor allem gegen das

von ihm selbst vor seiner Ernennung unterzeichnete, von Juščenko verfasste "Universal", in dem die Grundzüge einer gemeinsam verfolgten Innen- und Außenpolitik festgelegt worden waren.

Entgegen Bestimmungen der Verfassung, die den Wechsel einzelner Volksvertreter zu einer anderen Fraktion innerhalb einer Wahlperiode verbieten, wurden etwa ein Dutzend Abgeordnete der Präsidentengruppe von der Mehrheitskoalition des Ministerpräsidenten zum Übertritt bewogen. Janukovyč strebte ganz offen nach einer Zweidrittelmehrheit, um dann erst Recht die Verfassung ganz in seinem Sinne zu handhaben.

Am 3. April 2007 verfügte Juščenko die Auflösung des Parlaments und setzte vorgezogene Neuwahlen an. Die Mehrheit des Parlaments unter Führung des Ministerpräsidenten Viktor Janukovyč widersetzte sich dieser Verfügung, tagte weiter in der Verchovna Rada und fasste sogar legislative Beschlüsse, die dann prompt vom Präsidenten für ungültig erklärt wurden.

Die Parlamentsauflösung war juristisch zweifelhaft und ließ sich durch die Verfassung nicht klar begründen. Andererseits berief sich Juščenko mit gewisser Berechtigung auf seine Rolle als Hüter der Verfassung. Eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit kann – so brachte er vor – nur durch Wahlen legitimiert sein. Das Verfassungsgericht war durch konträre politische Einflüsse blockiert, es hatte seit dem Frühjahr 2006 noch keinen einzigen Fall entschieden. Zwischen der Parlamentsmehrheit und dem Präsidenten war es wegen der Bestimmungen zur Ernennung und Ablösung von Richtern selbst zum politischen Zankapfel geworden und in seiner Arbeit gelähmt.

In einer Art Imitation der Orangen Revolution versuchte Janukovyč, durch einen "Einmarsch" der "Blauen" (seiner Gefolgsleute) in Kiew, gemeinsam mit Kom-

munisten und Sozialisten die vorgezogenen Neuwahlen zu verhindern. Einige Tausend Janukovyč-Anhänger wurden mit Bussen aus den östlichen Bezirken in die Hauptstadt gekarrt. Sie schlugen dort auf dem Platz der Unabhängigkeit (Majdan nezaležnosti) – berühmt geworden durch die Orangene Revolution – ihre Zeltstadt auf. Führende Politiker der Partei der Regionen, der Sozialisten und der Kommunisten hielten Ansprachen, dazwischen ertönte Musik. Alles lief zivilisiert ab. Ein Grund war, dass die "Blauen" erhebliche materielle Anreize, nämlich freie Fahrt nach Kiew und zurück und dazu Handgeld bekamen. Bekanntlich ist Janukovyč mit der Schwerindustrie der Ostukraine verbunden, und der reichste Mann der Ukraine, Rinat Achmetov, unterstützt ihn. Die Kräfte der Orangen Revolution, zahlenmäßig weit stärker als ihre Gegner, hielten sich zurück und vermieden jede offene Konfrontation.

Janukovyč stellte die Gegenforderung: vorzeitige Neuwahl des Präsidenten. Juščenko aber ließ sich die Initiative nicht aus der Hand nehmen. Für seinen Schritt, den die meisten Beobachter nicht mehr erwartet hatten, bekam er die uneingeschränkte Unterstützung seiner ehemaligen Kampfgefährtin Julia Timošenko, das Bündnis der Orangen Revolution wurde also erneuert. Zudem versicherte er sich bereits in den ersten zwei Tagen der Aprilkrise der Loyalität der Kommandeure aller bewaffneten Kräfte und der Gouverneure der Bezirke. Die Aktivierung der Zentralen Wahlkommission und der untergeordneten Wahlkommissionen, nach vielen Widerständen und Querschüssen aus dem Lager von Janukovyč, war ein weiterer wichtiger Schritt zum Erfolg. Als Janukovyč sich mit dem Präsidenten am 27. Mai auf die Durchführung von Neuwahlen am 30. September verständigte und seine Gegenforderung fallen ließ, bedeutete dies einen Sieg Juščenkos auf der ganzen Linie. Alle Befürchtungen auch außerhalb des Landes, die Konfrontation könnte in Gewalt umschlagen, hatten sich verflüchtigt.

Die Wahl vom 30. September verlief nach den Angaben der westlichen Wahlbeobachter wiederum frei und fair. Bei einer Beteiligung von 62,5% errang die Partei der Regionen als erneute relative Wahlsiegerin mit 34,37% (gegenüber 32,14% 2006) 175 Mandate. Julia Timošenkos Block BJUT gewann stark hinzu und kam bei 30,71% auf 156 Mandate. BJUT hatte 2006 22,29% errungen, damit ist Julia Timošenko als die eigentliche Siegerin aus der Wahl hervorgegangen. Der Block des Präsidenten "Unsere Ukraine/Selbstverteidigung des Volkes" konnte sich trotz Aufnahme von kleineren nationaldemokratischen Parteien nicht verbessern und erhielt mit 14,15% (2006: 13,95%) 72 Mandate. Die KPU erreichte 5,39% und damit 27 Mandate. Die Sozialisten verfehlten knapp die 3%-Hürde. An ihre Stelle trat der Block Lytvyns mit 20 Mandaten aus 3,96%. Er war 2006 noch mit 2,44% gescheitert. Volodymyr Lytvyn, Historiker, Architekt der Politik Kučmas, Parlamentssprecher unter Kučma und Juščenko, war mit dem Wahlversprechen angetreten, sich keinem der Blöcke anzuschließen und eine rein sachlich orientierte Politik zu machen, um die ständigen inneren Konflikte zu beenden. Von vielen Beobachtern wurde ihm daher die Rolle des Königsmachers zugeschrieben. Tatsächlich wurde er nach der Wahl von beiden Blöcken als Koalitionspartner umworben.

Zünglein an der Waage wurde Lytvyns Block indes nicht, da die Parteien der Demokratischen Allianz eine Mehrheit erreichten, wenn auch nur eine hauchdünne mit 228 Mandaten. Bei der Regierungsbildung im Dezember stimmten die Abgeordneten der Gruppe Lytvyn gegen die Orangenen.

Der knappe Wahlausgang stellte die Mehrheitskoalition vor schwierige Fragen. Eine breitere Basis ließ sich nur mit dem Block Lytvyns oder durch eine neue Große Koalition erreichen. Da Lytvyn sich vorerst bedeckt hält und auf seiner neutralen Posi-

tion beharrt, steht seine Gruppierung als Teil oder Unterstützung der neuen Regierung zunächst nicht zur Verfügung. Gegen eine Neuauflage der "Kohabitation" spricht alles: die Erfahrung mit diesem Experiment, die erzwungenen Neuwahlen, die kategorische Ablehnung Julia Timošenkos, mit der zusammen die demokratische Koalition erneut in den Kampf gegangen war und die Wahlkrise vorerst siegreich für sich entschieden hatte. Wenn Juščenko dennoch Gespräche mit der Partei der Regionen führte, so nicht mit dem Ziel, sie erneut als Bündnispartner zu gewinnen. Dies schlug nur eine winzige Gruppe innerhalb seines Wahlblockes vor. Vielmehr wollte Juščenko die neue Opposition durch weitgehendes Entgegenkommen in der Besetzung der Ausschüsse zu einer konstruktiveren Haltung bewegen. Dieses Vorgehen findet deutliche Unterstützung, zumal ein neues Gesetz, das der Opposition eine breitere Möglichkeit zur Kontrolle der Regierung geben soll, auf der Agenda steht. Auch Julia Timošenko befürwortet diese Linie und will das Gesetz in Abstimmung mit der Partei der Regionen beschließen lassen.¹ Am 27. November 2007 brachten die beiden Blöcke der Orangenen Gruppierung eine Koalitionsvereinbarung zustande. Unterschrieben wurde sie von nur 227 Abgeordneten, nachdem ein Mitglied der "Naša Ukrajina" Juščenkos, Ivan Pljušč, offen für eine Fortsetzung der Großen Koalition eingetreten war und seine Zustimmung verweigert hatte.

Ein erster Erfolg der demokratischen Koalition stellte sich am 4. Dezember 2007 ein, als alle ihre anwesenden 227 Angehörigen für den Kandidaten ihres Lagers zum Sprecher des Parlaments stimmten: Arsenij Jaccenjuk, der in den Monaten vor der Wahlkrise 2007 Außenminister gewesen war. Er gilt als sachlicher Arbeiter, der sich nicht für bestimmte Gruppen einspannen lässt und Polarisierungen vermeidet.

Timošenko kam am 11. Dezember 2007 nur auf 225 Stimmen, eine zu wenig. An-

geblich waren auch technische Schwierigkeiten dafür verantwortlich. Die üblichen Beratungen hinter der Szene folgten, aber auch Blockaden der Tribüne und der Eingänge zum Parlament, wie sie in der Ukraine immer wieder vorkommen, wurden von der Minderheit in Gang gesetzt. Am 18. Dezember wurde Julia Timošenko dann mit der knappsten möglichen Mehrheit von 226 Stimmen zur Ministerpräsidentin gewählt. Am gleichen Tag wurde dann auch das neue Ministerkabinett von der Mehrheitskoalition bestätigt.

Die Besetzung der Posten zeigt einerseits den Willen zu einer pragmatischen professionellen Arbeit, die auch der Opposition den Weg zur Einigung mit der Regierung nicht verbauen soll. Die Berufung der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Partei der Regionen Rajisa Bohatyryjova in den Rat für Nationale Sicherheit und Verteidigung beim Präsidenten am 24. Dezember 2007 ist als Signal an die Opposition und als Schritt zur inneren Vereinigung der Ukraine gedacht. Andererseits geht aus dem neuen Kabinett – wie nicht anders zu erwarten – die westliche Orientierung der jetzigen Regierung hervor. Insbesondere der Minister für Euro-Integration (und stellvertretende Ministerpräsident) Hryhorij Nemyrja und der neue Außenminister Volodymyr Ohryzko, der ein klarer Befürworter eines NATO-Beitritts ist, beweisen dies. Mit Jurij Jechanurov tritt ein Zivilist das Amt des Verteidigungsministers an. Er ist kein radikaler Verfechter eines raschen NATO-Beitritts.

Die Regierungsarbeit wird sich schwierig gestalten. Zur fortdauernden Gegnerschaft der beiden Blöcke kommt die Distanz einiger Kräfte um den Präsidenten gegenüber Julia Timošenko hinzu. Belastungen sind durch die verschiedenen Zugänge zur Politik von vornherein gegeben, die bei Juščenko und bei Timošenko festzustellen sind. Der Präsident ist weniger radikal in seinen Programmen und seinen Äußerungen. Julia Timošenko war schon immer

sehr wenig zu Kompromissen bereit, allerdings betonte sie seit Beginn des Wahlkampfes und auch nach der Wahl stets ihre feste Verbundenheit mit dem Präsidenten. Sie war es auch, die bei der Suche nach einem Parlamentssprecher Jacenjuk vorschlug, der dem Lager Juščenkos näher steht als dem ihren.

Die kämpferische Art Julia Timošenkos hat ihr die Sympathien vieler Menschen eingebracht, aber ihre Wahlversprechen sind schwer oder gar nicht einlösbar. Binnen zwei Jahren sollen private Sparer für alle entwerteten Spareinlagen aus sowjetischer Zeit eine Entschädigung erhalten, und die Wehrpflicht soll sofort, ab Januar 2008, durch eine Armee von Freiwilligen ersetzt werden. Im Regierungsprogramm, das am 27. Dezember 2007 auf der Regierungsseite im Internet veröffentlicht wurde, ist nun die Rede von einer Registrierung aller verfallenen Spareinlagen als Grundlage für die Suche nach einer finanziellen Lösung. Auch beim Thema Wehrpflicht beharrt Timošenko nicht mehr auf ihrer unrealistischen zeitlichen Vorgabe. Mit dem Übergang zur Berufsarmee ist Juščenko grundsätzlich einverstanden. So könnte es sein, dass auch die Nichteinlösung zumindest des zeitlichen Aspekts des Wahlversprechens das Bündnis der Orangenen nicht weiter gefährdet. Eine rasche Umstellung der Armee auf freiwillig Dienende wird von Fachleuten schon wegen des Finanzierungsbedarfs als unrealistisch abgelehnt.² BJUT und Juščenko einigten sich im Oktober darauf, dass 2008 noch Wehrpflichtige einberufen werden, was der Präsident am 25. Oktober 2007 dann auch in einem Dekret verfügte. Julia Timošenko beharrte zwar noch wiederholt auf ihrem ursprünglichen Zeitplan, der Präsident erließ jedoch am 12. Dezember einen Ukas, in dem der Übergang zu einer Berufsarmee bis Ende 2010 angeordnet wird.

Gerade bei diesem Thema zeigt sich, dass Julia Timošenko dort, wo sie brennende Fragen geradlinig angeht und damit die

Mehrheit der Bevölkerung hinter sich weiß, radikal auftritt und damit auch ihren Bundesgenossen Schwierigkeiten bereitet. Von heute auf morgen den Übergang zur Berufsarmee zu erzwingen, stößt auf Ablehnung der Militärs und Sicherheitsexperten, begeistert aber viele Eltern der jungen Wehrpflichtigen. Der Schriftsteller Andrej Kurkov hielt im Vorfeld der Wahl diese Forderung Julia Timošenkos für sehr populär und meinte, dieser Programmpunkt werde ihr einiges an Stimmen einbringen.³

Ein Hauptgrund für die Ablehnung der Wehrpflicht in der Bevölkerung ist die Furcht vor Misshandlungen in der Armee. Das sowjetische Erbe der allgemein üblichen Schikanen von Dienstäleren an Neulingen (*didivščyna*) scheint in der Ukraine noch keineswegs überwunden. Gegen solche Missstände kämpft die "Organisation der Soldatenmütter" der Ukraine. Allerdings scheinen nun doch einige Verbesserungen eingetreten zu sein. Experten sehen in den letzten Jahren wiederholt die Furcht vor der "*didivščyna*" für übertrieben an und verweisen auf die Veränderungen seit der sowjetischen Zeit, die Rechte der Rekruten und die Furcht der Kommandeure vor dem Bekanntwerden solcher Fälle.⁴ Die bedenklichen Zustände in der Armee, aber auch Verurteilungen wegen "*didivščyna*", waren auch Thema der Medien.⁵

Andere wesentliche Forderungen Julia Timošenkos sind im Regierungslager unumstritten. Die Erhöhung der Löhne und Pensionen sowie die Verankerung des imperativen Mandats im Parteiengesetz sind solche Punkte.⁶ Eine wirtschaftliche Besserung hatten alle Parteien in Aussicht gestellt. Wahlversprechungen werden in der Ukraine inflationär gehandhabt. Das imperative Mandat ist teilweise bereits in der Verfassung verankert, so dass einer Stärkung dieses Prinzips nichts im Wege steht.

Der knappe Sieg der Reformkräfte wird in der Weltpresse gemeinhin als Entscheidung des Landes für den Westen ausgege-

ben. Was die außenpolitische Orientierung betrifft, musste mit dem Sieg der Orangen Kräfte die Politik der "Multivektoralität" einem eindeutigen Votum zugunsten einer Integration in die euro-atlantischen Strukturen weichen.

Allerdings ist die in der Weltpresse während des Wahlkampfes und auch nach den Wahlen ständig vorgebrachte Einteilung der beiden konkurrierenden Lager in "pro-westlich" und "prorussisch" eine mehr als fragwürdige Vereinfachung. In dieser Zu-spitzung ist sie geradezu irreführend. Es ging bei der Wahlentscheidung überhaupt nicht um den Anschluss an Russland oder an den Westen. Diese Frage spielte praktisch keine Rolle. Zudem wird die europäische Ausrichtung der Ukraine von allen Parteien mit Ausnahme einiger kommunistischer Hardliner befürwortet.

Juščenko bemüht sich stets auch um enge Zusammenarbeit mit Russland, Janukovyč ist für den Eintritt der Ukraine in die EU. Die politische Elite der Ukraine ist überwiegend pro-europäisch eingestellt. Nur die Kommunisten und "Progressiven Sozialisten" sind entschiedene Anhänger Russlands und Feinde des Westens. Präsident Kučma hatte die Parole der Außenpolitik "nach vielen Vektoren" ausgegeben, dessen ungeachtet aber 1997-2002 eine starke Annäherung an die NATO betrieben, später dann allerdings wieder einen Schwenk hin zu Russland und der GUS vollzogen. Der Beschluss Kučmas vom Mai 2002, den Beitritt zur NATO anzustreben, wurde formal nie zurückgenommen. Janukovyč ist vor allem deshalb für eine engere Annäherung an Russland, weil das Donec'k-Gebiet, aus dem er stammt, wirtschaftlich eng mit dem Nachbarland verbunden ist. Andererseits hat er sich nie offen gegen den NATO-Beitritt ausgesprochen, obwohl tatsächlich die Mehrheit der Bevölkerung gegen die NATO eingestellt ist. Die Zuordnungen sind also weitaus vielschichtiger, als immer wieder dargestellt wird.

Die beiden wichtigsten Punkte einer prorussischen bzw. prowestlichen Orientierung, die Sprachenfrage (Russisch als zweite Staatssprache) und der Beitritt zum NATO-Bündnis spielten in den ersten Monaten des Wahlkampfes keine Rolle und wurden erst in letzter Minute von der Partei der Regionen ins Spiel gebracht, um das Blatt noch zu wenden.⁷ Die "Blauen" führten bei ihren Demonstrationen stets auch ein Meer von ukrainischen Flaggen mit sich und zeigten damit ostentativ ihren Patriotismus. Russland hielt sich in dieser Krise – im Gegensatz zu seiner Haltung in der Orangen Revolution – auffallend zurück. Und anders als Ende 2004 machte die Partei der Regionen keinerlei Anstalten, die Autonomie der östlichen und südlichen Gebiete gegen das Zentrum zu fordern.

Dass die Sprachenfrage in diesem Wahlkampf im Unterschied zum vorigen kaum eine Rolle spielte, mag auch mit der geringen Vorbereitungszeit zusammenhängen, aber der Hauptgrund liegt im Erfolg der langsam voranschreitenden Ukrainisierung, die den anderen Sprachen und Kulturen Raum zur Entfaltung lässt. Bei den Auseinandersetzungen im April in Kiew agierte – mit Ausnahme der Kommunisten – keine Gruppe gegen das Ukrainische. Das Transparent, die Ansagen und die Musik auf dem Majdan waren in beiden Sprachen gehalten. Der Sozialistenführer Valentin Moroz, der mit am entschiedensten gegen die Auflösung des Parlaments focht, hielt seine Ansprachen auf Ukrainisch, nur die Vertreter der Kommunisten sprachen Russisch. Die Interviews der führenden Vertreter der Partei der Regionen kurz nach den Wahlen wurden auf Ukrainisch gegeben. Janukovyč selbst bevorzugte das Russische, hat sich aber mittlerweile so weit bewegt, dass ihm sogar der Erfolgsschriftsteller A. Kurkov (er selbst ethnischer Russe) bescheinigt, Janukovyč habe nun endlich Ukrainisch gelernt. Aus einem "pro-russischen" sei ein "proukrainischer" Politiker geworden.⁸ Wenn die Anhänger der "Regionen" am 7. September dann den-

noch in letzter Minute noch eine Unterschriftenkampagne zur Durchführung eines gesamtukrainischen Referendums starteten, deren erster Punkt die Einführung des Russischen als zweite Staatssprache vorsah, so war dies wohl eher ein Manöver, um die letzten Reserven zu mobilisieren, die eigenen Leute bei der Stange zu halten und die Erwartungen mancher Hardliner nicht zu enttäuschen. Dass mit diesem alten Hut, den schon Kučma 1994 präsentiert hatte, keine Stimmen zu gewinnen waren, musste angesichts der Gesamtentwicklung der beiden Sprachen klar sein. Seit 1992 waren immer wieder Versuche sowjetnostalgischer und Russland nahestehender Gruppen gescheitert, Russisch in den Rang einer zweiten Staatssprache zu erheben oder sogar zusätzlich noch eine doppelte (russische und ukrainische) Staatsbürgerschaft zuzulassen.⁹ Janukovyč war mit dem Versprechen, Russisch als zweite Staatssprache einzuführen, in den Wahlkampf von 2006 gezogen, hatte diese Frage aber in anderthalb Jahren nicht ein einziges Mal in die Parlamentsberatungen eingebracht.¹⁰ Eine Zwangsukrainisierung drohte nie, wie u.a. die Entwicklung der beiden Sprachen seit 16 Jahren nach den statistischen Erhebungen beweist.¹¹ Mittlerweile geben auch Vertreter der Partei der Regionen zu, dass von einer Forcierung des Ukrainischen nicht die Rede sein kann.¹²

Allerdings setzte die Partei der Regionen auch nach den Wahlen ihre Kampagne fort. Am 19. Oktober ließ sie verkünden, sie wolle auf der Basis von 5 Mio. gesammelten Unterschriften das Referendum weitertreiben. Dies ist zwar eine beachtliche Zahl. Doch geht es außer der Sprachenfrage noch um zwei weitere Punkte: die Direktwahl der Leiter der örtlichen Verwaltungseinheiten und die Absage an jeden militärischen Block, d.h. im Klartext ein Votum gegen die NATO, wenngleich diese nicht genannt wird.

Insgesamt bringt die Krise um die vorgezogenen Wahlen keine Vertiefung der in-

neren Gegensätze der Ukraine. Petro Rivnyj sieht in seiner Wahlanalyse eher die gegenteilige Entwicklung.¹³ Zwar verteilen sich die Gebiete, in denen die eine oder andere Gruppierung den Sieg davontrug, genauso, wie bereits in der Orangen Revolution und bei den Parlamentswahlen 2006. Schaut man sich die Ergebnisse aber genauer an, so ist die Zahl der politisch festgelegten Gebiete, in denen eine der Gruppierungen traditionell unbestritten dominierte, auf ein Viertel geschrumpft. Vermindert sind auch die Gebiete, in denen Parteien früher stets um mehr als 50% gegenüber ihrem gesamtukrainischen Durchschnitt zurückfielen. Im Osten und Süden wuchs vergleichsweise die Zahl der Stimmen für Juščenko und Timošenko, umgekehrt fuhr die Partei der Regionen im Westen und im Zentrum bessere Resultate ein als früher. Ein weiteres Indiz für eine Annäherung zwischen den beiden politischen Strömungen ist der Misserfolg der Sozialisten unter Moroz, die gemeinsam mit Janukovyč entschieden gegen vorgezogene Neuwahlen fochten und den Präsidenten hart attackierten, während der Block Lytvyns, der gegen den Zwist der Parteien für die Einheit der Landes eintrat, diese Hürde überwand und als Wahlgewinner anzusehen ist.

Auf einem Gebiet, das für die politische Kultur und besonders für die innere Einheit der Ukraine sehr wichtig ist, hat der Präsident noch vor der Bildung der neuen Regierung Entscheidungen gefällt. Er und die ihn stützenden Kräfte haben sofort nach den Wahlen ihren Willen zur verstärkten Abgrenzung von sowjetischen Traditionen bekundet. Dies soll in der Symbolik, der Gedenkstätten-Kultur und der historischen Aufarbeitung der Vergangenheit seinen Ausdruck finden.

Die demokratischen Kräfte haben allerdings in der Vergangenheit diese Frage sehr pragmatisch behandelt. Noch heute sind in Kiew auf der Paton-Brücke Hammer und Sichel zu sehen, gibt es massen-

haft Benennungen aus sowjetischer Zeit, angefangen von der Stadt Kirovohrad bis hin zu vielen Straßennamen im Zentrum sowie im Osten und Süden. Der Aufbau einer nichtsowjetischen Symbolik schreitet langsam voran und stößt immer wieder auf den Widerstand der alten Kräfte. So protestierte die Sozialistische Partei am 18. Oktober 2007 vehement gegen den Vorschlag der Nationaldemokraten, die "Straße des Januaraufstandes" in Kiew in "Straße des Hetman Mazepa"¹⁴ umbenennen zu lassen.¹⁵ Ein anderer Fall ist der Wunsch der Stadtverwaltung in Odessa, das Denkmal für den Panzerkreuzer Potemkin (also eine sowjetische Symbolik) durch eine Statue der Zarin Katharina II., der Stadtgründerin, zu ersetzen. Befürworter und Gegner dieses Planes demonstrierten.

Am unüberwindlichsten scheinen die Gegensätze in der Bewertung der antisowjetischen Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) des Zweiten Weltkrieges, dem militärischen Arm der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN). Am 12. Oktober 2007 verfügte Juščenko, dass der 65. Jahrestag der Gründung dieser Partisanenarmee, der 14. Oktober, offiziell begangen werden dürfe und Gemeindeverwaltungen befugt seien, dafür Gelder auszugeben. Am 14. Oktober ehrte er posthum den Kommandeur der UPA, Roman Šuchevyč, mit der höchsten ukrainischen Auszeichnung "Held der Ukraine". Von linken Gruppen, aber auch aus Russland von Putin selbst und aus Israel, erfuhr Juščenko dafür teilweise herbe Kritik.¹⁶ Er bestand jedoch bei seinem Besuch in Israel am 15. November 2007 darauf, dass die UPA nicht – wie behauptet – in die Judenvernichtung verstrickt gewesen sei und regte eine gemeinsame israelisch-ukrainische Kommission zur Erforschung der Geschichte der UPA an.¹⁷

Mit diesem Schritt will der Präsident zur Verbreitung der historischen Wahrheit und zur inneren Einheit der Nation beitragen. Weil die OUN in den ersten Wochen nach

dem deutschen Einmarsch eine kurze Zeit ihre Hoffnung auf eine Zusammenarbeit mit dem Nazireich gesetzt hatte, die Partisanen der UPA später in der Westukraine zudem verbissenen Widerstand gegen die sowjetische Besatzung leisteten, galten sie in der sowjetischen Zeit als Faschisten und Nazikollaborateure und werden auch heute noch von linken ukrainischen Gruppen und in Russland so dargestellt. Umgekehrt werden die Leistungen der ukrainischen sowjetischen Divisionen und der Partisanen der Roten Armee von allen Parteien, auch den Nationaldemokraten, anerkannt. Es waren stets die Veteranen der sowjetischen Armee und ihrer Partisanen, die gemeinsame Auftritte mit den Veteranen der UPA bisher strikt ablehnten. Es ist daher ein wichtiger Schritt zur Überwindung der inneren Gegensätze, dass am Vorabend des Tages der Streitkräfte, am 5. Dezember, in der westukrainischen Stadt Ivano-Frankivs'k Veteranen beider Gruppen sowie Angehörige der jetzigen Streitkräfte von der Militäradministration zu einer gemeinsamen Festversammlung eingeladen wurden.¹⁸ Die historische Aufarbeitung des Themas schreitet voran. So brachte der renommierte "Wochenspiegel" schon Anfang 2007 ein Interview mit dem letzten Kommandeur der UPA, Vasyľ Kuk.¹⁹

Juščenko hat nach den Wahlen seine Bemühungen um nationale und internationale Beachtung des "Holodomor", des Hungermassensmordes an Millionen ukrainischer Kolchosbauern durch die sowjetischen Machthaber 1932/33, sehr verstärkt. Schon im Jahre 2003 war der Holodomor durch das Parlament der Ukraine zum Genozid erklärt und im gleichen Jahr von der Generalversammlung der UNO als "Nationale Tragödie des ukrainisches Volkes" gewürdigt worden. Juščenko bemüht sich um die internationale Anerkennung des Holodomor als Genozid oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit²⁰ und kümmert sich persönlich um die Pläne zur Errichtung eines Gedenkstätten-Komplexes im Zentrum Kiews.²¹ Am 24. November 2007 um 16:00

Uhr wurde in der gesamten Ukraine eine Schweigeminute eingehalten. Die Teilnahme der Bevölkerung und der meisten politischen Kräfte in der gesamten Ukraine an der Feier bewertete die Nachrichtenagentur UNIAN als ein Ereignis, das die Parteien und Gruppierungen in allen Regionen vereinte.²² Durch Präsidialerlass bestimmte Juščenko am 24. November 2007 das Jahr 2008 zum Jahr des Gedenkens an den Hungermassensmord. Im Zusammenhang damit sollen öffentliche Straßen, Plätze und Gebäude, die noch Namen aus der Zeit des Stalinismus tragen, konsequent umbenannt werden. Wie zu erwarten war, formulierte das Gebietsparlament von Donec'k seine "Besorgnis" aus Anlass dieser Forderung. Die Unterstützung durch ein paar Hundert demonstrierender Anhänger der KP fiel aber eher kläglich aus.²³

Vorrangig muss sich die Regierung um die Hebung des Lebensstandards und um einen deutlichen Fortschritt in der demokratischen und rechtsstaatlichen Entwicklung bemühen. Das Hauptzergernis ist die schlechte Verfassung des Landes und der noch schlechtere Umgang mit ihr.²⁴ Dazu muss das Verfassungsgericht nun endlich auch arbeiten können und respektiert werden. Bislang sind Verfassung, Gerichte insgesamt, Referenden vor allem Instrumente im Kampf um die Macht. Auf der Habenseite der politischen Kultur stehen die regelmäßig durchgeführten und veröffentlichten soziologischen Umfragen seriöser Institute.

Gerade die Reform der Verfassung, des Gerichts- und Rechtswesens stellt das am 27. Dezember 2007 veröffentlichte Regierungsprogramm als erste konkrete Aufgabe heraus; es führt diesen Punkt noch vor der Ausmerzung der Korruption und der Lösung demographischer und sozialer Fragen auf. Mit der Konzentration auf den Ausbau des Rechtsstaates hat Timošenko eine kluge Entscheidung getroffen, die in der Ukraine teilweise schon begeistert kommentiert worden ist.²⁵ Sie wird sich

allerdings an der Verwirklichung des Versprechens messen lassen müssen. Scheitert dieses Vorhaben, wäre die Ukraine um eine Hoffnung ärmer. Gelingt der Plan aber, wäre dies ein ungemein wichtiger Schritt zur Festigung der Demokratie in diesem Lande.

Anmerkungen

- ¹ Zvaryč pytaje opozyciju, jaki šče komitety jij potribni (Zvaryč fragt die Opposition, welche Komitees sie noch braucht), <http://unian.net/ukr/news/news-226228.html>
- ² Valentyn Badrak, Serhij Zhurec' (Zentrum für Forschung der Armee, Konversion und Abrüstung): Oboronozdatnist' u dzerkali polityčnych deklaracij (Die Verteidigungsfähigkeit im Spiegel der politischen Erklärungen), in: Dzerkalo Tyžnja 33 (662), 8.-14. вересня 2007.
- ³ Die Last des Sieges. Der Schriftsteller Andrej Kurkow über die vorgezogene Parlamentswahl am kommenden Sonntag und das Erbe der Revolution in Orange, in: Der Spiegel 39/2007, S.139.
- ⁴ Oleh Cmal': Mamo, ne choču v armiju (Mutter, ich will nicht zum Militär)!, in: Dzerkalo Tyžnja, 41 (466), 25.-31.10.2003; siehe auch Mykola Sunhurovs'kyj (Razumkov-Zentrum für soziologische Forschungen): Zahin ne pomityv utraty bijcja (Die Gruppe bemerkte den Verlust eines Kämpfers nicht), in: Dzerkalo Tyžnja 42 (671), 11.-18.11.2007.
- ⁵ Leonid Poljakov Mychajlo Paškov (Razumkov-Zentrum): Perspektyvy Profesijnoji Armiji (Perspektiven einer Berufsarmee), in: Dzerkalo Tyžnja 23 (398), 22.-27.6.2002.
- ⁶ Timošenko i dumaty zabula pro prezidentski vybory (Timošenko denkt überhaupt nicht mehr an die Präsidentschaftswahlen), www.proua.com, Stand: 3.11.2007.
- ⁷ Diesen Aspekt betont auch Juri Durkot: Vorgezogene Parlamentswahlen in der Ukraine, in: Heinrich Böll Stiftung, www.boell.de/de/05_world/5287.html
- ⁸ Die Last des Sieges. Der Schriftsteller Andrej Kurkow über die vorgezogene Parlamentswahl am kommenden Sonntag und das Erbe der Revolution in Orange, in: Der Spiegel 39/2007, S.139.
- ⁹ Schon 1992 verlangte dies im Donbass ein Bürgerkongress, Der Spiegel 46/1992, S. 21; Bisweilen schaltete sich Russland erfolglos in die Sprachenfrage ein, siehe Lüdemann, Ernst: Abschied von der "Multivektoralität". Die Außenpolitik der Ukraine in unruhigen Zeiten, in: Osteuropa 8/2002, S.1050.
- ¹⁰ Ukrajinicy ne proty pominjaty konstituciju (Die Ukrainer sind nicht dagegen, die Verfassung zu ändern), pro UA 10.9.2007.
- ¹¹ Zwischen den Volkszählungen von 1989 und 2001 ist die Zahl der ethnischen Ukrainer und der ukrainisch sprechenden kontinuierlich angewachsen, entsprechend verminderte sich die russisch-sprachige Bevölkerung. Im Gebiet Donec'k stieg in dieser Zeit aber die Zahl der russisch-sprachigen Einwohner um 5%. Russisch steht unter dem besonderen Schutz der Verfassung (§ 10).
- ¹² U Sevastopoli prymusovoji Ukrainizaciji nemaje (In Sevastopol gibt es keine erzwungene Ukrainisierung), unian.net/ukr/news/news-226254.html, Der Stadtratsvorsitzende von Sevastopol, Valerij Saratov, auf einer Pressekonferenz am 12.12.2007.
- ¹³ Petro Rivnyj, KW/3.10.2007 16:03, Na Vybory pišly dvi Ukrajinjy, a pryšla odna (Zu den Wahlen gingen zwei verschiedene Ukrainen, und heraus kam eine Einzige).
- ¹⁴ Der Januaraufstand 1918 war eine Erhebung ukrainischer Kommunisten in Kiew, die im Bunde mit Lenins Sowjetrussland die damalige ukrainische Regierung der Ukrainischen Volksrepublik zum Abzug zwangen, da bereits sowjetische Truppen auf Kiew marschierten. Hetman Mazepa war einer der bedeutendsten ukrainischen Kosakenführer, er kämpfte 1708/09 im Bunde mit dem Schwedenkönig Karl XII. erfolglos gegen Zar Peter den Großen.
- ¹⁵ proUA.com, Socialisty ne dadut pereimenovat' ulicu Janvarkogo vosstanija v Kieve (Die So-

- zialisten lassen die Straße des Januaraufstandes in Kiew nicht umbenennen).
- ¹⁶ Zawada, Zenon: Steps toward recognition of UPA draw praise and condemnation, in: The Ukrainian Weekly 43/2007.
- ¹⁷ www.unian.net/ukr/news/news-221942.html
- ¹⁸ siehe <http://human-rights.unian.net/ukr/detail/186530>
- ¹⁹ Muratov, Oleksandr (kinorežyser): Pro UPA – vid peršoji osoby (Über die UPA – aus erst-rangiger persönlicher Quelle), in: Dzerkalo Tyžnja 5 (634), 10.-16.2.2007.
- ²⁰ ProUA.com, Ukrajina dobyvatyme vyznannja Holodomoru vid OON (Die Ukraine wird die Anerkennung des Holodomor von der UNO erreichen).
- ²¹ Kateryna Konstantynova: Hodyny movčannja (Schweigestunden), in: Dzerkalo Tyžnja 46 (675), 1.-7.12.2007
- ²² siehe <http://human-rights.unian.net/ukr/detail/186441>
- ²³ Šybalov, Jevhen: Donbas'ke Identity: neukrajins'ka Ukrajina (Identity des Donbas: eine nichtukrainische Ukraine), in: Dzerkalo Tyžnja 49 (678), 22.-29.12. 2007.
- ²⁴ Simon, G.: Die Erosion des Postkommunismus, in: Osteuropa 10/2007, S. 31-35.
- ²⁵ UNIAN vom 27.12.2007: Ihor Špak: Prohrama urjadu Tymošenko: pojednannja profesijnoho pidchodu i polityčnoho fentezi (Das Programm der Regierung Timošenko: Vereinigung eines professionellen Zugangs mit politischer Phantasie), www.unian.net

Parteien in der Ukraine – Zwischen Demokratisierung und Orientierungskrise

Rainer Lindner

1. Einleitung

Nach der Orangen Revolution und den Parlamentswahlen von 2006 und – vorgezogen – 2007 hat sich die Ukraine innerhalb kurzer Zeit als Modell des postsowjetischen Wandels erwiesen. Während Russland nach Putins Führungsanspruch mit der Kreml-Partei (Edinaja Rossija) (Einiges Russland) zum Einparteienstaat neigt, während das autoritäre Belarus sich nur langsam nach Westen öffnet und der südliche Kaukasus im Bannkreis der "eingefrorenen Konflikte" um den territorialen Status Abchasiens, Berg-Karabachs und Südossetiens verharret, während die Gesellschaften Zentralasiens am Personenkult ihrer Herrscher hängen, sind in der Ukraine die Herausbildung einer Parteienkonkurrenz und freier Wahlen unter Einhaltung internationaler Standards zu beobachten.¹

Der Trend zur Herausbildung eines Zweiparteiensystems mit einer linkszentristischen Arbeits- und Industriepartei und

einem nationalkonservativ-bürgerlichen Lager hatte sich bereits seit den Märzahlen des Jahres 2006 angedeutet: Das erste Lager bildet die Partija rehionov (Partei der Regionen, PdR), die in den urbanen Gebieten und Schwerindustriezentren des Ostens und auf der Krim ihre Hochburgen hat. Sie gewann zwar mit 34,4 Prozent die meisten Stimmen, verlor jedoch 2007 in absoluten Zahlen gegenüber den Wahlen von 2006 an Wählern. Vor allem aber verlor sie ihren sozialistischen Koalitionspartner, der den Wiedereinzug ins Parlament verpasste – ein Bündnis mit der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) reichte nicht zur Bildung einer Mehrheitskoalition. Auf der anderen Seite legte der Block Julija Tymoschenko (BJUT) erheblich zu (30,7 Prozent) und profitierte dabei von der Schwäche der Präsidentenpartei Naša Ukraïna – Narodna Samoobrona (Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes, UU-SV), die nur 14,2 Prozent erreichte, aber auch von Stimmenverlusten der Partei der Regionen.

Parteien/Bündnisse	2002	2006	2007
Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes	23,6	14,0	14,2
Block Julija Tymoschenko	7,3	22,3	30,7
Partei der Regionen	11,8	32,1	34,4
Kommunistische Partei der Ukraine	20,0	3,7	5,4
Volksblock Lytvyn	–	2,4	4,0

Tabelle 1: Partei/Blöcke in der neuen Verchovna Rada, in Prozent²

2. Neueste Entwicklungen im Parteiensystem

Neben dem Trend zur Zweiparteienordnung zeichnen sich folgende Entwicklungen ab. Erstens: Nach 15 Jahren Unabhängigkeit entwickelt sich mit dem Block Ju-

lija Tymoschenko eine erste gesamt-nationale Partei. Von 2002 bis 2007 wuchs die Zustimmung von 7 auf 30 Prozent. Während die Partei der Regionen Stimmen einbüßte und ihre regionale Präsenz nur geringfügig ausdehnen konnte, gewann BJUT in 16 von 26 Regionen des Landes (und

der Hauptstadt Kiew) die meisten Stimmen. BJUT erreichte selbst im Südosten – im bisherigen Stammland der PdR – zwischen 15 und 25 Prozent der Wählerschaft.³

Zweitens: Das Parteienspektrum der Ukraine weist eine gewisse Stabilität auf. Die politischen Kräfte sind seit 2002 im Parlament unter gleichem oder ähnlichem Namen vertreten. Die Partei der Regionen war aus der Kučma-Bewegung "Für eine geeinigte Ukraine" hervorgegangen. Der Trend zur Ausbildung eines Zweiparteiensystems hat sich weiter verstärkt.⁴ Die PdR und BJUT konnten ihre Stimmenanteile gegenüber 2006 um 2 bzw. 7 Prozent steigern. Dagegen müssen die Kunstprodukte und Splitterparteien wie der "Wahlblock politischer Parteien KUČMA (Konstytucija-Ukraïna-Čest-Myr-Antyfašyzm)" die Bühne des Parteienwildwuchses nach und nach räumen. Zugleich hat die Konzentration der Medien, insbesondere des Fernsehens, auf die großen Parteien dazu geführt, dass lediglich sieben von zwanzig angetretenen Parteien auf über ein Prozent der Wählerstimmen kamen.

Drittens: Die neo- bzw. postsowjetische Linke verabschiedet sich aus der Geschichte in die Geschichte. Im Vergleich zum Jahr 2002 ist die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) um Petro Symonenko von 20 auf 5 Prozent zurückgefallen. Die sozialistischen Gefolgschaften haben nach mehrfachem Frontwechsel (Sozialistische Partei der Ukraine um Oleksander Moroz) bzw. infolge offenkundiger Unterstützung aus Russland (Progressive Sozialistische Partei um Natalija Vytrenko) aus Sicht der Wahlbürgerinnen und Wahlbürger im Parlament nichts mehr zu suchen; Die Stimmenverluste und die Stimmenwanderung der Sozialisten dürfte den Kommunisten wohl letztmalig den Einzug in die Verchovna Rada verschafft und ein schlechteres Abschneiden der Partei der Regionen verhindert haben.

Viertens ist eine Stagnation der Präsidentialpartei Naša Ukraïna zu beobachten. Nur die Spitzenkandidatur des vormaligen sozialistischen Innenministers Jurij Luzenko und des Leiters des Präsidialsekretariats, Wiktor Baloha, der neue Sponsoren wie die "Privatbank" für die Unterstützung des Wahlkampfes gewinnen konnte, bewahrte sie vor einem größeren Wahldebakel.

Fünftens: Der Parlamentseinzug des Volksblockes Lytvyn (VBL), eines Personenverbandes um Volodymyr Lytvyn, dem ehemaligen Präsidiialamtschef unter Kučma und Parlamentssprecher (2002-2006), ist ein ambivalentes Wahlergebnis. Einerseits löste Lytvyn die Moroz-Sozialisten als "vierte Kraft" im parlamentarischen Raum ab, andererseits verdeutlicht dieses politische Comeback eine Sehnsucht eines Teils der Wählerschaft nach der vermeintlichen Stabilität der Kučma-Jahre im Kontrast zur politischen Unübersichtlichkeit und des politischen Streits der postrevolutionären Ukraine. Lytvyn suchte mit den Begriffen "Volkstum, Gerechtigkeit und Gesetzlichkeit" seine Wählerschaft zu überzeugen und warb dabei um Stimmen aller Lager, nicht zuletzt unter den Sozialisten. Lytvyn propagierte erhöhte Gesundheitsausgaben des Staates um "nicht weniger als 5 Prozent ihres bisherigen Umfangs". Außerdem gab er das Ziel aus, die Volkswirtschaft um nicht weniger als um 10 Prozent pro Jahr wachsen zu lassen.

Sechstens: Die Partei der Regionen ist unter Premier Viktor Janukovytsch entzaubert worden. Sie konnte zwar die meisten Stimmen bei den vorgezogenen Wahlen auf sich vereinigen, aber am Ergebnis in absoluten Zahlen lässt sich ablesen, dass neben der Präsidentenpartei Naša Ukraïna auch die Partei der Regionen zu den Verlierern des Urnengangs gehörte. Die Partei, die in den vergangenen Monaten mit Ministerpräsident Janukovytsch in Regierungsverantwortung auf zentraler und lokaler Ebene stand, ist von den Realitäten

des Alltags eingeholt worden. Janukovytsch und zahlreiche Gouverneure aus der Partei der Regionen haben seit der gewonnenen Parlamentswahl vom 26. März 2006 immer weniger die regionale Identität des Ostens flächendeckend bedienen können.

Siebtens: Der Block Julija Tymoschenko setzt auf das Konzept des territorialen Nationalismus. Anders als die ausschließlich ukrainisch sprechende Naša Ukraïna – Narodna Samoobrona, die mit Themen wie der ukrainischen Sprache, der Kultur und Geschichte den Bürgern im russischsprachigen Osten oder auf der Krim noch immer nicht wählbar erschien, nutzte Tymo-

schenko die territoriale Identität der Wähler, warnte in Charkiw, Donezk oder Dnipropetrowsk vor dem wachsenden Einfluss des russischen Kapitals auf dem ukrainischen Markt in Gestalt des Gaszwischenhändlers Rosukrenergo. Ihre Botschaft richtete sich an die Staatsbürger der Ukraine, nicht an die Ukrainer als Nation. Der Antrag auf Assoziierung, den die Partei am 1. Oktober 2007 bei der Europäischen Volkspartei stellte, verdeutlicht außerdem, dass Julija Tymoschenko ein Bündnis mit den europäischen Konservativen sucht und die sich ausbildende Mittelschicht in der Ukraine als ihre künftige Stammwählerschaft im Blick hat.

Partei/Block	2006	2007	Differenz
Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes	3.539.140	3.301.012	-238.128
Block Julija Tymoschenko	5.652.876	7.162.174	+1.509.298
Partei der Regionen	8.148.745	8.013.918	-134.827

Tabelle 2: Gewinne und Verluste der großen Parteien in absoluten Zahlen⁵

3. Institutionen und Parteien: Differenzierungsprozesse

Der Gegensatz zwischen dem Präsidenten und der Partei der Regionen ist durch die Neuwahlen nicht aufgelöst worden. Anlass für die Neuwahlen war ein wachsender Einflussverlust des Präsidenten. Mit dem von der "blauen" Parlamentsmehrheit und der Regierung Janukovytsch vorbereiteten "Gesetz über das Ministerkabinett", gegen das Präsident Justschenko im Frühjahr 2007 ein Veto einlegte, drohten weitere Kompetenzen vom Amt des Präsidenten auf die Regierung und eine durch Stimmenzukauf anwachsende Parlamentsmehrheit der Partei der Regionen überzugehen. Obwohl ein durch Stimmenkauf motivierter Übertritt von einer in eine andere Parlamentsfraktion durch das von der Verfassungsreform eingeführte "imperative Mandat" verboten war, verließen mehrere Abgeordnete Naša Ukraïna und BJUT in Richtung Partei der Regionen. Doch auch

mehrere Schritte des Präsidenten gaben auf Seiten der EU mehrfach Anlass zur Besorgnis über die Verfassungspraxis im Nachbarland Ukraine: Ob etwa der Ukas des Präsidenten zur Auflösung der Verchovna Rada vom 2. April 2007 durch die geltende Verfassung gedeckt war, hat das Verfassungsgericht des Landes nicht ermitteln können. Dessen Neutralisierung durch die Entlassung von Verfassungsrichtern und die dadurch verursachte Zuspitzung der politischen Situation Ende Mai 2007 waren nicht dazu geeignet, die Argumentation des Präsidenten zu stärken. Als Gegengewicht zum Parlament, das von Abgeordneten der Partei der Regionen dominiert wurde, nutzte der Präsident den "Rat für nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine".⁶ Persönliche Entscheidungen wie die Ernennung des stellvertretenden Generalsekretärs der Präsidialverwaltung, Viktor Bondar, zum Gouverneur von Dnipropetrowsk standen dem Präsidenten laut Verfassung nicht zu; umstritten

war überdies die angedrohte und später zurückgenommene Entlassung des Kanal-5-Journalisten Ihor Slisarenko durch die Präsidentschaftsverwaltung, der zuvor in einem Fernsehbeitrag Einzelheiten aus dem Privatleben des Präsidenten berichtet hatte.⁷

Während erst eine erneute Verfassungsreform die Zuständigkeiten des Präsidenten, der Regierung, des Nationalen Sicherheitsrats und des Parlaments regulieren wird, erweisen sich auch die Parteien eher als Gefolgschaften denn als Programmparteien. Die Wahlentscheidung galt auch am 30. September nicht primär den Wahlprogrammen der Parteien, sondern den Persönlichkeiten. Die geringe Wahlbeteiligung von 57 Prozent zeigte außerdem, dass die ukrainische Bevölkerung politisch erschöpft war. Der Majdan ist kein Ort der politischen Willensbildung mehr. Politische Grundsätze und Strategien haben für die Parlamentswahl keine Bedeutung. Sieht man von den Kommunisten ab, haben alle drei großen Wahlbündnisse demokratische, marktwirtschaftliche und europäische Grundorientierungen. Entscheidend sind die Interessen der Akteure, die Welt der Finanzgruppen, Banken und der regionalen Großindustrie. Wirtschaft und Politik sind wie in den anderen postsowjetischen Staaten eng verwoben. Politisches Gewicht hat vor allem, wer zugleich über die ökonomische Macht verfügt, dieses Gewicht medial darzustellen. Neben der Abhängigkeit der Parteien von Finanzierungsquellen weisen die ukrainischen politischen Lager durchaus innere Bruchlinien auf, wie im Folgenden dargestellt wird.

3.1 Partei der Regionen

In der Partei der Regionen sind gegenwärtig drei Kraftzentren zu erkennen. Erstens: Rinat Achmetov, der sich vom Kleinkriminellen zum Abgeordneten und Inhaber der Donezker Finanz-Industrie-Gruppe System Capital Management entwickelt hat, ist das pulsierende Herz der Partei. Zusammen

mit seinem Jugendfreund Borys Kolesnikov – ehemaliger Vorsitzender des Gebietsrates von Donezk und neuer Starpolitiker der Partei der Regionen – ist Achmetov zunehmend an einer Ausrichtung der ukrainischen Wirtschaft auf die westlichen Märkte und an einer Öffnung der Ukraine interessiert. Dabei soll vor allem der Donbass von Investitionen profitieren. Achmetov, der in der Verchovna Rada mit der Fraktionschefin Raijsa Bohatyreva eine treue Verbündete hat, arbeitet an einem Imagewechsel vom ostukrainischen Oligarchen zum Repräsentanten einer in Ost und West agierenden Ukraine.

Zweitens: Premier Viktor Janukovytsch hat sich nicht zuletzt dank seines US-Imageberaters Paul Manafort von der Epigonalität der Kučma-Zeit und vom Wahlfälscher-Nimbus der Orangen Revolution emanzipiert. Janukovytsch ist Politikmanager, aber kein Visionär. Das Präsidentenamt läge ihm nach eigener Aussage nicht, während er das Premiersamt effektiv zu nutzen verstanden hat, nicht zuletzt für eine Charmeoffensive in den westlichen Hauptstädten, mit Besuchen u.a. in Berlin und Brüssel. Das jüngste Wahlergebnis hat Janukovytschs politische Perspektive deutlich beeinträchtigt, zumal die Hausmacht in Donezk unter der Dominanz Achmetovs schneller schwindet als gedacht.

Drittens: Die Oligarchenminister um Vizepremier Andrij Kljuev, dem u.a. die Kommerzielle Bank und die Aktivbank gehören und Juri Bojko, Energieminister und Vermittler des Gasgeschäfts zwischen dem russisch-ukrainischen Gaszwischenhändler Rosukrenergo und Gazprom Anfang 2006. Dieses Unternehmen besitzt durch die Kontrolle über den ukrainischen Gasmarkt eine Monopolposition; Bojko wurde unter Premier Janukovytsch zu einer ökonomischen und politischen Schlüsselfigur. Überdies unterhält der Minister enge Beziehungen zum ukrainischen Großaktionär bei Rosukrenergo, Dmitrij Firtas. Eine starke Verhandlungsposition von Julija

Tymoschenko bei einer möglichen Regierungsbildung und die Ankündigung Gazproms, ab 2008 auf Rosukrenergo unter Umständen verzichten zu können und zu Marktbeziehungen mit der Ukraine überzugehen, könnten die politische Position Bojkos vorübergehend schwächen; seine intensiven Beziehungen zu Gazprom sichern ihm jedoch langfristige Einflussmöglichkeiten.

3.2 Naša Ukraïna – Narodna Samoobrona

Auch in der Präsidentenpartei wurden während des Wahlkampfes Differenzierungsprozesse deutlich. Die im Sommer 2007 zu Unsere Ukraine hinzugetretene Selbstverteidigung des Volkes unter dem vormaligen Innenminister Jurij Luzenko (Februar 2005-Dezember 2006) ist inhaltlich deutlich enger mit dem Block Julija Tymoschenko "verwandt" als mit den nationalkonservativen Kreisen des Ruch innerhalb des eigenen Wahlbündnisses.⁸ Luzenko war von 1991 bis 2001 Mitglied der Sozialistischen Partei von Oleksandr Moroz, bevor er seine eigene Partei ins Leben rief. Mit Luzenko konnte die Partei erstmals auch im linken Wählerspektrum punkten. Dies war nicht das Ergebnis einer ideologischen Neuorientierung auf die ländliche Wählerschaft, sondern vielmehr mit der neuen politischen Zuordnung der Zeitung Silski Visti (Ländliche Nachrichten) verbunden. Deren Besitzer, Ivan Spondarenko, verließ gemeinsam mit Luzenko die Moroz-Sozialisten, um als Abgeordneter die Präsidentenpartei zu unterstützen.⁹ Andere ehemalige Sozialisten, wie Kateryna Lukjanova aus Winnyzja, die mit Innenminister Luzenko eine politische Alternative suchten, trugen ebenso zur Erweiterung der Wählerbasis des Blockes Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes bei. Dennoch konnte der Block nur in einer Region die Wahlen für sich entscheiden: in Transkarpathien, der Heimat des Chefs des Präsidialsekretariats und Parteiführers

Wiktor Baloha, der sich 2004 demonstrativ an die Seite Justschenkos gestellt hatte. Das Wahlergebnis des Bündnisses ist insgesamt ernüchternd und spiegelt die Schwäche des Präsidentenlagers und der Amtsperson Viktor Justschenko wider. Justschenko, der noch 2004 rund 52 Prozent der Stimmen in der Präsidentschaftswahl erhalten hatte, musste bei den Stammwählern im Westen des Landes so wichtige Regionen wie Lemberg (Lwiw) und Iwano-Frankiwsk an den Block Julija Tymoschenko abtreten.

3.3 Block Julija Tymoschenko

Der Wahlerfolg des Blocks Julija Tymoschenko hingegen ergab sich aus Führungsstärke, finanziellem Rückhalt und einer strategischen Regionalpolitik. Die wichtigsten Finanziere hinter BJUT sind Konstantyn Ževaho ("Finanzen und Kredit"), Serhij Taruta, Vitalij Hajduk (beide "Donbass Industrie Union") und Bohdan Hubschkyj (Landwirtschaft). Diese und weitere Finanzgruppen wurden unmittelbar in die regionale Führung der Parteiarbeit eingebunden. Sie sind in Branchen und Regionen der Ukraine verwurzelt. Der Geschäftsmann Oleksander Feldman leitet die Regionalgruppe der Partei in seiner Heimatstadt Charkiw. Der landesweit agierende Automobilunternehmer Tarel Vasadze (UkrAvto), der zugleich das Zaporizher Automobilwerk leitet, steuert die Regionalarbeit hinter den Stromschnellen des Dnepr. Konstantyn Bondarev, Aufsichtsratsvorsitzender der Veles-Bank, konnte mit der BJUT-Mehrheit des Kiewer Gebietsrates im Rücken in der Zentralukraine agieren.¹⁰ Die Brüder Burjak ("Brokbiznesbank") leiten den BJUT-Regionalsitz in Chmelnyckyj. Zugleich haben Julija Tymoschenko und Oleksandr Turczynov langjährige Vertraute mit Führungsaufgaben auf regionaler Ebene beteiligt, so Ivan Kyrylenko in Dnipropetrowsk. Tymoschenko hat eine Partei geformt, die Wirtschaft und Politik als Teilhaberschaft aus-

legt und Wirtschaftskapitäne die Politik nicht nur finanzieren lässt, sondern ihnen Gestaltungsräume eröffnet.

4. Kontinuität oder Wandel der politischen Kultur

Von einer Fortsetzung der Orangen Revolution kann aus mehreren Gründen keine Rede sein:¹¹ Seit 2007 befindet sich die Ukraine in einer "postrevolutionären" Zeit. Die politische Position des Hauptakteurs der orangefarbenen Zeit, Präsident Viktor Juschtschenko, ist geschwächt. Die von ihm unterstützte Partei Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes (UU-SV) hat weniger als 15 Prozent der Stimmen erhalten und ist damit auf den Status eines Juniorpartners der künftigen Koalition reduziert worden. Die Wahlsiegerin Julija Tymoschenko hat sich seit den Tagen in Orange mit Beratern, Abgeordneten und Unternehmern wie Mykola Tomenko, Hryhory Nemyrja, Andrij Schewtschenko umgeben, die zu nüchterner politischen und ökonomischen Lagebeurteilung neigen. Eine "orangefarbene" Einheit oder homogene Interessenlage Juschtschenkos und Tymoschenkos ist kaum zu erkennen. Der Präsident hat sich seit 2004 mit starken Premierministern (Tymoschenko 2005, Janukowytsch 2006/7) schwer getan. Die Regierung Tymoschenko löste Juschtschenko im September 2005 auf, da Tymoschenko "nicht in einer Mannschaft" arbeiten könne. Zugleich sah sich der Präsident in einer Konkurrenzsituation für die Ende 2009 bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. Spannungen zwischen BJUT und UU-SV können dort entstehen, wo die persönlichen Differenzen die strategischen Ziele überlagern, so etwa zwischen Tymoschenko und dem finanzkräftigen Abgeordneten der Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes, Dawyd Zwanija.¹² Außerdem sind mit dem vormaligen Premierminister Jurij Echanurov und dem Chef des Nationalen Sicherheitsrates, Ivan Pljusc, Personen in der UU-SV-Fraktion, die intensive Kom-

munikation mit der Partei der Regionen pflegen und als Anhänger einer Großen Koalition gelten.

Auch auf der symbolischen Ebene hat sich die stärkste politische Kraft der neuen Parlamentsmehrheit bereits im Wahlkampf von "Orange" als visuelles und politisches Konzept abgesetzt. Die Wahlkampfsymbolik für den Block Julija Tymoschenko – rotes Herz auf weißem Grund – signalisierte eine Distanzierung von der Orangen Revolution und eine Unabhängigkeit von UU-SV. Die Präsidentenpartei hielt zwar an Orange fest, vermied jedoch ebenso die Rhetorik von der "Revolution", hatten sich an diesen Begriff doch vor allem im Westen des Landes große Erwartungen der Wähler festgemacht, die enttäuscht wurden.

Die Parlamentswahlen haben zwar eine leichte, wenig belastbare Sitzmehrheit von 228 Sitzen (zwei Sitze über der Mehrheitsgrenze von 226) einer Koalition aus BJUT und UU-SV ergeben. Doch bereits nach 100 Tagen Regierungsarbeit waren die Widersprüche im demokratischen Lager nicht mehr zu übersehen. Schon zeichnet im Kontext eines bereits einsetzenden Präsidentschaftswahlkampfes für 2009 eine Neuordnung der Parteien- und Koalitionsordnung um die künftige geopolitische Orientierung der Ukraine ab. Der Streit um Energielieferungen verdeckte daher kaum mehr die sich abzeichnende Neuordnung des politischen Raumes. Mit dem Rückzug von acht führenden Mitgliedern aus der Präsidentschaftspartei "Unsere Ukraine", darunter des Büroleiters des Präsidenten, Wiktor Baloha, im Februar 2008 war das Ende dieser politischen Kraft aus der Zeit der Orangen Revolution absehbar. Baloha und andere streben die Bildung einer neuen Kraft im Parlament an. Die entstehende neue politische Kraft – "Narodnaja Samoobrona" – als Vereinigung der orangefarbenen Kräfte und der Unzufriedenen aus UU-SV, BJUT und der ehemaligen Majdan-Bewegung Pora wird in der Perspektive als

neue präsidentiale Partei aufgebaut werden, die ihrerseits eine zweite Amtszeit für Präsident Juschtschenko sichern helfen soll. Auch die "Partei der Regionen" verlor nicht nur an Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung, sondern steht zusätzlich vor einer inneren Zerreißprobe. Der Parteitag am 1. März 2008 in Severodoneck machte deutlich, dass die Oppositionspartei künftig in zwei Lagern agieren wird: eines um den vormaligen Ministerpräsidenten Janukowitsch und ein zweites um den Abgeord-

neten und Oligarchen Rinat Achmetov. Insofern steht die Ukraine vor erneuten inneren Auseinandersetzungen um die künftige Präsidentschaft. Am grundsätzlichen Trend zu einer Zweiparteienordnung wird dies zwar nichts ändern, doch verliert die Ukraine im permanenten Wahlkampf durchaus wertvolle Zeit zur inneren Stabilisierung und außenpolitischen Orientierung. Gerade in letzter Hinsicht wäre 2008 und 2009 ein geschlossenes Handeln erforderlich.¹³

Anmerkungen

- ¹ Democracy, Soviet-Style. Lead Editorial, in: *The Economist*, 04.10.2007 (Internetausgabe), www.economist.com/opinion/displaystory.cfm?story_id=9905563
- ² Zentrale Wahlkommission der Ukraine, www.cvk.gov.ua
- ³ Die Partei der Regionen verlor in wichtigen politischen Zentren erheblich an Stimmen, so in den Gebieten Donec'k 130.600, Luhansk 70.600 und Char'kiv 106.500. – Tetjana Nikolaenko: De Janukovyč zahubiv 300 tysjač, a Tymošenko zarobyla 1,5 mil'jony, in: *Ukrains'ka Pravda*, 8.10.2007, www.pravda.com.ua/news/2007/10/8/65083.htm
- ⁴ Lindner, Rainer: Konflikt in der Ukraine. Testfall für die Europäische Nachbarschaftspolitik, in: *SWP-Aktuell 2007/A28*, April 2007.
- ⁵ Zentrale Wahlkommission der Ukraine, www.cvk.gov.ua
- ⁶ Der Rat für nationale Sicherheit und Verteidigung der Ukraine ist laut Artikel 107 der Verfassung das "koordinierende Organ des Präsidenten der Ukraine in Angelegenheiten der nationalen Sicherheit und Verteidigung". Der Präsident ist der Vorsitzende und bestimmt die Zusammensetzung; der Premierminister und die Minister für Auswärtige Politik und Verteidigung sind von Amts wegen Mitglieder des Rates. Mit einer zunehmenden Kompetenzverlagerung zum Ministerrat und zum Parlament nutzte der Präsident den Sicherheitsrat immer häufiger als Gegengewicht zur Regierung.

- ⁷ Viktor Yushchenko's "Monarchical" Drift, in: *Ukraine Intelligence* 40/2007, S.1.
- ⁸ Zum Wahlbündnis gehörten: "Volksbund 'Unsere Ukraine'", "Vorwärts Ukraine!", "Volksfront der Ukraine", "Ukrainische Volkspartei", "Ukrainische Republikanische Partei 'Sobor'", "Partei Christlich-Demokratische Union", "Europäische Partei der Ukraine", "Gesellschaftliche Bewegung 'PORA'", "Partei der Verteidiger des Vaterlandes".
- ⁹ Chyvokunya, Viktor: The list of Our Ukraine-People's Self-Defence: quotas of Pryvat, Baloha, Lutsenko, "Luzhniki group", in: *Ukrayinska Pravda*, 13.8.2007. – BBC Monitoring Service, 21.8.2007.
- ¹⁰ Chyvokunya, Viktor: The Tymoshenko Bloc's List: Hubskey's, Zhevaho's and Koloymoysky's people. Ukraine's main opposition bloc publishes electoral list, in: *Ukrayinska Pravda*, 23.8.2007. – BBC Monitoring Service, 27.8.2007.
- ¹¹ Kuzio, Taras: Orange Revolution – Reloaded, in: *The Wall Street Journal*, 2.10.2007, S.15.
- ¹² Lindner, Rainer: Das Ende von Orange. Die Ukraine in der Transformationskrise, *SWP-Studie*, Berlin 2006, S.22 – Zvanija war 2005 ein entschiedener Befürworter der Entlassung der Regierung Tymošenko gewesen.
- ¹³ Lindner, Rainer: Scharfer Richtungsstreit zwischen Moskau und Kiev, in: *SWP-Aktuell 2008/A26*, Berlin 2008.

Die Ukraine – Partner oder Opfer Moskaus?

Klaus Heller

Obwohl gerade die Ukraine, eigentlich "Grenzland", eine lange gemeinsame Geschichte mit Russland hat und die Ukrainer selbst das – neben den Weißrussen – am engsten mit den Großrussen verwandte Volk sind, trennten sich die Wege nach der Auflösung der Sowjetunion (1991). Weder die gemeinsame ostslawische Herkunft noch der gemeinsame orthodoxe Glauben und erst recht nicht der oktroyierte gemeinsame Sowjetkommunismus mit seinem Einheitsbild vom Sowjetmenschen konnten in diesen beiden Völkern soviel an Verbundenheit erwecken, dass sich daraus ein gemeinsames ostslawisches Nationalbewusstsein oder zumindest ein Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb eines Staatswesens hatte entwickeln können. So machte auch die Ukraine – wie alle anderen souveränen Sowjetrepubliken – ihr in der sowjetischen Verfassung verbrieftes Recht auf Austritt aus der Sowjetunion geltend.

Die ukrainische Nationalbewegung nahm nach 1985 besonders in Galizien und Kiew ihren Neuanfang. Im Frühjahr 1987 entstand an der Universität in Lviv (Lemberg) die Löwen-Gesellschaft, und zur selben Zeit begann die Unierte, d.h. die griechisch-katholische Kirche in Galizien wieder offen tätig zu werden. Dabei ging es zunächst nur um die Förderung der ukrainischen Kultur; ähnlich der bolschewistischen Kulturpolitik der Einwurzelung (korenzacija) der 1920er-Jahre.

Zum Sammelbecken der ukrainischen Nationalbewegung wurde dann die 1989 in Kiew gegründete Volksbewegung der Ukraine für den Umbau (Narodnyj ruch Ukrainy za peredudovu, abgekürzt RUCH). Das Programm des RUCH hebt bereits auf Souveränität unter voller Ausschöpfung der entsprechend ausgelegten

Sowjetverfassung ab und knüpft an die von Russland kurzfristig unabhängige Ukraine der Jahre 1917 bis 1921 an. Ein geschützter Status der ukrainischen Sprache, ökonomische Selbstständigkeit und radikale Überwindung der Folgen des Stalinismus sind die Hauptprogrammpunkte des RUCH. Zugleich bemühte sich der RUCH energisch um die gleichberechtigte Zusammenarbeit der verschiedenen Nationalitäten auf dem Gebiet der heutigen Ukraine, rief wiederholt zum Kampf gegen Antisemitismus auf und sicherte allen Nichtukrainern die Achtung vor ihren Traditionen, sprachlich-kulturellen Gepflogenheiten und verfassungsmäßigen Rechten.

Was die heutigen Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland angeht, so bietet das kurz nach der Auflösung der Sowjetunion von dem Russen Jelzin, dem Ukrainer Krawtschuk und dem Weißrussen Schuschckjewitsch im Frühjahr 1992 in Minsk unterzeichnete Abkommen zur Gründung der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) noch keine Gewähr für ein in Zukunft gleichberechtigtes Nebeneinander. Dies umso weniger, als Russland die beiden anderen ostslawischen Staaten als "nahes Ausland" betrachtet, d.h. diese immer noch in seinen eigenen geopolitischen Überlegungen eingeschlossen bleiben. Möglichkeiten einer künftigen Partnerschaft zwischen der Ukraine und der Russländischen Föderation auf Augenhöhe lassen sich also bisher nicht erkennen. Von Seiten des neuen Russland gab es und gibt es auch sonst keinerlei Versuche, sich im Hinblick auf die früheren "Völker der Sowjetunion" mit der eigenen zarischen bzw. kommunistischen Vergangenheit ernsthaft auseinanderzusetzen.

Indes befreit die heutige staatliche Trennung Russen wie Ukrainer nicht von der

Last ihrer gemeinsamen Erinnerung und von der Pflicht zu einer wie auch immer gearteten gemeinsamen Zukunftsgestaltung. Für die Ukrainer kommt noch hinzu, dass ihre erneute nationale Selbstbewusstwerdung regional sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Während sich die Russen – wenn auch nicht alle, immerhin leben heute ungefähr 25 Millionen in der Diaspora – nach 1991 in der Russländischen Föderation wiederfanden, die territorial mit der ehemaligen RSFSR (Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik) identisch und im Grunde weitgehend mit dem alten Russland deckungsgleich ist, erben die Ukrainer die Ukrainische SSR (Sozialistische Sowjetrepublik), in der sie zwar bereits zuvor die Titularnation waren, die aber für sie längst keine national-territoriale Einheit darstellt. Dazu kommt, dass Russen wie Ukrainer in beiden Staaten eine beachtliche Minderheit bilden, so dass die nationale Geschichte beider Völker enger verflochten bleiben wird, als die der Titularnationen aller anderen ehemaligen Sowjetrepubliken – außer der Weißrussischen – mit den Russen. Für beide neuen Staaten gilt außerdem, dass ihre territoriale Integrität zumindest von der Peripherie her nicht gesichert ist. In einigen der Regionen der Ukraine erheben ethnische Minderheiten Ansprüche auf nationale Selbstbestimmung von Autonomie bis hin zur Loslösung. Dabei geht es nicht nur um die große Minderheit der Russen – mit mehr als 11 Millionen stellen sie fast 22 Prozent der Gesamtbevölkerung – sondern auch um andere Völkerschaften, insbesondere die Krimtataren.

Was aber noch wichtiger ist: Die Ukrainer selbst haben sich im Laufe des 19./20. Jahrhunderts nicht zu einer einheitlichen Nation zusammenfinden können, so dass sie regional – es gibt mindestens sechs Teilregionen – sehr unterschiedlich geprägt sind und deshalb auch entsprechend unterschiedliche historische Traditionen aufweisen. Da gibt es erstens die (auf den Dnjepr bezogen) linksufrige Ukraine, das ehema-

lige Hetmanat der Dnjepr-Kosaken, das bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts innerhalb des Russischen Reiches Autonomie genossen hatte, zweitens die stark polnisch geprägte rechtsufrige Ukraine, die bis zu den drei polnischen Teilungen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zur polnisch-litauischen Adelsrepublik gehört hat, drittens das nach dem Sieg Russlands über die Krimtataren seit Ende des 18. Jahrhunderts erschlossene Steppengebiet nördlich des Schwarzen Meeres (Neurussland), viertens und fünftens die Ukrainer (Ruthenen) Galiziens und der Bukowina, die ehemals unter österreichischer Herrschaft gestanden haben, und schließlich sechstens die Karpatenukrainer oder Rusynen, die jahrhundertlang von den Ungarn beherrscht wurden und in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen der Tschechoslowakei angegliedert waren.

Heute stehen deshalb mehr als 42 Millionen Ukrainer in ihrem eigenen Staatswesen vor der Aufgabe, nicht nur ihre verschiedenen historischen Vergangenheiten in einem einzigen Nationalbewusstsein zu vereinen, sondern auch noch die anderen Nationalitäten innerhalb der Ukraine zu einem gemeinsamen Staatsbewusstsein zu führen. Der Boden ist dafür nicht unbedingt bereit, obwohl die Erklärung der staatlichen Unabhängigkeit von der Sowjetunion von der Masse der Bevölkerung – selbst der russischen – im Jahre 1991 begrüßt oder zumindest hingenommen wurde.

Die politische Führung, zunächst vor allem hervorgegangen aus der alten sowjetischen Staats- und Partei-Elite, versuchte dadurch identitätsstiftend zu wirken, dass sie von Anfang an das Ukrainische betonte und es zugleich gegenüber allem Russischen und Sowjetischen positiv absetzte. So weist vor allem die neue Staatssymbolik weit in eine ukrainische Vergangenheit zurück; und zwar so weit, dass den Russen sogar ihr Recht auf eine eigene oder gar gemeinsame Geschichte mit den Ukrainern in der Kiewer Rus‘, dem im 9./10. Jahrhundert

gegründeten ersten ostslawischen Reich, bestritten wird.

Als Staatswappen gilt heute der Tryzub (Dreizahn), das Hoheits- und Feldzeichen der Dynastie der frühen Rjurikiden, der normannischen Beherrscher des Kiewer Reiches. Der Tryzub war bereits 1918 Staatswappen der ersten (bürgerlichen) Ukrainischen Volksrepublik (Ukrains'ka Narodnja Respublika – UNR) und wurde am 19. Februar 1992 vom Parlament erneut als nationales Hoheitszeichen bestätigt. Dieser nur für die Frühzeit der Kiewer Rus' nachgewiesene Dreizahn kam erstmals im Zuge der nationalen Rückbesinnung seit dem 19. Jahrhundert als Symbol der ukrainischen Eigenständigkeit auf. Ähnliches gilt für die heutigen Nationalfarben blau und gelb in der Ukraine, die angeblich bereits in vorchristlicher Zeit dort Verwendung gefunden haben sollen. Wie auch immer, jedenfalls wählte bereits 1848 der Oberste Ruthenische Rat (Holovna Rus'ka Rada) in Lemberg den goldenen galizischen Löwen auf blauem Grund als Fahnenmotiv. Allmählich setzten sich dann die Farben blau-gelb durch, die dann 1949 vom Ukrainischen Nationalrat im Exil als künftige Nationalflagge für eine freie Ukraine bestimmt und vom Parlament der Ukraine am 28. Januar 1992 als solche bestätigt wurde. Die im September 1996 eingeführte ukrainische Währung Hrywnja (Grivnja), bereits in Kiewer Zeit eine Geldgewichtseinheit, weist eine christlich, national und demokratisch orientierte Bebilderung auf mit den Portraits u.a. der Kiewer Großfürsten Volodymyr des Großen und Jaroslav des Weisen, des Kosakenhetmans Ivan Mazepa und des nationalukrainischen Historikers und ersten Staatspräsidenten der freien Ukraine nach 1917, Mychajlo Hruschewskij (1866-1934).

Diese deutliche Rückbesinnung auf die eigene nationale Vergangenheit, wie sie hier vor allem in der öffentlichen Symbolik zum Ausdruck kommt, führte auch zur allmählichen Ersetzung bzw. Umdeutung

der bisherigen sowjetischen Symbolik und Namensgebung im Lande. Zur Wiederentdeckung der nationalen Geschichte gehörte vor allem aber die Tilgung der "weißen Flecken" in der sowjetischen Geschichtsschreibung. Für die Ukrainer ging es dabei besonders um die Erinnerung an den Stalin-Terror im Zusammenhang mit der Zwangskollektivierung der Bauernwirtschaften und der daran anschließenden und von Stalin bewusst hingegenommenen Hungersnot zu Beginn der 1930er-Jahre, die Millionen von Opfern forderten. Auch diese Tatsache des Holodomor (ukrain. holod = Hunger) in den Jahren 1932 und 1933, in Anlehnung an den Holocaust geprägt, entzweit heutzutage russische und ukrainische Historiker. Während Letztere darin eindeutig einen Völkermord (Genozid) zu erkennen glauben, sprechen Erstere lieber von Folgen des Stalin-Terrors, der damals auch andere Gebiete der Sowjetunion in Mitleidenschaft gezogen habe. Jedenfalls habe dahinter keine Vernichtungsabsicht gegenüber der ukrainischen Nation gestanden. Auch im russisch dominierten Osten, bei den Industriearbeitern, die nicht so sehr unter dem Hunger leiden mussten, besteht offenbar wenig Verlangen, aus dem Ganzen einen Gründungsmythos für die erneuerte ukrainische Nation zu machen.

Richtschnur heutigen offiziellen ukrainischen Geschichtsdenkens sind besonders die bereits vor mehr als einem Jahrhundert entwickelten Vorstellungen Mychajlo Hruschewskys, von dem ersten Präsidenten der postsowjetischen Ukraine, Leonid Kutschma (1991–1994), als "die historische Bibel des ukrainischen Volkes" bezeichnet. Danach gibt es eine Kontinuität der ukrainischen Geschichte von der Kiewer Rus', dem "ersten goldenen Zeitalter", über das ostslawische Fürstentum Galizien-Wolhynien und das Großfürstentum Litauen zum Kosakenhetmanat des 17./18. Jahrhunderts, dem – nach der Rus' – "zweiten goldenen Zeitalter" der Ukrainer. Dieser erste ukrainische Staat hat seine Fortsetzung dann erst wieder in der Ukrainischen

Nationalen Republik der Jahre 1917-1922 gefunden und mündete schließlich und endgültig 1991 in den ukrainischen Nationalstaat der postsowjetischen Periode, der bei seiner Proklamation durch die Ukrainische Oberste Rada "als Fortsetzung der Tradition von tausend Jahren ukrainischer Staatlichkeit" betrachtet wurde.

Die ukrainische Geschichte wird dabei in der Regel als eine Geschichte der Ukrainer behandelt, an der die dort lebenden Russen, Polen, Juden, Tataren, Armenier und Deutschen im Laufe der Jahrhunderte offenbar keinerlei Anteil gehabt haben. Der von der ukrainischen gegenüber der russischen wie sowjetischen Geschichtsschreibung immer wieder gemachte Vorwurf ständigen imperialen Strebens könnte somit ebenso auf sie selbst angewandt werden. Was aber die kirchlichen Beziehungen anbetrifft, so wetteifern heute in der Ukraine miteinander um die Gläubigen: die Russisch-Orthodoxe Kirche, die Ukrainische Orthodoxe Kirche (Kiewer Patriarchat), die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche und die Griechisch-katholische Kirche (im Westen des Landes).

Nimmt man die beiden "goldenen Zeitalter" des Ukrainertums näher in Augenschein, so gehören sie zunächst einmal zu den zwischen der ukrainischen und der russischen Historiographie besonders kontrovers diskutierten Problemen ihrer gemeinsamen Geschichte.

Von russischer Seite wird der ukrainische Anspruch auf eine eigene Geschichte bis heute bestritten. Dass es von Anfang an neben dem russischen auch ein ukrainisches Volk mit einer eigenen nationalen Identität gegeben habe, wird als glatte Geschichtsfälschung zurückgewiesen. Es gehört überhaupt zum Grundzug der nationalen russischen Geschichtsschreibung, dass die sich nach dem Tatarensturm im 13. Jahrhundert zur "Sammlung der russischen Erde" aufmachenden Moskauer Großfürsten und späteren Zaren nichts an-

deres getan hätten, als die im Laufe der Jahrhunderte an Litauen und späterhin auch an Polen verlorenen Gebiete wieder ihrem eigenen "Vatererbe" zuzuschlagen. Somit waren auch sie allein die legitimen Nachfolger der Kiewer Rus'. Für irgendwelche ukrainischen Ansprüche war da kein Platz.

Weder eine staatliche Kontinuität noch eine nationale Identität wird somit den Ukrainern zugestanden. Eine tausendjährige staatliche Tradition der Ukraine kann indes nur ein nationaler Mythos sein. Die Ukraine gehörte über lange Perioden ihrer Geschichte sogar mehreren Staaten, nicht nur dem russischen, an. Im Grunde hat erst die gewaltsame Expansionspolitik der Sowjetunion nach Westen unter Stalin während des Zweiten Weltkriegs zur Vereinigung aller von Ukrainern bewohnten Gebiete in einem gemeinsamen bolschewistischen Staat unter großrussischer Dominanz geführt. 1954 kam als Geschenk Nikita Chruschtschows noch die Krim hinzu.

Von ukrainischer Seite wird hingegen jegliche historische Kontinuität zwischen der Kiewer und der Moskauer Rus' bestritten, ja die eigentliche ostlawische Ethnogenese habe am Ende sogar nur zum Ukrainertum geführt. Die Reichsbildung der Russen im Nordosten um Moskau seit dem 13./14. Jahrhundert fand deshalb nicht nur auf finnischem Boden statt, sondern Finnen und nicht Ostlawen bilden auch das völkische Ursubstrat dieser Moskowiter. Dieses stark überzeichnete neue Geschichtsbild geht sogar zuweilen davon aus, dass "die wichtigsten kulturellen Leistungen der ostslawischen Völker überhaupt aus dem Gebiet der Ukraine stammten, während die Russen als eine durch die Mongolenherrschaft unrettbar verdorbene, kulturzerstörende Nation erscheinen".

Indes war die vormoderne Kiewer Rus' weder ein großrussisches noch ein ukrainisches Reich. Damit stößt der Exklusivan-spruch beider Nationen auf das Erbe der

alten Rus' ins Leere. Die Frage, ob man in Europa überhaupt mittelalterliche Reiche mit modernen Nationalstaaten gleichsetzen kann, soll hier gar nicht erörtert werden. Aber nicht nur für die postsowjetische ukrainische Nation ist es symptomatisch, dass sie ihre nationale Größe in der Vergangenheit sucht, um dadurch ihre staatliche Souveränität in der Gegenwart zu rechtfertigen. Wer in der Perestrojka-Zeit in Osteuropa unterwegs war, kennt die historischen Landkarten, die auch anderswo auftauchen, um dieses noch besonders zu unterstreichen. Auf einmal reichte z.B. das alte Georgien wieder weit in die heutige Türkei hinein und das alte Litauen bis an die Gestade des Schwarzen Meeres.

Was aber hatte es mit der ukrainischen Staatlichkeit des Hetmanats im 16./17. Jahrhundert, dem zweiten goldenen Zeitalter der Ukrainer, auf sich? Aus historischer Sicht spielt für die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine noch heute der Vertrag von Perejaslaw (Perejaslawl') von 1654 eine besondere Rolle. Worum ging es? Moskau kam den Kosaken unter ihrem Hetman Bohdan Chmel'nyc'kyj gegen die Polen zu Hilfe. Die Bedingungen, unter denen sich die Kosaken und die Bewohner der Ukraine dem Moskauer Zaren unterstellten, wurden 1654 in den "Artikeln" B. Chmel'nyc'kyjs und in den Privilegien für das Saporoger Kosakenheer festgelegt. Sie sichern der Kosakenführung, dem ukrainischen Adel, der Geistlichkeit und den Städten weitgehend Autonomie zu. Der vom Hetman dem Zaren geleistete Treueid wurde russischerseits indes als einseitige Unterwerfung unter den Willen Moskaus betrachtet. Im Waffenstillstand von Andrusowo (1667) wurde die Ukraine dann zwischen Russland und Polen endgültig zweigeteilt. Über das linksufrige Hetmanat mit Kiew und Smolensk herrschten von nun an die Moskauer Zaren und späteren Petersburger Kaiser und höhlten die versprochene Autonomie immer weiter aus, um sie dann unter Katharina II. 1764 ganz zu beseitigen. Die

Verwaltung übernahm das "Kleinrussische Kollegium".

Die "Kosakenfreiheit" nahm schon ein früheres Ende. Das letzte Aufbegehren unter dem Kosakenhetman Iwan Masepa, der sich mit dem schwedischen König Karl XII. gegen Peter den Großen verband und mit ihm zusammen bei Poltawa (1709) eine vernichtende Niederlage erlitt, ebnete endgültig den Weg in die Untertanenschaft. Noch unter Peter dem Großen wurde damit begonnen, die unabhängigen Kosakengemeinschaften am Rande des Reiches in zarentreue Kosakenheere umzuwandeln und sie als irreguläre Kavallerie in die russische Armee einzugliedern; mit der Konsequenz, dass auch die Anführer nicht mehr gewählt, sondern ernannt wurden. Dies führte zwar zur Aushöhlung der kosakischen Autonomie, bot der kosakischen Oberschicht jedoch zum Ausgleich die Möglichkeit, durch Gleichstellung ihrer traditionellen Militärränge mit den russischen Offizierschargen in den russländischen Adel aufgenommen zu werden. Den ukrainischen Bauern ging es weit schlechter, sie mussten jetzt mit den russischen das schwere Joch der Leibeigenschaft tragen.

Den letzten und entscheidenden Schlag gegen das freie Kosakentum führte Katharina II. 1775. Die "Saporoger Seč", beheimatet am unteren Dnjepr ("jenseits der Stromschnellen"), wurde von der Zarin aufgelöst. Die Gelegenheit war günstig, da nach dem Frieden mit der Pforte von Kütschük-Kainardschi (1774) der Süden für Russland offenlag, die Kosaken somit nicht mehr als Grenzhüter gebraucht wurden.

Der Anfang vom Ende der Autonomie aber, der Vertrag von Perejaslaw, wurde von sowjetischer Seite bei seiner dreihundertjährigen Wiederkehr 1954 besonders zelebriert. Sei doch damals die endgültige Grundlage für ein gemeinsames historisches Schicksal von Russen und Ukrainern geschaffen worden. Die Ukrainer seien mit

Hilfe Moskaus vor ihrer nationalen Auslöschung unter dem Joch der Polen und des Katholizismus bewahrt und wieder mit ihren russischen "Brüdern" vereint worden. Gemeinsames Blut und gemeinsamer Glaube bedeuteten indes keine politische Gleichberechtigung. Das weit fortgeschrittenere Russland als der "ältere" Bruder habe nämlich seitdem die historische Aufgabe der Entwicklung einer gemeinsamen Zivilisation übernommen. Und dies gelte erst recht seit der bolschewistischen Oktoberrevolution (1917) und der Gründung der Sowjetunion (1922). Die Vorstellung von zwei Nationen innerhalb zweier verschiedener Staaten habe somit bereits 1654 nicht mehr auf der Tagesordnung der Geschichte gestanden, sondern nur noch die unverbrüchliche Freundschaft zwischen dem russischen und dem ukrainischen Volk als weit wertvollere Errungenschaft.

Spätestens als es darum ging, die dreihundertfünfzigjährige Wiederkehr dieses Ereignisses im Jahre 2004 zu würdigen, sollte sich zeigen, dass heutige ukrainische Historiker ganz anders denken und deshalb darin ausschließlich eine Unterwerfung des Hetmanats unter die Zarenherrschaft zu sehen bereit sind, der den Ukrainern im Laufe der folgenden Jahrhunderte nur eine einseitige Abhängigkeit von Russland gebracht und ihre religiöse und kulturelle Eigenart fast ausgelöscht habe. Jedenfalls gibt es außer dem ukrainischen Teil der Moskauer orthodoxen Kirche, den alten Kommunisten sowie einigen russophilen Gruppierungen heute kaum mehr jemanden in der Ukraine, der das Vermächtnis von Perejaslaw positiv zu deuten bereit wäre. So herrscht bei allen nationalbewussten Ukrainern deshalb nach wie vor eher ein tiefes Misstrauen gegenüber Hegemonialbestrebungen auch des neuen Russland vor.

Zweimal scheiterte im vorigen Jahrhundert ein Anlauf der Ukraine zu staatlicher Unabhängigkeit, am Ende des Ersten Welt-

krieges und im Zweiten. Seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert steht die Unabhängigkeit der Ukraine nicht mehr in Frage; nicht einmal die dort lebenden Russen wollen zurück unter Mütterchen Russlands Herrschaft. Aber die Folgen der Russifizierung der Ukraine werden noch auf lange Zeit das Gesicht des Landes mitbestimmen. Vieles hängt aber ebenso davon ab, inwieweit die staatliche Einheit der Ukraine nicht nur erhalten bleibt, sondern auch mit einer überzeugenden politischen Ideologie ausgefüllt wird, die mehr ist als ein kruder ukrainischer Nationalismus, gemischt mit einem kräftigen Schuss Amerikanismus. Dazu ist zunächst einmal notwendig, dass à la longue eine erhöhte Augenmerk auf eine Föderalisierung der Ukraine gelegt wird, um die Gefahr des Aufkommens ethnischer und regionaler Widersprüche möglichst zu bannen bzw. in ein positives Bekenntnis zu einem neuen Staatsnationalismus einmünden zu lassen. Dies aber setzt zunächst voraus, dass die territorialen Probleme mit Russland, insbesondere Krim, Odessa u.a., auf Dauer gelöst werden.

Aber es geht in diesem Zusammenhang nicht nur um politische bzw. kulturelle und soziale Probleme. Der Weiterbestand und die Festigung eines unabhängigen und demokratischen ukrainischen Staates kann nur dann gewährleistet werden, wenn auch eine nationale Wirtschaft aufgebaut wird; zwar auch mit besonderen Beziehungen zu Russland, allein schon wegen der Energieprobleme, aber doch in erster Linie mit einer eigenen Ökonomie, die in der Lage ist, ihre Märkte nach außen zu öffnen. Bisher wird der Niedergang in der Industrieproduktion durch die Unfähigkeit und den Unwillen der politischen Staatsführung bei der Umstrukturierung von Industrien eher noch verschärft. Die Folge sind wie in Russland das Aufkommen sogenannter Oligarchen. Sie sind vor allem die Nutznießer des Fehlens eines geeigneten Konzepts zur Umwandlung des alten sowjetischen Industrieerbes, bei dem Subventio-

nen für ineffektive Industriebranchen gang und gäbe gewesen sind. Deshalb stehen die Ukraine wie Russland heute gleichermaßen vor dem Problem, wie sie ihre rudimentäre Marktwirtschaft weiterentwickeln und vor allem in eine feste Rechtsordnung einfügen sollen, in der es nicht mehr nur zur weiteren Generierung superreicher Industriemagnaten kommt. Es hat aber in der Ukraine seit der "Orangen Revolution" eher den Anschein, dass dies dort besser gelingen könnte, nicht zuletzt deshalb, weil sich die dortigen Oligarchen allzu sehr mit dem alten Regime verbunden hatten. Es besteht aber die Gefahr, dass sie auch durch russische Oligarchen ersetzt werden könnten. Damit wäre – nicht nur bei Fragen der Energielieferung – der Weg zu einer zumindest indirekten Beherrschung der Ukraine durch Russland wieder offen. Indes ist andererseits eine weitere Verselbstständigung und "Europäisierung" der Ukraine im bloßen Gegensatz zu Russland kaum denkbar. Ohne eine gütliche Einigung mit Russland wird es jedenfalls zu keiner dauerhaften Anbindung des Landes an europäische Strukturen, an die Entwicklung im heutigen Europa, mit der Folge einer bewussten Verwestlichung kommen können. Heute braucht man sich keine Sorgen mehr darüber zu machen, ob eine unabhängige Ukraine überhaupt zusammenzuhalten sei, da ihr westlicher Teil historisch eine ganz andere Entwicklung genommen habe als ihr russisch geprägter östlicher.

Literatur

- Borys, Jurij.: *The Sovietization of the Ukraine*, Toronto 1996.
- Golczewski, Frank (Hrsg.): *Geschichte der Ukraine*, Göttingen 1993.
- Hausmann, Guido/Kappeler, Andreas: *Ukraine – Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates*, Baden-Baden 1993.
- Kappeler, Andreas: *Kleine Geschichte der Ukraine*, München 1994.
- Lüdemann, Ernst: *Ukraine. 3., neu bearbeitete Auflage*, München 2006.

Die Kluft zwischen dem Osten und dem Westen der Ukraine wird längst nicht mehr als unüberbrückbar empfunden, die Zugehörigkeit der Krim zur Ukraine selbst von der dortigen russischen Mehrheit kaum länger in Frage gestellt. Die Gefahr einer Spaltung des Landes mit entsprechenden großrussischen Begehrlichkeiten scheint somit vorerst gebannt zu sein. Moskauer Anfechtungen nimmt man deshalb inzwischen weit gelassener hin als zuvor.

Die Frage bleibt indes offen, ob es der Ukraine auch gelingt, ihre nach wie vor bestehende wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland durch regionale Zusammenarbeit mit anderen Nachbarstaaten vormals sowjetischer Prägung zu verringern. Schließlich kann der Westen einem so großen Land wie der Ukraine bei der ökonomischen Verankerung ihrer staatlichen Unabhängigkeit nur begrenzt helfen. Jedoch tun die Europäische Gemeinschaft und die USA gut daran, "über der Pflege ihrer Beziehungen zu Russland die zur Ukraine nicht zu vernachlässigen". Sind doch Letztere, "europäisch betrachtet, keineswegs von geringerer Bedeutung". Unverkennbar ist jedenfalls, dass sich heute in der Ukraine alle großen politischen Gruppierungen, außer den Kommunisten, für einen demokratischen und marktwirtschaftlichen Weg und damit auch für eine europäische Grundorientierung entschieden haben.

- Lukaševič, L.M.: *Ukraina. Istoriko-ekonomičeskoe obozrenie*, Sankt Petersburg 1995.
- Nahaylo, Bohdan: *The Ukrainian Resurgence*, London 1999.
- Potichnyj, Peter J. (Hrsg.): *Poland and Ukraine Past and Present*, Toronto 1980.
- Simon, Gerhard/Simon Nadja: *Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums*, München 1993.
- Subtelny, Orest: *Ukraine. A History*, Toronto u.a. 1988.

Die Ukraine und Russland: Probleme und Perspektiven des Nebeneinanderseins

Taras Kijak

1. Europäische Wurzeln der Ukraine

Seit dem Niedergang der Kiewer Rus befand sich die Ukraine in einer geopolitischen Falle zwischen dem Osten, dem Westen und dem Süden. Die Versuche, sich militärisch zu befreien, waren vergeblich. Nach dem Mongolensturm war die Ukraine zu schwach, um gegen alle Nachbarn gleichzeitig kämpfen zu können. Der Versuch in der Ostukraine, im Rahmen der orthodoxen Kirche die ukrainische Identität zu bewahren, endete tragisch: Die besten intellektuellen Kräfte wurden entweder nach Russland gebracht oder in der Heimat russifiziert. Besser entwickelte sich die Lage in der Westukraine: Um nicht Moskau unterstellt zu sein, gründete man hier 1596 die griechisch-katholische Kirche, welche der Form nach Rom unterstellt, dem Inhalt nach traditionell ukrainisch geblieben ist. Auf diese Weise war hier die nationale Identität viel besser bewahrt, und das war für die Beziehungen der Ukraine zu Westeuropa förderlicher. Wir dürfen dabei auch den Einfluss von zentraleuropäischen Ländern nicht außer Acht lassen, mit welchen die Westukraine im Rahmen eines gemeinsamen Staates gelebt hat.

Der große Herder hat geschrieben: "Was für ein Blick auf diese Gegenden von West-Norden, wenn einmal der Geist der Kultur sie besuchen wird! Die Ukraine wird ein neues Griechenland sein, der schöne Himmel dieses Volkes, ihr lustiges Wesen, ihre musikalische Natur, ihr fruchtbares Land werden einmal aufwa-

chen. Aus so vielen kleinen wilden Völkern, wie es die Griechen vormals auch waren, wird eine gesittete Nation werden."

Ich bin sicher, wir befinden uns am Anfang dieses Prozesses, welchen ich mit den Worten "Rückkehr nach Europa" bezeichnen kann.

Das Auftreten der Ukraine auf der politischen Karte der Welt kann nicht analysiert werden, ohne die globalen und regionalen Veränderungen der letzten Jahre in Betracht zu ziehen. Die Ereignisse, die den Anfang des letzten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts kennzeichnen, haben die geopolitische Situation in der Welt radikal verändert. Der britische Geschichtsphilosoph Arnold J. Toynbee bezeichnete das 20. Jahrhundert als charakterisiert durch das Streben nach der Souveränität. Die bipolare Welt mit deutlichen Grenzen verwandelt sich in eine multipolare Welt, in der die gegenseitigen Einwirkungen immer spürbarer werden. Die unabhängige Ukraine ist ein krasses Beispiel dieser globalen Veränderungen. Die Souveränität des ukrainischen Staates ist, nach der Bestimmung des amerikanischen Politikers Zbigniew Brzezinski, zu einem der wichtigsten geopolitischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts geworden. Der Bundeskanzler Helmut Kohl sagte in seiner Rede anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Taras-Schewtschenko-Universität am 3. September 1996 in Kiew: "Die unabhängige Ukraine ist ein Gewinn für die Völkergemeinschaft. Ihren festen Platz in Europa kann ihr niemand mehr streitig machen!"

2. Die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland

Die Ukraine bemüht sich sehr um die Beziehungen zu ihren Nachbarn und hat schon große Fortschritte in dieser Hinsicht erzielt. Eine Sorge blieb uns aber, nämlich unser Verhältnis zu Russland.

Meines Erachtens gibt es bis heute keine deutlich erkennbare Strategie in den Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine. Dafür sind zwei Gründe anzuführen: Zum einen befinden sich seit dem Ende der Perestrojka Russland und die Ukraine in einem Prozess der Transformation. Deshalb sind die nationalen Interessen nicht deutlich definiert. Zum anderen sind die regierenden Eliten nicht bereit, zu einem System von Beziehungen überzugehen, in dem gegenseitige Kompromisse und gleichberechtigte langfristige Partnerschaft möglich sind.

Gegenüber Russland hat die Ukraine folgende nationale Interessen:

- die Herausführung der russischen Schwarzmeerflotte aus der Ukraine, weil diese Flotte eine permanente Gefahr auf der Krim schafft;
- die rechtsverbindliche Festlegung der Staatsgrenze zu Russland;
- die Sicherung der Rechte der ukrainischen nationalen Minderheit in Russland;
- die Restitution ukrainischer Kulturschätze aus Russland an die Ukraine;
- die finanzielle Einbeziehung Russlands zur Schaffung eines ökologisch sicheren Sarkophags in Tschernobyl;
- die Einbeziehung Russlands in die Unterstützung der zur Sowjetzeit deportierten Völker;
- die Beteiligung an der Wartung und Zollzahlungen für Transittransport und Transiterdöleleitungen in die Ukraine aus Russland.

Russland wird immer unser Nachbar bleiben, dem wir geschichtlich, wirtschaftlich und kulturell nahe sind. Entscheidend ist es, dass unsere Beziehungen gleichberechtigt und für beide Seiten von Vorteil sind und die Ukraine auf keinen Fall ihre eigene Prägung verliert. Leider ist das heutige politische Verhalten Russlands der Ukraine gegenüber dreigeteilt: nämlich alt-imperial, neu-imperial und pseudodemokratisch. Dies ist kein Zufall, weil die alte Einschätzung europäischer Strukturen auch heute noch in Russland lebendig ist.

Der Moskauer Politologe Dmitrij Furman behauptet in der Zeitschrift "Osteuropa", dass die Herrscher in Russland in einer "Welt der Illusionen" leben.¹ Die vom Regime kontrollierten Medien bestärken mit einer einseitigen und unkritischen Berichterstattung die Autokraten nur im Glauben an ihre besonderen Vorzüge und in ihrer Vorstellung, das Land entwickle sich prächtig, das Volk lebe im Wohlstand und liebe den Präsidenten über alles. Kein Wunder dann, dass die Machthaber von Minsk bis Taschkent auf die "farbigen Revolutionen" (georgische Rosenrevolution 2003, orange Revolution in der Ukraine 2004, "Tulpenrevolution" in Kirgisien 2005) ziemlich bizarr reagierten. Furman wörtlich: "Sie erklärten diese Revolutionen mit boshaften Intrigen aus dem Ausland, gaben sich sicher, dass eine solche Revolution in ihrem Land aufgrund ihrer außergewöhnlichen Qualitäten und ihrer Beliebtheit beim Volk unmöglich wäre ..." Putin wollte auch gewiss nicht gemeinsam mit den Nachbarn die Sowjetunion wieder auferstehen lassen. Aber er wollte um Russland herum eine Staatengemeinschaft haben, die auf Moskau hört und die neue wirtschaftliche und politische Macht Russlands zu spüren bekommt, wenn sie sich nicht nach den Wünschen des Kreml richtet.

Selbst der russische Botschafter in der Ukraine, der bekannte Oligarch Tscherno-

myrdin, seufzt in einem Interview für den "Spiegel".² Für ihn ist die Ukraine nichts anderes als ein aufsässiges Kind, das dem Moskauer Übervater, nicht ganz ohne dessen Schuld, davongelaufen ist und sich in den Schoß des Westens warf. In seiner Welt war der Kreml immer Zentrum einer Großmacht, ist es heute noch und wird es immer sein.

Die orange Revolution von 2004 war seiner Meinung nach gar keine Volkserhebung. Sie sei von amerikanischen Hilfsorganisationen geplant und durchgeführt worden, durchaus eindrucksvoll in ihrer Professionalität. "Ich sah mit meinen Augen die Technologie, die sie nutzen, da wurde viel Geld hineingepumpt und Know-how vermittelt."

In Moskau werden Bestrebungen im postsowjetischen Raum, die zum Ziel haben, demokratische, marktwirtschaftliche, rechtsstaatliche und zivilgesellschaftliche Prozesse in die Wege zu leiten, als Herausforderung, ja sogar als Bedrohung aufgefasst. Das liegt unter anderem an der spezifischen Weltansicht des Kreml. Zu diesem Weltbild gehört Putins Feststellung, in den internationalen Beziehungen könne es "kein Vakuum" geben, denn würde sich Russland einer aktiven Politik in der GUS enthalten oder dort sogar eine unbegründete Pause einlegen, würde das unweigerlich zu nichts anderem führen, als dass dieser politische Raum von anderen, aktiveren Staaten energisch ausgefüllt wird. Daraus ergeben sich die plumpe Einmischung in die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine einerseits und das Schwingen der energiepolitischen und wirtschaftlichen Keule gegen die Ukraine, die Moldau und Georgien sowie verschiedene Einfuhrverbote andererseits. Die russische Außen- und Sicherheitspolitik ist danach ausgerichtet, russische Interessen wahrzunehmen, und weniger internationale Verantwortung.

Putins Ziel, den Einfluss Russlands im postsowjetischen Raum wieder herzustellen,

scheint erfolgreich zu sein. Die Gefahr einer Ausbreitung der orangenen Revolution der Ukraine auf andere Regionen dieses Raumes ist nach den Wahlen im März 2006 und den offensichtlichen innenpolitischen Problemen Georgiens geringer geworden. Die Konflikte in Transnistrien, Abchasien, Südossetien und Nagorno-Karabach bleiben zugunsten Moskaus eingefroren. Veränderungen können nur mit Putins Zustimmung stattfinden. Aufgeweckt durch die "bunten" Revolutionen in Europa und die Unruhen in Kirgisien sowie Usbekistan lehnen sich die zentralasiatischen Regime in ihrem Kampf gegen den "Terrorismus" wieder stärker an ein Russland an, das ihnen keine Vorwürfe wegen Menschenrechtsverletzungen macht.

Die Moskauer Politikwissenschaftlerin Lilija Schewzowa brachte die Auseinandersetzungen in der GUS zwischen den postsowjetischen autoritären Präsidialregimen, die vielfach der letzte Rückzugsraum von Vertretern der alten sowjetischen Nomenklatura sind, und den Befürwortern zivilgesellschaftlicher Verhältnisse in einem idealtypischen Vergleich auf den Punkt. Ende der achtziger Jahre habe man gegen den Totalitarismus revoltiert, jetzt gehe es, wie in der Ukraine, um den Kampf gegen die "Imitation von Demokratie". Diese reicht vom "System Kutschma", das in der Ukraine zu Grabe getragen wurde, über Putins "gelenkte Demokratie" bis zum diktatorischen Führungsstil Lukaschenkos oder des im Dezember 2006 verstorbenen zentralasiatischen "Führers aller Turkmenen" (Turkmenbaschi), Saparmurat Nijasow. Und gemeinsam ist all diesen Formen, dass der Souverän, das Wählervolk, wenig oder gar nichts zu sagen hat.

Die Bevölkerung im "postsowjetischen Territorium" wie in Georgien und zuletzt in der Ukraine wird sehr handfest angehalten, Regierungen zu wählen, die sich am russischen Modell innenpolitischer

Stabilität orientieren. Moskaus Geduld mit offen autoritären Regimen in Weißrussland oder Turkmenistan hat keine Grenzen, solange diese sich dem Hegemonialanspruch Moskaus fügen. In der Regel genügt auch das Vorzeigen der Instrumente – der energiepolitischen Abhängigkeit und der Mobilisierbarkeit russischer Minderheiten –, um Nachbarn in der GUS gefügig zu machen.

Die russische Minderheit in der Ukraine ist groß (circa 20%). Sie spielt zugleich nicht selten die Rolle eines Trojanischen Pferdes der großrussischen Politik. Die benachbarten früheren "Bruderrepubliken" aus der Sowjetzeit bekamen in der russischen Außenpolitik wieder Priorität eingeräumt. Wohl ein Großteil der Russen sieht die Hegemonie ihres Landes über diese Gebiete als geradezu natürlich an. Nach Andreas Kappeler vom Institut für Osteuropäische Geschichte der Universität Wien rechnet die russische Politik praktisch seit dem 19. Jahrhundert besonders stark jene Gebiete zur eigenen Einflussosphäre, in denen eine orthodoxe Mehrheit lebt, die also zur großen Gemeinschaft der orthodoxen Kirche gehört: Das trifft für die Ukraine, Weißrussland, Moldova und Georgien zu.

Auf der anderen Seite empfanden freilich viele gerade in diesen vier Ländern das neu aufgeflamnte Interesse des großen Nachbarn für sie als blanken russischen Ne imperialismus. Der ukrainische Intellektuelle und Publizist Mykola Rjabtschuk wirft den Russen vor, das Erbe des Kiewer Rus, gleichsam die Quelle der russischen wie der ukrainischen Nation, monopolisiert, ihrer imperialen Identität zugrunde gelegt und dadurch die Einverleibung der ukrainischen wie auch der weißrussischen Gebiete legitimiert zu haben. Der ukrainische Trash- und Dancesänger Verka Serduchka, der beim Eurovision Song Contest 2007 den zweiten Platz belegte, gefällt den russischen Zuschauern deswegen, weil er die Ukraine nicht so zeigt, wie sie aussieht, sondern wie Russland sie sehen möchte.

Dieses alberne Kunstprojekt ist eine Blamage für beide Seiten.

Der bereits erwähnte Mykola Rjabtschuk führt weiter aus: "Dieses imperiale Modell der Geschichte ist nicht nur wissenschaftlich falsch, sondern auch politisch gefährlich. Es weckt Illusionen, fördert den Revanchismus und verführt die russischen Politiker dazu, Ansprüche an die Nachbarländer, die benachbarten Völker und ihre Geschichte zu erheben." Eine der zahlreichen Implikationen des imperialen Mythos sei dabei "der weit verbreitete Glaube vieler Russen, dass der Großteil der Ukrainer russisch spricht und dass jeder, der russisch spricht, sich auch dem alt-neuen Imperium anschließen will."³

Dabei greift Moskau zu klassischen Methoden, um seinen Ansprüchen Nachdruck zu verleihen. Man versucht, die Nachbarn schwach und wirtschaftlich in Abhängigkeit zu halten, man verfolgt das imperiale Prinzip des "Teile und Herrsche!", dem schon das zaristische Russland ebenso wie die Sowjetmacht – und dabei vor allem der Georgier Stalin – gefolgt waren. Ein Beispiel für das Festhalten an diesem Prinzip ist Moskaus Umgang mit den von Georgien abtrünnigen Landesteilen Abchasien und Südossetien sowie dem von Moldova abgespaltenen Transnistrien.

3. Die Ukraine zwischen Ost und West

Wegen des EU- und NATO-Beitritts will die Opposition in der Ukraine eine Volksabstimmung veranstalten. Sie predigt einen raschen EU-Beitritt. Ist das nicht eine Provokation? Im Gegenteil. Die Opposition weiß sehr gut, dass sowohl die Regierung als auch die EU dazu nicht bereit sind, geschweige denn, dass die EU fast 50 Millionen neue EU-Bürger aus der Ukraine nicht "verspeisen" kann. Sie sind aber krass gegen den NATO-Beitritt, welcher viel realer und notwendiger ist. Die Ukraine

braucht dringend einen Schirm gegen den Terrorismus, gegen die Ansprüche anderer Länder, in erster Linie die von Russland. Wir befinden uns in einem Dreieck von Werten. Russland ist und bleibt unser Nachbar, das kann man nicht vermeiden. Taktisch sind die USA für uns wichtig geworden. Strategisch aber sollte sich die Ukraine auf die EU orientieren.

Schließlich sollten die Vereinigten Staaten die Eingliederung der Ukraine in die euro-atlantischen Institutionen, einschließlich der NATO, fördern. Allerdings wäre es angesichts der Unsicherheit über die Orientierung und die Prioritäten der Opposition angebracht, Kiew genügend Zeit zum Überlegen zu lassen, ehe man dort einen "Aktionsplan für die Mitgliedschaft" anbietet. Jedenfalls sollte man für die Ukraine die Türen zur Mitgliedschaft offen lassen, sofern sie es schafft, ein schlagkräftiges und zusammenhängendes Programm politischer, wirtschaftlicher und militärischer Reformen auf den Weg zu bringen.

Zur selben Zeit verschiebt sich das Kräftegleichgewicht am Rande Osteuropas. Das Verstummen der "oranzen Koalition" (jener prominenten Politiker, die im Jahre 2004 an der Spitze der oranzen Revolution standen) in der Ukraine führte dazu, dass danach eine Regierung an die Macht gelangte, die für Reformen viel weniger aufgeschlossen und an einer engeren Westbindung nicht besonders interessiert war. Das wird wahrscheinlich nicht nur die Verlangsamung der Integration der Ukraine in die euro-atlantischen Institutionen zur Folge haben, sondern auch dämpfende Auswirkungen auf Reformbewegungen innerhalb anderer ehemaliger Sowjetstaaten. Dazu kommt noch, dass Russland nach einem Jahrzehnt der Schwäche und Passivität als ein wichtiger regionaler und internationaler Akteur in Erscheinung getreten ist, vor allem im Energiebereich.

Putin hat versucht, die Energiewaffe gegen Juschtschenko einzusetzen. Der im Dezember 2005 in Moskau gefasste Beschluss, den Preis der Erdgaslieferungen nach Kiew stark anzuheben, hatte durchaus eine wirtschaftliche Berechtigung – die Ukraine hatte bis dahin für das russische Erdgas weniger als den Marktpreis bezahlt –, war aber eindeutig darauf angelegt, die ukrainische Wirtschaft zu beeinträchtigen und Juschtschenko am Vorabend der Parlamentswahlen zu schwächen.

Russland hat in der letzten Zeit in Bezug auf die Ukraine zu einem aggressiven Pragmatismus geneigt. Man hofft, dass das russische Kapital die führende Rolle in den russisch-ukrainischen Beziehungen spielen wird. Der ehemalige Chef der russischen Privatisierungsbehörde und russische Unternehmer Alfred Koch äußerte sich im Oktober 2006 im Fernsehen ganz ungeniert dahingehend, dass es für ihn egal wäre, ob in der Ukraine blaugelbe Fahnen gehisst werden. Die Hauptsache sei, dass es ein russisches Territorium sei, und dies müsse mit Boden-, Immobilien- und Firmeneinkäufen erreicht werden. Immerhin fallen schon 80% der Außenhandelsoperationen der Krim auf Russland.

Westliche Vertreter in Kiew sind deshalb überzeugt, dass die Ukraine wählen muss. Entscheidet sie sich für die Vorteile einer Öffnung zu Russland, verliert sie die Integrationsfähigkeit nach dem Westen. Deshalb müsse auch der Westen demnächst Klarheit schaffen. Bietet er der Ukraine keine Perspektive, könnte er sie an einen neuen großrussischen Einflussraum verlieren. Ein erstes Zeichen wäre jetzt schon nötig, um die Spirale der Enttäuschungen zu beenden – beispielsweise die von Kiew lang angestrebte Anerkennung der Ukraine als eines marktwirtschaftlichen Staates. Noch ist alles möglich. Der östliche Wirtschaftsraum ist gegenwärtig noch eine blo-

ße Blaupause, und Russland hat der Ukraine noch keine wirklich attraktiven Angebote gemacht.

In der Ukraine wie auch in Russland sollte die bolschewistische Mentalität in Vergessenheit geraten, in Russland darüber hinaus auch noch die imperialen Ansprüche. Solange große Teile der russischen Elite die Konsolidierung des Zentralstaates als militärisch-machtpolitische Atempause interpretieren und die Bevölkerung sich in einer Mehrheit als anfällig für nationalistische Parolen erweist, sind jederzeit weitreichende Verschiebung in den Zielen und Prioritäten der russischen Außen- und Sicherheitspolitik möglich. Eine "strategische Partnerschaft" mit Russland ist daher immer noch mehr Wunsch als Wirklichkeit. Jedenfalls darf der Welt, darunter auch Europa, nicht gleichgültig sein, was sich in Osteuropa abspielt.

Die Ukraine hat keine andere Wahl als den NATO- und weiter den EU-Beitritt. Die Russen sollen es endlich verstehen, dass diese ukrainische Perspektive auch für Russland von Vorteil ist. Die Ukraine könnte in beiden Organisationen eine Brücken- und Lobbyrolle für Russland spielen, so wie es heute Polen für die Ukraine tut. Jedenfalls soll die Ukraine nicht prorussische, nicht proeuropäische, sondern proukrainische Politik machen.

Europa ist ein Begriff, den alle europäischen Nationen zu definieren haben, aber nicht auf Kosten anderer Nationen. Ein neues Europa kommt mit neuen Schwierigkeiten, die wir zusammen zu bewältigen haben. Damit nehme ich auch Bezug auf die deutliche Entfremdung zwischen Ost und West. Der Osten ist enttäuscht, weil er sich in

seinen Problemen vom Westen im Stich gelassen fühlt. Der Westen ist enttäuscht und ungeduldig, weil die Schwierigkeiten einer wirtschaftlichen und vor allem einer gesellschaftlich-menschlichen Umstellung viel größer als erwartet sind. Es war naiv zu meinen, mit dem Zusammenbruch des Kommunismus allein seien alle Probleme gelöst. Der Eiserner Vorhang ist als politisch-ideologische Teilung Europas verschwunden, aber als psychologisch-menschliche Trennungslinie zurückgekehrt.

Dies ist es, was Reiner Kunze in seinem Gedicht "Die Mauer" aus dem Jahre 1990 sagen will:

Als wir sie schleiften, ahnten wir nicht, wie hoch sie ist in uns;
wir hatten uns gewöhnt an ihren Horizont,
und an die Windstille,
in ihrem Schatten warfen wir aber keinen Schatten. Nun stehen wir
entblößt jeder Entschuldigung.

Durch das neue Europa dürfen keine Trennungslinien gehen, besonders nicht zwischen jenen Europäern, die schon europäisch leben, und jenen, die an Europa glauben. Jetzt ist wieder ein Vorhang in Vorbereitung. Er wird allmählich an der Westgrenze der Ukraine errichtet.

Die Europäische Gemeinschaft muss für die Länder Europas den Weg zum Beitritt wirtschaftlich vorbereiten helfen, auch wenn der Beitritt noch in ferner Zukunft liegt. Der Erfolg dieser Bemühungen wird nicht nur für die Bevölkerung dieser Länder, sondern auch für die Stabilität ganz Europas von eminenter Bedeutung sein.

Anmerkungen

¹ Siehe hierzu und zum Folgenden Furman, Dmitrij: Ursprünge und Elemente imitierter Demokratien. Zur politischen Entwicklung im postsowjetischen Raum, in: Osteuropa 09/2006, S.3-24.

² Das Interview ist abgedruckt in Der Spiegel, 7.3.2007.

³ Zitate aus Rjabtschuk, Mykola: Die reale und imaginierte Ukraine. Aus dem Ukrainischen von Juri Durlot, Frankfurt/M. 2006.

Berlin und Kiew in der Warschauer "Geopolitik"

Jerzy Maćków

1. Geopolitik: Heartland und Osteuropa

"Geopolitik" ist dadurch bestimmt, dass Geographie der bestimmende Faktor der (Außen-)Politik und internationalen Beziehungen ist. Das soll freilich nicht dahingehend missverstanden werden, als würden alle diesem Prinzip verpflichteten Analytiker alleine aus den geographischen Faktoren heraus die Grundtendenzen des außenpolitischen Handelns und die Mäander der politischen Geschichte ableiten. Ein okkultistischer Wissenszweig, in dem Gesetze entworfen werden, die unter Bezugnahme auf Geographie Entstehung und Fall von Großmächten sowie Ausbrüche von Kriegen erklären und prophezeien, muss die Geopolitik gewiss nicht sein, obwohl sie, im 20. Jahrhundert noch extrem populär, heute – nicht zuletzt in Deutschland – für gewöhnlich in solch einem verzerrten Spiegel gesehen wird. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass sich hinter der im Westen oft vorzufindenden expliziten Ablehnung dieses Wissenszweigs auch ein gehöriges Stück Heuchelei verbirgt.

Wenn man beispielsweise den alltäglichen außenpolitischen Diskurs Deutschlands verfolgt, so fällt auf, dass hierzulande das Bewusstsein der geographischen Voraussetzungen für außenpolitische Entscheidungen doch sehr stark ausgeprägt ist. Wie kann sonst das bekannte, nicht zuletzt von Altbundeskanzler Helmut Schmidt immer wieder vorgetragene Argument interpretiert werden, dass Deutschland, umgeben von neun Nachbarn sowie "in der Mitte Europas" liegend, außenpolitisch zurückhaltend agieren und dabei die kleinen Nachbarn bevorzugt behandeln müsse? "Wir – die Deutschen – haben neun unmittelbare Nachbarn – die Engländer, Schweden, Italiener und Russen nicht mit-

gezählt. Wenn wir stark waren, sind wir zentrifugal nach außen vorgestoßen, in Phasen der Schwäche stießen die anderen zentripetal in die Mitte Europas vor."¹

Das seriöse geopolitische Denken zeichnet sich demgegenüber durch die freie Interpretation geographischer Gegebenheiten im Zusammenhang der internationalen Beziehungen aus, die niemals in eine Unterbewertung der Geographie als eines wichtigen politischen und historischen Faktors mündet. So war für den ersten geopolitischen Analytiker, den US-amerikanischen Marineoffizier und Historiker Alfred Thayer Mahan, nur ein Ausschnitt der Geographie, nämlich das Meer, von zentraler Bedeutung für die politische Geschichte.² Das Werk Karl Haushofers wiederum, des Erfinders der Begriffe "Geopolitik" und "Lebensraum", birgt (hinter schwülstigen Formulierungen) eine großdeutsch und rassistisch gefärbte Lehre in sich: "Blut" stellt eine seiner zentralen analytischen Kategorien dar.³ Und was schließlich den vielleicht interessantesten Geopolitiker der beiden vergangenen Jahrhunderte angeht, Halford Mackinder, so hat er keineswegs die Geographie als die bewegende Kraft der Geschichte, sondern vielmehr als eine kaum zu überwindende Beschränkung des außenpolitischen Handelns betrachtet: "Man and not nature initiates, but nature in large measure controls. My concern is with the general physical control, rather than the causes of universal history."⁴ In seinen bekannten Ausführungen über die Bedeutung des Heartland (Westsibirien und das europäische Russland⁵) für die Entstehung von Großreichen spielen die Beschaffenheit dieses – mit Einschränkungen – geographischen Flachraumes, dessen erschwerter Zugang zu großen Gewässern und auch die zivilisatorische Unterentwicklung der von ihm aus

expandierenden aggressiven Reiche die zentrale Rolle.⁶

Die nach dem Zusammenbruch des Kommunismus vielleicht bekannteste Analyse der Weltpolitik, in der bewusst an die Erkenntnisse und Theorien der Geopolitik angeknüpft wird, kommt aus der Feder Zbigniew Brzezinskis, der in seinem Werk "The Grand Chessboard" neben den Ausführungen über die besondere Stellung der USA sich auch über die seiner Einschätzung nach fünf aktiven Spieler sowie die geopolitischen "Dreh- und Angelpunkte" der 1990er-Jahre auslässt.⁷ Dieses Werk wurde besonders in der postkommunistischen Welt rezipiert, in der die Popularität des geopolitischen Denkens sehr groß ist.⁸ Zum einen hat diese Popularität mit der jahrzehntelangen Unterbrechung der Kontakte der betroffenen Länder zu den politologischen Zentren des Westens zu tun, wo gerade nach dem Zweiten Weltkrieg die Beschäftigung mit den Theorien der internationalen Beziehungen vielfältige, beeindruckende Ergebnisse brachte. Es ist in keinem postkommunistischen Land bis heute gelungen, diese Theorielücke zu schließen, so dass die im Westen zum Teil mit gutem Grund als überholt geltenden Vorkriegstheorien häufig immer noch tonangebend sind.⁹ Zum anderen beschäftigt sich die Geopolitik von jeher mit dem Zerfall und der Entstehung von Imperien und Großmächten, mit Themen also, die für Russland und die frühere Peripherie des sowjetischen Imperiums von entscheidender Bedeutung sind.

Zudem nährt der russische Neoimperialismus von heute indirekt die anhaltende Popularität des geopolitischen Ansatzes. Die sich von Russland emanzipierenden Völker machen sich Sorgen über die zunehmend imperiale Ausrichtung der russischen Außenpolitik, die zwar der Stärke des Landes nicht angemessen, aber vor allem wegen des autoritären Charakters des russischen Staates nichtsdestotrotz bedrohlich bleibt. Ein besonderes Problem stellen dabei die

politisch-kulturellen Grundlagen dieser Politik dar: "Die Mehrheit der Russen fühlt sich im Gegensatz zu den Bürgern der anderen Staaten als historische Verlierer. Ehemalige Sowjetrepubliken wählten nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Systems ihre nationale Identität, die Russland verloren hat, weil die russische Identität in der Zarenzeit sich am Imperium orientierte. Der folgende Sachverhalt ruft eine kontroverse Diskussion hervor: Soll man sich mit der neuen Lage abfinden oder dem Umfeld zum Trotz die 'Mission' der Wiederherstellung des Imperiums verfolgen?"¹⁰

2. Das "geopolitische Dreieck" Polens

Auch im Polen des 19. und 20. Jahrhunderts wurde die Außenpolitik vor allem in den Kategorien der Geographie, der Sicherheit, des Strebens nach Souveränität, der Stärke der Nation und des (künftigen) Staates gedacht. Alle diese Kategorien gelten – unter verschiedenen Bezeichnungen des jeweiligen Analytikers¹¹ – als Schlüsselkonzepte der Disziplin "Geopolitik". Das polnische Interesse an der Geopolitik kam bereits in der Nachhaltigkeit zum Tragen, mit der in dem von Deutschland (dem Habsburger Reich, Preußen, dem Deutschen Reich) und Russland geteilten Polen die Ideen der Wiederherstellung des föderalen polnischen Staates gepflegt und weiterentwickelt wurden. Denn in Polen sind Geopolitik und Föderalismus von jeher auf eigenartige Art und Weise miteinander verbunden, was daraus resultiert, dass die in ethnischer und religiöser Hinsicht heterogenen, historischen polnischen Länder nur im Rahmen eines föderalen Gefüges zu einer politischen Einheit hätten geführt werden können. Denn nur föderale Strukturen waren im Stande, dieser Vielfalt Rechnung zu tragen.

Der Föderalismus hatte bereits dem polnisch-litauischen Commonwealth des 14.

bis 18. Jahrhunderts zugrunde gelegen und das Königreich Polen-Litauen zu dem außenpolitischen Spieler erhoben, der die Entwicklung Osteuropas¹² entscheidend beeinflusst hatte. Der polnisch-litauische Föderalismus hatte seine großartigste Ausprägung in der Lubliner Union des Jahres 1569 gefunden, die die Basis für Jahrhunderte des Zusammenlebens vieler Völker und Religionen Osteuropas gebildet hatte. Erst das Scheitern – die Teilung – der polnisch-litauischen Republik beider Nationen (Rzeczpospolita Obojga Narodów) in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hatte Polen im "geopolitischen Dreieck" Deutschland – Polen – Russland situiert, in dem es das schwächste und bis auf die Zwischenkriegszeit 1919-1939 der politischen Souveränität beraubte Glied darstellte.

Dieses "geopolitische Dreieck" wird in Polen als Fluch betrachtet. Eingezwängt zwischen zwei Nachbarn, die in den letzten zwei Jahrhunderten durch nichts so vereint waren als durch den Wunsch, Polen zu vernichten, suchen die polnischen Eliten auch nach der Wiedererlangung der staatlichen Souveränität im Jahre 1989 den Ausweg aus dieser Bedrängnis. Ausgerechnet Mackinder scheint bei dieser Suche zumindest einen gedanklichen Einstieg zu bieten, und zwar mit seiner berühmten Formel, wonach die Herrschaft über Osteuropa die Herrschaft über das Heartland und letztendlich über die Welt garantiere. Es verwundert nicht, dass diese Formel nicht nur in Polen,¹³ sondern auch in der Ukraine, die – im Gegensatz zu Polen – heute tatsächlich existenzielle Probleme mit dem Erhalt der ihr durch den Zerfall der Sowjetunion "zugefallenen" Souveränität hat, Aufmerksamkeit auf sich zieht.¹⁴

Brzezinski wirft die These auf, dass nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa eben der Ukraine der Status des "pivotal state" zukommt, denn sie sei es, die eine Wiederherstellung des russischen Imperiums in Eurasien verhindert.¹⁵

Kein Wunder, dass er mit diesen Thesen ausgerechnet in Polen breite Zustimmung findet. Dort wird nämlich die Ukraine ohnehin seit langem als der Staat betrachtet, der durch seine bloße Existenz zur Festigung der polnischen Souveränität gegen die imperialen Wünsche Moskaus am meisten beitragen kann.

3. Polen – Ukraine: Unabhängigkeit in föderaler Union

In der Zeit, in der Polen ein sowjetisches Protektorat – genannt "Volksrepublik Polen" – war, konzentrierte sich sein freies außenpolitisches Denken auf die Fragen, wie die Souveränität des Staates wieder gewonnen werden und wie das Land das ihm infolge des Zweiten Weltkrieges oktroyierte sozialistische System loswerden könnte. Die geopolitischen Gedankenspiele mit dem Phantom des unabhängigen polnischen Staates wurden auf der Grundlage der historischen Parallelen geführt. Die Erinnerung an die internationale Politik der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und die Rezeption der damaligen Literatur beeinflussten solche gedanklichen Übungen zuweilen entscheidend. Fast immer wurde dabei auf den Kampf um die Wiederherstellung des polnischen Staates vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg Bezug genommen. Denn damals, in den zwei ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, wurden von polnischen Politikern zwei einander ausschließende Optionen verfolgt, die das außenpolitische und speziell das geopolitische Denken in Polen nachhaltig prägen.

Die erste Option vertrat Roman Dmowski, der Chef der National-Demokratischen Partei. Sein Hauptkonkurrent war Józef Piłsudski, der sich im Laufe des Ersten Weltkrieges von der sozialistischen Bewegung lossagte. Während der in der Nähe von Warschau geborene Dmowski die Chancen der polnischen Souveränität in der Zusammenarbeit mit Russland und

überhaupt mit der Entente sah, setzte Piłsudski auf die Zentralmächte und konkret auf den Habsburger Verbündeten des Deutschen Reiches. Für Dmowski stellte Deutschland die größte außenpolitische Bedrohung Polens dar, während Piłsudski, in der Nähe von Wilna geboren und aufgewachsen, Russland für die Bedrohung der "polnischen Seele" hielt. Dmowski kämpfte für Polen vor allem mit diplomatischen Mitteln, wobei es ihm gelungen ist, das Land fest in der Entente zu positionieren. Piłsudski fiel dagegen die Aufgabe zu, die Unabhängigkeit des nach 123 Jahren der Nicht-Existenz wieder entstandenen polnischen Staates nicht zuletzt in kriegerischen Auseinandersetzungen zu verteidigen und seine Ostgrenzen festzulegen. Das erfolgte vor allem im polnisch-bolschewistischen Krieg des Jahres 1920.

Piłsudski entwarf eine Konzeption, die an die föderale Tradition der Lubliner Union 1569 anknüpfte und die in dem zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer gelegenen Raum des so genannten Intermare (międzymorze) den Aufbau einer Föderation vorsah. Dabei maß er der Zusammenarbeit Polens mit der unabhängigen Ukraine die entscheidende Bedeutung bei. Die föderale Neuordnung des Intermare sollte die als verhängnisvoll angesehene Vorherrschaft Deutschlands bzw. Russlands im Heartland verhindern. Diese Vorstellungen passten sehr gut in die Überlegungen Mackinders, der im Westen vergeblich vor einer solchen Gefahr warnte. Mackinder traf in seiner Eigenschaft als britischer High Commissioner in Südrussland übrigens mit Piłsudski zusammen und zeigte sich von dessen Föderalismus-Konzeption beeindruckt. Dies änderte freilich nichts daran, dass die Siegermächte in naiver Hoffnung auf die Entstehung eines demokratischen Russlands die Ideen Piłsudskis ablehnten.¹⁶ Ungeachtet dessen versuchte dieser seit November 1918 als Oberhaupt des im Aufbau begriffenen polnischen Staates (naczelnik państwa) agierende Politiker,

den Aufbau einer Föderation in Osteuropa zu verwirklichen.

Zu diesem Zweck schloss er ein Bündnis mit Simon Petljura, dem ukrainischen Nationalistenführer, der zuvor gegen die Bolschewiki, die Deutschen, die weißen Russen unter Anton I. Denikin, die zunächst mit Deutschland verbündeten Truppen von Ataman Pawlo Skoropadskyj und – nicht zuletzt – gegen die Polen gekämpft hatte. Petljura war damit einverstanden, Lemberg und die Ostukraine (in der polnischen Terminologie "östliches Klempolen": Małopolska Wschodnia) dem polnischen Territorium anzuschließen. Im Gegenzug erkannte Piłsudski Petljuras Regierung der so genannten Ukrainischen Volksrepublik an und unterstützte dessen Truppen militärisch, so dass beide zunächst Kiew einnehmen konnten.

Die bolschewistische Gegenoffensive drang allerdings bis nach Warschau vor und bedrohte nicht nur die Existenz des jungen polnischen Staates, sondern sollte darüber hinaus die kommunistische Revolution nach Westeuropa führen. Der sowjetische Angriff konnte zwar im August 1920 mit dem großartigen Sieg Piłsudskis in der Schlacht vor Warschau abgewendet und die Rote Armee vernichtend geschlagen werden. Der bolschewistisch-polnische Krieg brachte aber eine Änderung der Politik Piłsudski mit sich, der seine Föderationspläne aufgab. Im Frieden von Riga vom März 1920 entschlossen sich die (formell) vier Verhandlungspartner Polen, Sowjetrussland, die Sowjetukraine und Sowjetbelarus zu einer Grenzziehung, die quer durch die ukrainischen (und belarussischen) Gebiete verlief. Piłsudski akzeptierte diese Lösung zum einen deshalb, weil er nach dem Sieg im August 1920 die Bolschewiki weniger fürchten musste als den Führer der weißen Russen, Denikin, der die bloße Unabhängigkeit Polens nach wie vor strikt ablehnte. Zum anderen hatte sich im Laufe des Krieges gezeigt, dass

Petljura nicht über eine Unterstützung im eigenen Volk verfügte, die für den Aufbau eines ukrainischen Staates notwendig gewesen wäre. Trotz aller Gründe, mit denen Piłsudski die Aufgabe seiner Pläne hätte rechtfertigen können, war ihm das Scheitern seiner Ideen schmerzlich bewusst. Er soll das mit den Worten "Ich habe das Rad der Geschichte für zwanzig Jahre aufgehalten" kommentiert haben. Es war trotzdem ein Fehler der polnischen Seite, dass sie in den Riga-Verhandlungen die bolschewistische Position akzeptierte, die Interessen der Ukraine (und Belarus) würden von den Bolschewiki vertreten.¹⁷ Dies kam dem Verrat der nationalen Ukrainer gleich. An diesem Verrat änderte die Tatsache wenig, dass Piłsudski sich persönlich bei den in Polen internierten ukrainischen Offizieren ob der Wende seiner Politik entschuldigte.

Aber auch die anti-föderalistische Konzeption von Dmowski, einen ethnisch weitgehend homogenen polnischen Staat zu errichten, war damals nicht zu verwirklichen, weil nicht alle Polen über ihre Ostländer (kresy wschodnie: "östliche Randgebiete") ähnlich wie Dmowski im Jahre 1908 denken konnten: "Das Gebiet der so genannten [infolge der Teilungen Polens von Russland] Genommenen Länder [kraje zabrane] (Litauen und Rus'), das im Osten liegt ... ist vorwiegend kein polnisches – es wird von anderen Stämmen bewohnt, unter denen die Polen eine Minderheit darstellen. Unter den heutigen Bedingungen, nach der Schwächung des polnischen Elements durch das Exterminierungssystem der russischen Regierung [im 19. Jahrhundert] wie auch durch das Auftreten der neuen genuinen Elemente, die bis vor kurzem lediglich ein ethnographisches Material darstellten, wie vor allem der Litauer, können die Polen nicht mehr die Rolle des herrschenden Elements spielen. ... Das Polentum in den erwähnten Gebieten, in manchen Kreisen dicht konzentriert, in anderen unter dem fremden Element zerstreut, hat beträchtliche Bedeutung für das

nationale Leben; sein Wohlstand und seine kulturelle Entwicklung werden für uns immer eine Sache großer nationaler Bedeutung sein. Aber diese Länder sind nicht die Hochburg des Polentums ... Diese Hochburg liegt an der Weichsel."¹⁸ Wären die Polen dem Denken von Dmowski konsequent gefolgt, hätte das neue, ethnisch homogene Polen auch auf die ethnisch überwiegend polnischen Städte der kresy – nicht zuletzt auf Wilna und Lemberg, die doch Hochburgen des "polnischen Elements" waren – verzichten müssen. Dieses war damals auch insofern schwer durchzusetzen, als die bäuerliche Bevölkerung der östlichen kresy des ehemaligen polnisch-litauischen Reiches trotz aller Fortschritte der belarussischen und der ukrainischen Nationenbildung am Ende des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts national weitgehend indifferent war.

Als Konzept betrachtet, stellte nur die föderale Idee eine politisch angemessene Lösung des mit der Homogenität der kresy zusammenhängenden Dilemmas dar. Da aber weder die betroffenen Nationen noch Gesellschaften noch Siegermächte von damals dazu fähig und bereit waren, die Föderationsidee Piłsudskis tatkräftig zu unterstützen, wurde das zunächst gemeinsame politische Agieren jener Mächte, die Anspruch auf die Herrschaft über Osteuropa erhoben – Deutschlands und des kommunistischen Russlands –, erleichtert. Die bereits in den frühen 1920er-Jahren erfolgte Annäherung zwischen beiden wurde in Polen als verhängnisvoll betrachtet. Dass diese Befürchtung berechtigt gewesen war, erwies sich im Jahre 1939, als die Sowjetunion und das Dritte Reich die vierte Teilung Polens durchführten und die Welt in den Zweiten Weltkrieg stürzten. Das durch den Krieg regelrecht vernichtete Polen wurde anschließend nicht zuletzt von seinen westlichen Verbündeten für mehr als eine Generation dem sowjetischen Totalitarismus ausgeliefert. Was wiederum Deutschland angeht, so wurde seine Bedeutung im internationalen System durch

die Kriegsniederlage und die daran anschließende Teilung in ein amerikanisches und sowjetisches Protektorat minimalisiert. Schließlich wurde das vom Heartland aus agierende kommunistische Imperium damit in die Lage gebracht, jahrzehntelang den Kampf um die Weltherrschaft zu führen. Dieser Zustand fand erst im Jahre 1989 sein Ende.

4. Der späte Sieg der Ideen Pilsudskis

In der kommunistischen Zeit konnte eine freie polnische Diskussion über Außenpolitik eigentlich nur im Exil stattfinden. Nur dort war es möglich, die im kommunistischen Block tabuisierten (und im Westen als angeblich obsolet ignorierten) Themen wie die künftige Rolle des wiedervereinigten Deutschlands und der unabhängigen Ukraine zum Gegenstand einer öffentlichen Debatte zu machen. Das wichtigste Forum für eine solche Diskussion stellte die polnische Emigrantenpresse dar, darunter vor allem die in Paris erscheinende Monatszeitschrift "Kultura". Ihr Chefredakteur, Jerzy Giedroyc, vertrat zusammen mit seinem engsten Mitarbeiter, Juliusz Mieroszewski, von Beginn an – d.h. seit 1947 – konsequent die Meinung, dass die internationale Lage Polens in erster Linie von dessen Beziehungen zu seinen östlichen Nachbarn abhängt. Beide erkannten auch, dass nach dem Zusammenbruch des Kommunismus Polen alles in seinen Kräften Stehende würde tun müssen, um die Unabhängigkeit der Ukraine, von Belarus und den baltischen Staaten zu unterstützen. Diese Thesen prägten sich in das Bewusstsein der nicht-kommunistischen Eliten Polens ein und bestimmen die polnische Ostpolitik heutzutage geradezu uneingeschränkt.

Obwohl aus dem außenpolitischen Diskurs Polens das geopolitische Dreieck Polen-Russland-Deutschland auch heute nicht wegzudenken ist, wird im Lande durchaus

mit Freude registriert, dass sich die geopolitischen Rahmenbedingungen für den souveränen polnischen Staat nach 1945 und besonders nach 1989 gebessert haben. Die Faktoren, welche die negative Wirkung des besagten Dreiecks schwächen, sind: die Verwestlichung Deutschlands, die militärische Präsenz Amerikas auf dem Alten Kontinent, die allmähliche Verwirklichung der Idee eines geeinten Europas und in der letzten Zeit auch die Globalisierung. Unter diesen veränderten Koordinaten wird heute Deutschland nicht mehr als die Gefahr für Polen wahrgenommen, die mit der russischen vergleichbar wäre. Die Verwestlichung Deutschlands nach 1945 wird durchaus bewundernd konstatiert und selbstverständlich auch begrüßt. Besonders wichtig bleibt für die Polen dennoch nach wie vor das Desiderat, dass die amerikanische Militärpräsenz in Europa kein Ende finden sollte (was einer der Gründe für das vitale polnische Interesse an der Stationierung des amerikanischen Raketenabwehrsystems in Polen darstellt).

Unter diesen Umständen wird in Polen ein autoritäres Russland, welches die Teile der (als das so genannte Nahe Ausland apostrophierten) Peripherie des sowjetischen Imperiums an sich bindet, mittlerweile als die größte außenpolitische Gefahr betrachtet. Für jeden realistischen Beobachter haben sich nämlich die vom Perestrojka-Wandel genährten Hoffnungen aus den 1980er- und den frühen 1990er-Jahren, Russland werde sich zu einer westlichen Demokratie und einer nicht-imperialen Nation entwickeln, als naiv erwiesen. Davon, wie stark diese Hoffnung ausgerechnet in Polen ausgeprägt war, zeugt die Tatsache, dass die (seit Dezember 1989 wieder so genannte) Republik Polen der erste Staat war, der bereits im Herbst 1990 die Souveränität Russlands offiziell anerkannt hatte. Es soll in diesem Zusammenhang noch erwähnt werden, dass der erste Außenminister des postkommunistischen Polens, Krzysztof Skubiszewski, als Einziger bereits im Jahre 1989 eine Konzeption des

Umgangs mit der Sowjetunion entwarf und praktizierte, die der Souveränität Russlands ebenso wie jener der Sowjetunion gerecht war. Die westlichen Länder dagegen bevorzugten damals eindeutig die Sowjetunion (sprich: Gorbatschow) als ihren Partner.

Der Gedanke Piłsudskis, die Unabhängigkeit Polens und der Ukraine könne nur durch die enge Zusammenarbeit beider bewerkstelligt werden, wird nun im postkommunistischen Polen wiederbelebt. Diese Idee wurde dort zu einem politischen Prinzip umgemünzt, das die Unterstützung der ukrainischen Wünsche nach Integration in den westlichen Strukturen als polnische Staatsräson erscheinen lässt. Keine politische Kraft in Polen sträubt sich deshalb gegen den Beitritt der Ukraine zur NATO und zur Europäischen Union. Die Ukraine wird als der strategisch wichtigste Partner wahrgenommen, worauf die ukrainische Seite in den 1990er-Jahren zwar noch etwas zurückhaltend reagierte. Spätestens jedoch seit der Orangen Revolution im Herbst/Winter 2004 wird die strategische Partnerschaft mit Polen auch dort von bedeutenden politischen Kräften befürwortet. Ein "kleines" Problem stellt in diesem Zusammenhang lediglich der Umstand dar, dass dieses "Bündnis" wegen der Schwäche seiner Akteure kaum mit Inhalten gefüllt wird, deren Bedeutung über die Beziehungen zwischen beiden Staaten hinausgeht.

Zu erklären ist die Renaissance der vor beinahe einem Jahrhundert von Piłsudski verfolgten Ideen auch mit der Tatsache, dass eine Föderalisierung der polnisch-ukrainischen Beziehungen heute wieder realistisch geworden ist. Denn das föderale Element wird heute ausgerechnet durch den im Ersten Weltkrieg dem osteuropäischen Föderalismus noch skeptisch gegenüberstehenden europäischen Westen ins Spiel gebracht, und zwar in Gestalt der Europäischen Union. Aus diesem Grund wird in Polen der bereits erzielte große Erfolg des europäischen Föderalismus – die Ost-

erweiterungen der Europäischen Union der Jahre 2004 und 2007 – nicht selten als ein später Sieg Piłsudskis interpretiert. Das hat nicht zuletzt Johannes Paul II prägnant zur Sprache gebracht, als er die Osterweiterung der EU einem Prozess "von der Lubliner zur Europäischen Union" gleichsetzte.

Die Konzeption von Piłsudski wird allerdings auch dann noch nicht verwirklicht sein, wenn die Ukraine und Belarus der EU beitreten. Dazu ist es notwendig, die EU zu einer wahrhaft politischen Union umzuwandeln, die demokratisch verfasst ist und tatsächlich über Mittel verfügt, um ihrer Verantwortung als einer der zentralen Akteure der Weltpolitik gerecht zu werden. Nur im föderalen Bund mit Westeuropa ist Osteuropa so gestärkt, dass es zur Verhinderung der Vorherrschaft Russlands im Heartland beitragen kann.

5. Berlin – Warschau – Europäische Union

Die Prinzipien der polnischen Außenpolitik nach 1989 können nicht anders als atlantisch, pro-ukrainisch und – zunehmend – föderalistisch-europäisch genannt werden. Im Lichte dieser Prinzipien zeichnet sich das Verhältnis Warschau-Berlin mittlerweile nicht nur durch die Nähe aus, sondern es ist auch – besonders im neuen Jahrtausend – von herben Enttäuschungen geprägt. Man hat in Polen unverständlicherweise sehr lange daran geglaubt, dass im Auswärtigen Amt über die geopolitischen Rahmenbedingungen des deutsch-polnischen Verhältnisses ähnlich wie im polnischen Außenministerium gedacht wird. Diese grobe Fehleinschätzung hatte gewiss etwas mit der emphatischen Betonung der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft zu tun, von der seit Skubiszewski¹⁹ in den deutsch-polnischen Sonntagsreden immer wieder die Rede ist. Der Gedanke, dass die Schicksale Polens und Deutschlands eng miteinander verbun-

den sind, wurde bereits in den 1970er-Jahren und besonders in den 1980er-Jahren den führenden Kreisen des antikommunistischen Widerstands in Polen vertreten (vermutlich²⁰ gegen die Meinung der breiten polnischen Öffentlichkeit), und er erreichte Ende der 1980er-Jahre auch die politischen Eliten Deutschlands. Demgemäß bedingten die polnische Unabhängigkeit und die deutsche Wiedervereinigung einander.²¹

Mittlerweile ist freilich sichtbar geworden, dass sowohl die Ostpolitik des wiedervereinigten Deutschlands als auch das tollpatschige Agieren so mancher polnischen Regierung sowie die unzureichende deutsch-polnische Zusammenarbeit für europäische Ziele diese Interessengemeinschaft in Frage gestellt haben. Spätestens unter Bundeskanzler Gerhard Schröder ist die alte Tradition der Priorität Russlands wieder zum durchaus angewandten Prinzip der deutschen Ostpolitik aufgestiegen. Eine wichtige Dimension dieser Priorität hängt mit der Ukraine zusammen, die für Deutschland wesentlich weniger bedeutsam erscheint als sein Verhältnis zu Russland. Eine andere Dimension wäre das deutsche Hinwegsehen über die eindeutig autoritäre Entwicklung Russlands einerseits und über die partiellen Erfolge auf dem schwierigen Weg hin zur Demokratie in der Ukraine andererseits. Zugleich werden die tatsächlichen und vermeintlichen künftigen Gewinne aus jenen Geschäften, die Deutschland mit und in Russland gemacht hat bzw. zu machen hofft, überschätzt. Es kommt hinzu, dass Deutschland in seinen Beziehungen zur russischen Wirtschaft, die zum beträchtlichen Teil vom Staat gelenkt wird, bereitwillig den Part des vom Kreml bevorzugten westlichen Partners übernimmt und somit Russland die Außenwirtschaftspolitik nach dem Prinzip *divide et impera* erleichtert. Polen (samt den baltischen Staaten) gehört indes zur Gruppe der von Russland am

schlechtesten behandelten Wirtschaftspartner und kann sich dagegen nur mit der Unterstützung der EU wehren.

Die deutsch-polnischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre, etwa um die Ostsee-Pipeline und die doppelte Mehrheit als Entscheidungsmodus im Rat der Europäischen Union (das deutsche Beharren auf der doppelten Mehrheit wird in Polen auch als die Verhinderung der EU-Erweiterung um die Ukraine verstanden), erscheinen vor diesem Hintergrund geradezu unausweichlich gewesen zu sein. Wenn auf solche Konflikte von der polnischen Seite inkompetent und emotional reagiert wird – wie dies die Regierung Jarosław Kaczyński vormachte –, dann können Deutschland und Polen ihrer gemeinsamen europäischen Verantwortung nicht gerecht werden. Warschau verliert dabei als schwächerer Partner mehr.

Das deutsch-polnische Verhältnis wird auch in Zukunft schwierigen Belastungsproben ausgesetzt sein, weil die jeweils als vital wahrgenommenen Interessenlagen in beiden Ländern nicht deckungsgleich sein können. Entzweien wird Warschau und Berlin dauerhaft nicht zuletzt das unterschiedliche Verhältnis zu Kiew. Angesichts dessen muss beiden Seiten stets bewusst sein, dass solche nunmehr unvermeidbaren und selbst unter befreundeten Partnern normalen Meinungsunterschiede und Auseinandersetzungen in der geopolitischen Weltstruktur der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verhängnisvoll hätten sein können. Nicht nur den wichtigsten Garanten des Friedens in Europa, sondern auch die wichtigste Chance für das gedeihliche deutsch-polnisch-ukrainische Verhältnis stellt heute die Europäische Union dar. Nicht primär auf der nationalen, sondern auf der europäischen Ebene kann auch das Verhältnis all dieser Staaten zu Russland für jeden zufriedenstellend geregelt werden.

Anmerkungen

- ¹ So der Altbundeskanzler im Interview für *Der Spiegel* 44/2007.
- ² Siehe Thayer Mahan, Alfred: *Der Einfluss der Seemacht auf die Geschichte 1660-1812*, überarbeitet und hrsg. von Gustav-Adolf Wolter, Herford 1967.
- ³ Eine Kostprobe: "Raumüberwindung und die Einsicht der Staaten in die Mittel [Hervorhebung im Original] dazu also ist die Lebensfrage jeder Reichsbildung über ganz einfache und kongeniale Teilräume hinaus; und bei der großen Frage des Zusammenbaus von Blut und Boden im Raum zum Staat kommt es bei allem Primat des Blutes doch entscheidend darauf an, dass die Träger des Blutes und Volkswillens die Bühne erkennen, auf der sie zu spielen haben, wenn sie nicht jäh in ihren Versenkungen verschwinden wollen, und dass sie sich der Eigenschaften bewusst bleiben, die sie unabstreifbar von ihrem Stammboden, ihrer Kinderstube in der Welt, mitbekommen haben, ob sie nun streng, neblig und nordisch, oder leichtlebig, von blauer Flut durchpulst und sonnenerfüllt war." Vgl. Haushofer, Karl: *Staat, Raum und Selbstbestimmung*, in: *Raumüberwindende Mächte*, hrsg. von Karl Haushofer, Leipzig/Berlin 1934, S.63-99, hier S.63f.
- ⁴ Mackinder, Halford: *The Geographical Pivot of History*, in: *The Geographical Journal*, 4.4.1904 (Vol. XXIII), pp.421-444, p.422.
- ⁵ Damals samt der Ukraine.
- ⁶ Mackinder: *The Geographical Pivot*.
- ⁷ Als "Spieler" identifiziert er China, Deutschland, Indien, Frankreich und Russland. "Dreh- und Angelpunkte" seien Aserbaidschan, Iran, Türkei und die Ukraine. Siehe hierzu Brzezinski, Zbigniew: *The Grand Chessboard. American Primacy and its Geostrategic Imperatives*, New York 1997.
- ⁸ Als "indirekter Beweis" dieser Popularität können einige nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa erschienenen Einführungen in diese Disziplin dienen. Siehe Derčaeu, Vladimir: *Geopolitika*, Kiev 2000; Moczulski, Leszek: *Geopolityka. Potęga w czasie i przestrzeni*, Warszawa 2000; Sirota, N.M.: *Osnovy Geopolitiki. Učebnoe posobie*, Sankt Petersburg 2001.
- ⁹ Es ist aber auch durchaus üblich, dass internationale Beziehungen an den osteuropäischen Universitäten ohne theoretische Untermauerung unterrichtet werden, nämlich als eine Art politische Geschichte.
- ¹⁰ Sirota: *Osnovy Geopolitiki*, S.101; Übersetzungen aus jenen russischen und polnischen Werken, die nicht auf Deutsch erschienen sind, hat der Autor selbst vorgenommen.
- ¹¹ Dazu etwa aus der Feder des Klassikers über die Stärke der Nationen, Halford Mackinder. Siehe Mackinder, Halford: *Man-Power as a Measure of National and Imperial Strength*, in: *The National Review* 7/1905, pp.136-143.
- ¹² Es wird in diesem Beitrag zwecks der Aktualisierung der Heartland-Theorie Mackinders von dessen Osteuropa-Begriff ausgegangen. Demnach wird Osteuropa von Westeuropa durch die Linie Hamburg-Triest getrennt, und es findet sein Ende im Osten entlang der Flüsse Wolga und des unteren Don.
- ¹³ Siehe die polnische Ausgabe von *The Grand Chessboard*: Brzezinski, Zbigniew: *Wielka szachownica*, Warszawa 1998, S.38; auch Moczulski: *Geopolityka*, S.16f.
- ¹⁴ Derčaeu: *Geopolitika*, S.21.
- ¹⁵ "The loss of Ukraine was geopolitically pivotal, for it drastically limited Russia's geostrategic options. Even without the Baltic states and Poland, a Russia that retained control over Ukraine could still seek to be the leader of an assertive Eurasian empire, in which Moscow could dominate the non-Slavs in the South and Southeast of the former Soviet Union. But without Ukraine and its 52 million Slavs, any attempt by Moscow to rebuild the Eurasian empire was likely to leave Russia entangled alone in protracted conflicts with the nationally, religiously aroused non-Slavs, the war with Chechnya perhaps simply being the first example. Moreover, given Russia's declining birthrate and the explosive birthrate among the Central Asians, any new Eurasian entity based purely on Russian power, without Ukraine, would inevitably become less European and more Asiatic with each passing year." Brzezinski: *The Grand Chessboard*, S.92.
- ¹⁶ Wandycz, Piotr S.: *Polish Federalism 1919-20 and its Historical Antecedents*, in: *East European Quarterly*, March 1970, pp.25-39, p.34.
- ¹⁷ Davon, dass diese Position abwegig war, zeugt alleine der Umstand, dass in der bolschewistischen "Ukraine-Delegation" niemand Ukrainisch sprach, so dass die ukrainische Version des Riga-Vertrages von einem Teilnehmer der polnischen Delegation, Leon Wasilewski, verfasst werden musste.

¹⁸ So im bekannten Buch Dmowskis "Deutschland, Russland und die polnische Frage" aus dem Jahre 1908. Siehe Wapiński, Roman (Hrsg.): Roman Dmowski. Wybór pism, Warszawa 1990, S.198.

¹⁹ Skubiszewski brachte diese Formel im Februar 1990 zum ersten Mal zur Sprache. Siehe hierzu Hajnicz, Artur: Polens Wende und Deutsch-

lands Wiedervereinigung. Die Öffnung zur Normalität 1989-1992, Paderborn u.a. 1995, S.18f.

²⁰ Vermutlich deswegen, weil im Kommunismus entsprechende Meinungsumfragen nicht durchgeführt werden konnten.

²¹ Siehe Hajnicz: Polens Wende, S.14-41.

Die Ukraine als "Rohstoffleiter" zwischen Europa und Asien

Dmytro Zlepko

Das vorliegende Thema unterliegt einigen Einschränkungen, denn die Themenfelder Energiepolitik der Ukraine, Verarbeitung und Nutzung von Naphtha (Erdöl) in Chemie, Metallurgie, Medizin und petrochemische Industrie bleiben unberücksichtigt, denn der Ukraine fehlt trotz offensichtlicher theoretischer Fortschritte in Forschung und Lehre die Umsetzung der Theorie in die praktische Nutzung für den Alltag. Ebenso unberücksichtigt bleiben die privaten und staatlichen, nationalen und internationalen Firmen, Konsortien und Banken, die am Geschäft der "ukrainischen Rohstoffleiter" hängen.¹

1. Die Ukraine als erdölverarbeitendes Land

Historisch zählt die Ukraine zu den ältesten erdölverarbeitenden Staaten Europas im 20. Jahrhundert. Zwischen 1908 und 1910 war das galizische Erdölgebiet Drohobyč-Boryslaw, damals noch zur Habsburger Monarchie gehörend, mit seiner Fördermenge von 1,5 bis 2 Millionen Tonnen Naphtha die größte Förderstelle Österreich-Ungarns und stand nach den USA und dem Zarenreich an dritter Stelle der Weltproduktion.² Im Jahre 1901 fand sich Erdgas in den ukrainischen Karpaten, blieb aber ungenutzt.

Im galizischen Städtchen Kalusch wurde 1921 die erste Gaspipeline von den sogenannten "Zwischenkriegspolen" zusammengeschweißt. Seit 1924 versorgte sie die Städte Daschawa und Stryj mit Erdgas,³ im Gedenken daran beging die ukrainische Gasgewinnungsindustrie im Jahre 1994 ihr 70-jähriges Jubiläum. Die Habsburger und die Zwischenkriegspolen betrieben keinen

Export mit Gas aus dem ukrainischen Galizien.

Die Sowjetregierung erneuerte 1940 die Gasmagistrale, so die damalige Bezeichnung, von Daschawa nach Lemberg (insgesamt 70 Kilometer) und verlängerte sie in den Jahren 1946 bis 1948 nach Kiew: Seit 1951 verband sie Moskau über Bjelgorod und Brjansk mit Kiew. Bis in die 70er-Jahre erfolgte die Verrechnung über das Començon: Anwendung fand das inner-sowjetische Barterverfahren, ein geldloses Tauschsystem. Die Jahresproduktion von Gas aus Daschawa betrug für das Jahr 1950 circa 1,5 Milliarden qm³.⁴

In den 60er-Jahren kam das zweite ukrainische Gasfördergebiet um Schebelynsk, Region Charkiw, hinzu. Zwischen 1956 und 1964 entstand das innerukrainische Gas-Tubennetz von Schebelynsk nach Charkiw, Poltawa, Kiew und Dnipropetrovs'k. Auf der Daschawa-Pipeline kam Erdgas aus Schebelynsk über Kiew nach Russland: Stolz meldete die Prawda 1968, dass jeder fünfte qm³ Gas von Schebelynsk die Sowjetunion erwärme.

1967 entstand die galizische Magistrale Braterstwo mit dem Ausgang Dolyna bei Stanislaw, dem heutigen Iwano-Frankiwnsk. Die verlängerte Pipeline aus dem Charkiw-Schebelynsk endete in Izmail, vereinigte sich mit der Braterstwo und lieferte seit 1967 bis in die 80er-Jahre Gas ins tschechoslowakische Schalja.

Seit 1978 kam russisches Gas durch die Sojus-Pipeline in die Ukraine: Aus der Region Orenburg aus Russland lief sie durch die Ukraine bis Uschgorod. 1984 entstand die Tube Urengoj-Pomary-Uschgorod.

Außer der Braterstwo in die Slowakei und der innerukrainischen Tubenlinie Dascha-wa-Schebelynsk gab es um 1980 bereits voll funktionierende Gasleitungen durch und aus der Ukraine. Bis zum Zerfall der Sowjetunion lagen in der Ukraine 35.000 Kilometer Tubenstrang, freilich primär Gaspipelines.

Die Sowjetukraine versorgte die Bevölkerung mit 87% des allgemeinen Bedarfs und mit 70% des Industriebedarfs an Gas. Zusätzlich exportierte die Ukraine eigenes und aus Russland kommendes Gas über kleinere Tuben im Röhrensystem in die Tschechoslowakei, nach Ungarn und Polen, Jugoslawien und die Türkei, was sozusagen als Bruderhilfe im sozialistischen Lager verstanden werden kann. Über das Començon lief alles im Bartersystem bzw. ganz ohne Länderverrechnung durch Zuteilung.

Konnte in der Ukraine das Gassystem teilweise aus eigenen Erdgasförderfeldern gewonnen und exportiert werden, so stellte die Versorgung der Ukraine mit Erdöl ein ganz anderes Problem dar: Die Ukraine hing total von dessen Import ab. Der Bau der Družba-Ölpipeline seit 1960 zielte primär auf die Versorgung der sozialistischen Staaten Polen, DDR, CSSR und Ungarn ab. Aus den russischen Erdölfeldern von Kuibyschew, Orenburg und der Tatarischen Autonomen Republik pumpte Russland auf über 5200 Kilometern Öl nach Westen: Von der ursprünglichen Družba liefen lediglich 370 Kilometer durch die Ukraine. Oberhalb von Kiew, noch im weiß-russischen Gomel, zweigte die Družba mit ihrer Hauptlinie nach Weißrussland, durch Polen nach Berlin, ab. Das kleinere südliche Stück durch die Ukraine führt über Riwna nach Uschgorod, um weiter nach Budapest in Ungarn und bis zum slowakischen Bratislava zu gelangen. Der Ölträger Družba war offensichtlich von Anfang an nicht für die Ukraine kon-

zipiert, auch wenn die Ukrainer später darin eine Perfidie Moskaus sahen.

Die Auffindung der Gasfelder in Tjumen und anderswo in Sibirien und im kaukasischen Raum führte in den 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts zur Neukonzeption der Gasversorgung im europäischen Teil der Sowjetunion: Prognostizierte Gasvorkommen in Sibirien und im Kaukasus übertrafen alle ukrainischen Gaskalkulationen. Moskau vergab die Rolle des Gaslieferanten an Tjumen, dann noch weiter östlich nach Sibirien hinein. Damit war die Ukraine aus dem Gasgeschäft und verlor ihre Zuordnung, Gaslieferant für die Sowjetunion zu sein.

Die neu zugewiesene Aufgabe der Sowjetukraine beschränkte sich darauf, Stromerzeuger und -Lieferant für die Sowjetunion zu werden. Zur Stromgewinnung eignet sich die Ukraine durch ihr großes Fluss- und Wassersystem. Aber es fehlten alle dazu erforderlichen technischen Voraussetzungen: Stromleitungen zählen nicht zu Tubendurchleitungen, sind oberflächige Leitungssysteme. Der Aufbau der Infrastruktur für Strom würde Jahre benötigen.

Konnte die Ukraine im Jahre 1970 aus eigenem und importiertem Erdöl über 14,5 Millionen Tonnen Erdöl und 68,3 Milliarden qm^3 Erdgas verfügen, so waren es im Stichjahr 1990 nur 4,2 Millionen Tonnen Erdöl (also ein Minus von 10 Millionen Tonnen innerhalb von 20 Jahren) und 19,2 Milliarden qm^3 Erdgas (also ein Minus von 48 Milliarden qm^3) Gas. Binnen zwanzig Jahren fehlten der Ukraine als ursprünglichem Gasförderer und Lieferanten 45% an Erdgas.

Alle Pläne Moskaus galten für die sowjetische Ewigkeit, der Zerfall der Sowjetunion war darin nicht vorgesehen. Spätestens mit den Selbständigkeitserklärungen der Republiken wandelten sich die "alten" Zuordnungen zu Makulatur.

2. Neukonzeptionen des Erdöl- und Erdgasgeschäfts

Unter den geschilderten Bedingungen beging die Ukraine ihr 70-jähriges Bestehen als Gasförderland (1924-1994). Die Feierlichkeiten gebaren das Nationalprogramm "Naphtha und Gas der Ukraine bis 2010". Die Bestandsaufnahme bestätigte den Verlust der Ukraine als Gasförder- und -Lieferland: Zu klein seien die Gasfelder im Inland, zu kostspielig sei die Ausbeutung. Um für die sowjetische Zuordnung Stromlieferant zu werden, fehlten aber die Voraussetzungen, denn dazu war die Ukraine der 90er-Jahre schlichtwegs zu arm.

Gingen die nationalen Gasreserven zurück bzw. wollte man den verbleibenden Rest noch strecken, so musste importiert werden. Russland als bisheriger Partner war nicht zu umgehen. Die Lieferverträge aus sowjetischer Zeit wurden verlängert. Im Començon galt das eigene Verrechnungssystem: Nach der Selbstständigkeit verlangten die meisten Geschäftspartner Devisen: Warentausch – das Barter-System – galt über Nacht als verpönt.

Die Abhängigkeit vom Ölimport zeigte sich bei der Selbständigkeitserklärung sofort: Der Gewinn konnte nur aus den verbliebenen Ölsträngen, den Pipelines durch die Ukraine, erwirtschaftet werden. Sie mussten einerseits für die Durchleitung zur Verfügung gestellt werden, andererseits musste sich Kiew um sein alleiniges Verfügungsrecht bemühen. Das war 1994 noch nicht möglich.

Als Versuch der Befreiung von der russischen Energieabhängigkeit dürfen die Verhandlungen mit Kuwait am 30. Oktober 1993 gelten. Die hochrangige ukrainische Regierungsdelegation bot gegen Direktlieferung von Erdöl Maschinenbautechnik, Rohrlieferungen sowie jede Hilfe bei der Be- und Verarbeitung des Kuwaitischen Öls an. Zu eigenem Nachteil setzten die

Ukrainer Dumpingpreise fest, damit versuchten sie, die Abhängigkeit der Energielieferung von Russland zu vermindern. Im Jahre 1994 fiel die Einfuhrquote zur Eigenversorgung der Ukraine auf 10% Naphtha und 21% Erdgas: Das entsprach 2,1 Millionen Tonnen Rohöl und 9,2 Milliarden qm³ Gas. Den Winter 1994/95 überstanden die Ukrainer nur mit ihren Mänteln in der Wohnung.

Aus Verschuldung, die immer öfter zur Zahlungsunfähigkeit einzelner ukrainischer Firmen führte, zog die Regierung in Kiew die Konsequenz, dem landesfremden monopolistischen System des Erdöl-/Gasgeschäfts das eigene Monopol entgegenzustellen. Per Erlass des Präsidenten entstand am 14. Mai 1994 die Ukrnaftogas mit der Aufgabe, die zu gründende Aktiengesellschaft auf Kauf und Verkauf von Naphtha und Gas zu beschränken. 51% der Aktien behielt der Staat, 49% gingen nach ukrainischem Aktienrecht in den Verkauf. Die Klausel, höchstens 20% könnten im Bartergeschäft abgewickelt werden, beinhaltete die Abkehr vom Barter-System.

Im November 1997 fand die Erschließung der Erdölfelder in Aserbaidschan ihren Abschluss: Noch im gleichen Jahr floss das erste aserbaidtschanische Erdöl nach Russland und weiter in die Ukraine. Im April 1999 legte der erste Tanker mit aserbaidtschanischem Öl in Schwarzmeerterminal Supsa (Georgien) an. Damit fand das kaspische Öl seinen zweiten Zugang zum Schwarzen Meer. Endete die Leitung für Rohöl in Russland, Noworossijsk und im georgischen Supsa, so bot sich die Weiterführung aus den Terminals nach Europa an. Wer sollte das bewerkstelligen?

Bei Entstehung des ukrainischen Staates 1989 verlor Russland seinen strategischen Vorteil im Schwarzen Meer. Die Krim gehörte seit 1954 zur Ukraine. Das Asowsche Meer kann von Großtankern nicht befahren werden: Es gilt als zu seicht.

Der Tankerterminal in Supsa gilt als idealer Umschlagplatz, nur gehört er seit dem Zerfall der Sowjetunion Georgien, nicht Russland. Nach bisherigen geologischen Untersuchungen der östlichen Schwarzmeerküste fand sich kein Felsmassiv, an dem ein Tiefseehafen für Großtanker gebaut werden könnte. Das Gebiet zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer zählen die Geologen zu den erbebengefährdeten Regionen. Zu riskant erscheint die Verlegung von ober- bzw. unterirdischen Pipelines.

Am südlichen Teil des Schwarzen Meeres kommt das ethnische Problem der Kurden in der östlichen Türkei hinzu. Die bisherige Stationierung von türkischem Militär dürfte sich dann erhöhen: Sie müssten zusätzlich die Rohrleitungen schützen. Die Verlegung der Pipeline-Südtrasse um das Schwarze Meer herum ist mit zu großen Risiken verbunden.

Hierin sieht die Ukraine ihren Vorteil. Bereits 1999/2000 begann die Ukraine, die ukrainisch-europäische Belieferung per Tankersystem aus dem asiatisch-kaukasischen Raum zu konzipieren.⁵ Durch die Ukraine bestand bereits das alte System sowjetischer und vorsowjetischer Transportkorridore. Sie konnten aber nicht alleine von der Ukraine genutzt werden. So kam Odessa als Endpunkt-Zielhafen der ukrainischen Rohrleitungen ins Spiel: Von hier nahm die Konzeption des Baltischen Pipeline-Systems "Black Baltic Sea"⁶ ihren Anfang. Bereits der Name steht für das Programm: Erdölröhrenverbindung Kaukasus-Ukraine-Polen-Baltikum. Die Projektkapazität des ersten Abschnittes veranschlagte man auf 9 Millionen Tonnen Erdöl. Über drei Pumpstationen von der Abzweigung Družba sollten die Rohre nach Odessa, weiter nach Brody, über Gdansk nach Płozk laufen.

Vom Ausbau des Öl-Terminalhafens von Odessa versprach sich die Ukraine große Vorteile, denn er gibt den einzigen allein-

kontrollierten innerukrainischen Umschlagplatz ab. Nachdem das Erdölterminal Odessa ausgebaut wurde, endete die Pipeline der russischen Lukoil dort. Die Verwirklichung dieser kühnen Konzeption konnte die Ukraine nicht alleine bewältigen. Da kam ihr das europäische TACIS-Programm entgegen.

3. Das TACIS-Programm der EU und die Ukraine

Die Auflage des europäischen TACIS-Programms von 1995 entsprach ukrainischem Interesse. In diesem Programm brachte die EU das sogenannte INOGATE (Interstate Oil and Gas Transport to Europe) Programm für Erdöl- und Gastransport nach Europa unter. Die Europäische Kommission sieht im INOGATE-Programm Prioritätspunkte der Verbindung und des Transports kaspischer Energieträger nach Europa. Damals setzte die Kommission u.a. auf die Erdölpipeline Tengis-Noworossijsk, also die Transportroute auf der Städtelinie Baku-Supsa-Noworossijsk/Russland.

Im Jahre 1999 übernahm die Kiewer Regierung das TACIS-Programm mit dem INOGATE-Programm. Binnen nur eines Jahres verlegte die Ukrtransneft die Linie Odessa-Brody über 674 Kilometer. Die schnelle Fertigstellung ist durch die Benutzung der alten, vorsowjetischen Streckenführung zu erklären.

Der Hafen Piwdennyj in Odessa bekam den Ausbau für Tankerkapazitäten von 150.000 Tonnen, das Höchstfassungsvermögen für Tanker. Damit können Direktlieferungen von Odessa über See in die USA getätigt werden. Der wirtschaftliche Vorteil der Tankerzustellung liegt im Vergleich zur Zugzisternenzustellung bei 5:1, die Pipeline mit 8:1 gilt als unübertroffen.

Damit schaffte die Ukraine in Verbindung zum Tankersystem aus Supsa/Georgien

den zweiten Terminal auf europäischem Boden. Die Ukrainer als direkter Nachbar der EU gewannen an Achtung und Bedeutung als Transitland zwischen Europa und dem Kaukasus. Beides fiel mit der Ausrichtung des TACIS-Programms nach Westeuropa und mit dem "Black Baltic Sea" Pipeline-Programm zusammen.

Schon in der Konzeption zerstört das "Black Baltic Sea" Konzept das alte sowjetische System. Es stellt damit nicht nur den wirtschaftlich preiswertesten und kürzesten Transportweg aus Kasachstan, Turkmenistan und Aserbaidschan über die Ukraine in die EU dar.

Denn neben dem Leitungssystem bieten die Kiewer die Zuliefererteile für den östlichen Raum. Kiew liefert die hochwertigsten Röhren nicht nur nach Russland, sondern auch in den Kaukasus. Nur nach Russland gingen z.B. im Jahre 2002 vertraglich 620.000 Tonnen Rohr. Anschlussverträge für die Jahre bis 2004 sahen die gleiche Menge an Rohrlieferungen vor. Dazu kommen Walzgut, Metallkonstruktion und Pumpen für das Röhrengeschäft nach Kasachstan, Turkmenistan und Aserbaidschan. Zusätzlich: Technisches Know-how mit allem, was der Röhrentransport benötigt. Damit steigt die Bedeutung der Ukraine nicht nur als Transittransporteur. Das Land gewinnt Beachtung wegen seiner geopolitischen Lage zwischen Kaukasus und Europa, ebenso wie als Lieferant von Röhrenmaterial und -technik.

Betriebsimmanente Vorteile ergeben sich für die Ukraine auf dem Streckenverlauf des Röhrensystems durch das Land. Die größten acht Raffinerien der Ukraine liegen entlang der Rohrsysteme. Das Transportmaterial Rohöl kann bereits auf dem Weg zu Benzin bzw. Diesel oder Kerosin veredelt werden.

Als Transitland erlangte die Ukraine noch mehr Bedeutung, als die Ölabnehmer Slowakei, Tschechien, Ungarn und Polen die

Aufnahme in die Europäische Union fanden. Die EU grenzt nun an die Ukraine. Für den osteuropäischen Raum bekam diese Verschiebung nicht nur wirtschaftliche, sondern zusätzlich politische Bedeutung. Das Pipelinesystem aus dem Kaukasus als unentbehrlicher Gas- und Ölproduktträger bewirkte nämlich die Veränderung des politischen Kräftesystems. Die Kiewer Regierung trug dem mit der Übernahme des TACIS-Programms im Jahre 2000 Rechnung und bekannte sich zum "Interstate Oil and Gas Transport to Europe"-Programm für Erdöl- und Gastransport nach Europa. Das neue EU-Programm bekam den Titel "Energetische Strategie der EU bis zum Jahr 2020". Der Schwerpunkt dieses Programms liegt auf der Problematik ausreichender Energieressourcen im Kaspischen Raum, der Versorgung der EU-Staaten mit Gas und Öl in Projektion bis 2020. Nicht tangiert wird die politische Beziehungskonstellation der betroffenen Staaten zu ihren Nachbarn, insbesondere der Russischen Föderation.⁷

4. Der Ukrainische Euroasiatische Nafto-Transportkorridor

Das EU-Programm der "Energetischen Strategie" von 2000 übernahm die Ukraine als eigenes. Unter Premier Anatolij Kinach erfolgte im Jahre 2001 die Nachjustierung des 1994 aufgelegten ukrainischen Regierungsprogramms "Gas und Öl Ukraine 2010". Zum konzipierten "Black Baltic Sea" Öltransportkorridor sollte nun 2002 das ukrainisch-asiatisch-kaukasische Programm kommen.

Dazu legte sich die Ukraine mächtig ins Zeug: In der Kiewer Regierung entstand die Stelle des "Sonderbevollmächtigten für Fragen des europäisch-asiatischen Erdöltransportkorridors". Darunter ist die Gründung des internationalen Planungsgremiums, das mit Investorensuche, Finanzplanung, Ölhändler sowie Ölkauf beauftragt wurde, zu verstehen. Den Vorsitz darin be-

kam Oleksandr Todijtschuk, Vorsitzender der Ukrtransnafta AG.

Handelspolitisch entstand damit 2002, verwirklicht 2003, der Euroasiatische Nafto-Transportkorridor (Jevro-azijs'kyj naftotransportnyj korydor). Der Startschuss für das Projekt fiel im April 2002. Ende Mai 2003 bekannten sich die Ukraine, Polen und die EU in einer Deklaration zum ukrainisch konzipiertem Transitprojekt: Damit verband sich Polen 2003 auf der Öllinie mit dem Kaukasus über die Ukraine und mit dem Baltikum. Im Gespräch stand die Weiterführung der Pipeline-Verbindungen zu den Umschlagsplätzen aus dem polnischen Gdansk ins Baltikum. Die Planung dieses Projekts in Polen betrieb seit 1998 die Gesellschaft Golden Gate.

Die reorganisierte nationale Ukrtransnafta AG bekam den Auftrag, ein internationales Konsortium zu bilden. Die Bedeutsamkeit des Projekts unterstrich Präsident Kutschma mit seiner persönlichen Reisediplomatie: Er warb mit einem Besuch in der Slowakei, flog nach Kasachstan und binnen Jahresfrist auch nach Wien.

Trotz Selbstständigkeit bestimmte die weiterhin latent vorhandene Abhängigkeit von Russland das politische Gleichgewicht im kaukasischen Raum. Deutlich zeigte sich das bei der Fünf-Jahresfeier der GUUAM im Oktober 2002. Der Zusammenschluss der Staaten Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidtschan und Moldawien, kurz GUUAM,⁸ im Oktober 1997 zielte auf internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Eine Lockerung der Abhängigkeit von Russland im Bereich Energieträger war dabei beabsichtigt. In fünf Jahren Existenz schwächte die GUUAM die siechende GUS durch Austritte aus deren kollektiven Sicherheitsabsprachen: Die Ukraine und Moldawien wandten sich offen dem Westen zu.

Die beabsichtigte stärkere Anbindung des Kaukasus an den Westen unter Umgehung Russlands musste zur weiteren Schwächung der GUS, zur Umorientierung der Ukraine und der anderen GUUAM-Mitglieder auf Europa führen. Russland reagierte auf den Schritt der GUUAM mit der Erklärung, es beabsichtige den Bau der Pipeline durch die Ostsee direkt nach Deutschland. Diesen Schritt empfand nicht nur die GUUAM-Gruppe, sondern auch Polen als Affront, denn dadurch drohte Warschau und dem ganzen Baltikum die Abkoppelung vom russischen Gas und Erdöl.

Besonders schmerzten die möglichen zukünftigen Verluste die Ukraine: Die Umgehung musste sich im Verlust der Durchlaufdevisen, der Lager- und Schleusengelder auswirken. Die Drohung Russlands machte deutlich, in welche politische und wirtschaftliche Richtung sich der Kaukasus mit seinen Energieträgern nicht orientieren sollte.

Umgehend flog Außenminister Anatolij Zlenko im Oktober 2001 nach Aserbaidtschan. Mit Präsident Gajdar Alijew gelang ihm kein Abkommen, wohl aber die schriftliche Lieferverpflichtung der weiteren Einspeisung von Öl in die Pipeline Baku-Supsa-Odessa-Brody. Damit galt die Versorgung der Ukraine sowie der Transport nach Europa mit Erdöl für den Winter 2001/2002 und das Jahr 2003 gesichert. Darüber hinaus lag es im Interesse Aserbaidtschans, Erdgas nach Europa zu liefern. Nach Erschließung neuer Gasfelder zum Jahresende 2002 kam es zur Überproduktion beim Erdöl, im Land selber fehlt es an größeren Vorratslagerstätten. Die Förderung reduzierte sich auf Tagesbedarfsmengen mit kleiner Vorratshaltung, alles darüber ging in den Export.

Drei Monate später, im Dezember 2002, kam Premierminister Janukowytsch un-

mittelbar nach seiner Einführung ins Amt nach Aserbaidshan. Wie vor ihm Zlenko verhandelte er über Gas, es ging um die Wandlung der Lieferverpflichtung zu einem Vertragsabschluss erhöhter Lieferung aserbaidshanischen Gases für das neu konzipierte Verteiler- und Transportsystem Odessa-Brody-Gdansk.

Die kaum begonnenen ukrainisch-aserbaidshanischen Verhandlungen stockten plötzlich auf politischen Druck hin. Einmal wurden Ukraine und Kaukasus elektrisiert von der Erklärung Putins, Russland plane die Baltikum-Pipeline, andererseits verwirrte die beinahe freundschaftliche Aufforderung Putins an Aserbaidshan und die Ukraine, der Euro-Asiatischen Wirtschaftsgemeinschaft beizutreten. Ihr gehörte zu diesem Zeitpunkt neben Russland, Weißrussland, Tadschikistan und Kirgistan auch Kasachstan an. Nach russischen Vorstellungen sollte mit dem ukrainischen Beitritt die europäisch-asiatische freie Handelszone entstehen, in der neben den ukrainisch-russischen Zoll- und Steuerfragen die Durchleitungen der Gas- und Erdölströme reguliert werden sollten. Kiew erklärte sich lediglich als assoziiertes Mitglied zum Beitritt in die Euro-Asiatische Wirtschaftsgemeinschaft (Evroazijska Ekonomična Spivdružnist) bereit, die Vollmitgliedschaft lehnte Kiew ab. Zwei Mal erfolglos versuchten russische Duma-Delegierte, das Kiewer Parlament zum Beitritt zur Putinschen Euro-Asiatischen Wirtschaftsgemeinschaft zu bewegen.

5. Der ukrainische Weg ins Öl- und Gasgeschäft

Zum Übergang 2002/2003 zeichnete sich der eigene Weg der Ukraine in Öl- und Erdgasfragen ab. Über das Land legte sich ein Netz von Durchleitungssystemen: Beim Schwarzen Gold, der Naphtha- und der Azurflamme – so nennen die Ukrainer Erdgas – trotzte die Ukraine Russland.

Die Eröffnung des Büros der Aktiengesellschaft Ukrtransnafta⁹ in Warschau am letzten Tag des Jahres 2002 stellte den Abschluss ukrainisch-polnischer Verhandlungen über die Inbetriebnahme des Öldurchlaufsystems Odessa-Brody-Płozk dar. Auf polnischer Seite stand die Weiterführung bis Gdansk bereits fest. Auf ukrainischer Seite galt der Ölterminal Odessa als Zielstation der konzipierten Odessa-Brody-Gdansk-Pipeline. Damit verwirklichte sich die ukrainisch-baltische Konzeption des "Black Baltic Sea" Öltransportkorridors.

Noch im Januar 2003 begann die sogenannte technische Einspeisung des ukrainischen Teilstücks. Auf der Pipeline Odessa-Brody-Gdansk entstand der Ukraine das Problem, den Ausgleichsdruck zwischen russischem und kaukasischem Öl zu sichern. In Odessa, der Endstation von LUKOIL, muss das schwerere russische Erdöl mit dem leichteren verarbeitet werden.

Nach Abschluss der Erdöl-Lieferverpflichtungen mit Aserbaidshan und dem erfolgreichen Abschluss im Ölgeschäft mit Polen schloss die Ukraine im Dezember 2002 den erweiterten Gasliefervertrag mit Turkmenistan ab. Naftohas Ukraine und Turkmenistan Naphta verhandelten über drei Monate. Die Ukraine bekam nicht nur die Lieferung von 36 Milliarden qm³ Erdgas zugesagt, denn mit 3 Milliarden qm³ Gas zusätzlich beglich Turkmenistan auch gleich die Arbeiten ukrainischer Baufirmen an der Pipeline. Kiew hatte die Zahlung mit 50% über Valuta und 50% über Barter zu begleichen. Der Preis pro 1000 qm³ sollte für das Jahr 2003 bei 44 US Dollar stabil bleiben. Das brachte der Ukraine den wirtschaftlichen Vorteil, dass sie sich durch Bezahlung der Durchleitung des Erdöls auf 50% über Devisen definitiv vom Barterssystem verabschieden konnte. Die Arbeiten an der Pipeline wurden mit Öl bezahlt, alles andere konnte jetzt in Valuta geregelt werden.¹⁰

Zum zusätzlichen Vorteil für die Ukraine wirkte sich die vorübergehende Krise in Kasachstan aus. Das Land ging in seinem Ölexport bis auf 65% herunter. Hiervon profitierte die Ukraine: Sie füllte ihre unterirdischen Lagerstätten. Umgekehrt kaufte Kasachstan aus der Ukraine erhöhte Mengen an Kohle, Technik für den Auto- und Maschinenbau und bekam Hilfe beim Ausbau des militärisch-technischen Komplexes. Die Ukraine lieferte alles, was Russland nicht mehr an Kasachstan liefern wollte.

Auf dem internationalen Transport-Ölsektor gelang es der Naftohas Ukraine im Dezember 2002, der russischen Ölfirma Yukos einen Großauftrag abzujagen, dabei ging es um den Bau der Ölpipeline Družba-Adria zwischen der Ukraine und Kroatien. Seit Jahren plant die russische Yukos die Versorgung des Mittelmeerraumes mit Kroatien, Italien bis nach Frankreich über die Anbindung der Družba mit dem Zielhafen Omišalj in Kroatien. Der Tiefseehafen eignet sich zum Anlegen von 5000-Tonnen-Tankern, somit ist er für überseeische Tanker zugänglich. Im Rennen um die Erdöltransportrechte entschieden sich die Kroaten im Dezember 2002 für die Ukraine. Kroatiens Präsident Stipe Mesić und Jurij Bojko von der Naftohas Ukraine unterzeichneten den Vorvertrag.¹¹ Demnach verpflichtet sich die Naftohas Ukraine, über die Družba-Adria-Pipeline anfangs regelmäßig die Menge von 5 Millionen Tonnen Erdöl jährlich zu liefern. Insgesamt soll die Höchstmenge nicht über 15 Millionen Tonnen jährlich betragen. Damit kann zukünftig das kaspische Erdöl ohne russische Kontrolle über die Linie Odessa-Brody nach Kroatien verteilt werden.

Die russische Retourkutsche folgte umgehend. Am 3. Februar 2004 schloss die russisch-britische Ölfirma TNK-BP einen Vorvertrag über die Nutzung der Pipeline Odessa-Brody. Nachdem die Ukrainer den Russen die Družba-Adria-Linie weggeschnappt hatten, ließ die TNK-BP-Firma

weitere Gesprächstermine ohne Begründung platzen. Kommentatoren führten den Vorgang auf Putins Verschnupfung zurück. Den verursachte die ukrainische "Orange Revolution".

Im Geschäft heilen Schnupfen schneller, Ukraftogas und die russisch-britische TNK-BP kamen wieder zusammen. Sie schlossen den Dreijahresvertrag 2004 bis 2007, seit 2005 schoss russisches Erdöl über Mosyr-Brody in den Pivdennyj-Terminal Odessa. In den vertraglich festgelegten drei Jahren sollen insgesamt 9 Millionen Tonnen Erdöl fließen.

Die "Orange Revolution" von Juschtschenko 2004 und die davor erfolgte "Rosenrevolution" von Saakaschwili in Georgien setzten politisch wichtige Zeichen, schoben dafür aber die Energiefragen in den Hintergrund.

Die günstige Konstellation ermöglichte den Ukrainern den Zutritt zur Vorbereitungskonferenz des G8-Gipfels im Oktober 2006 in Brüssel. Die Kiewer Delegation stellte das Thema "Transport – Zugang zur Infrastruktur von Energieträgern" vor.

An der Heimatfront sah es freilich nicht so rosig aus: Der Winter 2005/2006 galt als mild. Das Transitgeschäft von Naturgas aus dem Kaukasus verminderte sich um 6,1% und zählte nur mehr 106 Milliarden qm^3 . Europa nahm weniger ab, lediglich nach dem leichteren kaukasischen Gas gab es mehr Nachfrage. Obwohl es zu Engpässen in der Energieversorgung kam, hielt die Ukraine ihre Lieferverpflichtungen ein und konnte die Versorgung der eigenen Bevölkerung sichern.¹²

Am 15. November 2006 erklärte Wiktor Janukowytsch: "... wir müssen unsere Energiepolitik, Transport und Versorgung mit Brennstoffen einer Diversifikation unterziehen. Der Schwerpunkt sollte sich auf die kaspische Region, Iran, auf die arabischen Länder und Russland ausrichten."

Allen fiel auf, dass Russland von Janukowytsch zuletzt genannt wurde. Bedeutet das schon ein vorsichtiges Freistrampeln von Moskau im Energiesektor? Die Monate von Januar bis August 2007 deuteten in diese Richtung. Als Tendenz möge abschließend die folgende punktuelle Aufzählung dienen.

6. Kiew setzt auf seine geopolitische Lage

Im Jahre 2006 verstärkte sich die Meinung, das Land könne eigene Politik im Lieferstrom der Energieträger Erdöl und Erdgas aus den kaspischen Raum alleine nach Europa durchsetzen. Ausschlaggebend ist die geographische Lage der Ukraine, die sich in eine geopolitische wandelt. Der Verlust des Schwarzen Meeres als eines maritimen militärisch-politischen Faktors, der Einschluss des Asowschen Meeres versperren Russland den Zugang zum Mittelmeer, Moskau muss seine Südpolitik um die Ukraine herum konzipieren. Dazu gehört die Berücksichtigung der Lieferströme der Energieträger Gas und Öl aus dem Kaukasus. Die Kiewer Regierung entschied sich, auf den Westen zu setzen, mit Moskau aber nicht zu brechen.

Im Dezember 2006 verhandelten der ukrainische Wirtschaftsminister Bojko mit seinem slowakischen Amtskollegen Lubomir Janatek über höhere Lieferungen von Erdgas an die Slowakei. Einer ukrainischen Zusage erhöhter Gaslieferungen an die Slowakei stehe nichts im Wege, erklärten beide Minister. Zusätzlich wolle sich Bratislava an Arbeiten am Projekt Odessa-Brody beteiligen und in Richtung EU die Rolle des Vermittlers für die Weiterführung der Pipelines aus der Ukraine übernehmen. Für dieses auf drei Jahre konzipierte Projekt soll im Osten nicht Russland, sondern Kasachstan wichtigster Lieferpartner werden.

Die Festlegung der Slowaken erfolgte nach der am 11. Dezember 2006 abgehaltenen siebten ukrainisch-kasachischen Arbeitskommission zur Gaslieferproblematik. Die Kasachen entschieden sich, zur Belieferung der Pipeline Odessa-Brody-Plozk bis weiter nach Gdansk beizutragen. Die Slowaken wollen in vier bis fünf Jahren das Tor dieser Pipeline aus der Ukraine in die EU werden. Bis dahin soll die Effizienz der Pipeline Odessa-Brody, Terminal Pivdennyj/Odessa, erhöht werden. Vorgesehen ist die Stilllegung der Durchleitung der nördlichen Linie, d.h. die Nutzung der alten Družba-Linie, dafür soll ausschließlich die südliche Pipeline, die ukrainische Odessa-Brody, genutzt werden. Mit Slowaken und Polen im Rücken setzt Kiew jetzt ganz auf Odessa-Brody-Plozk-Gdansk, damit verfügt die Ukraine über das alleinige Nutzungsrecht dieser Pipeline. Russland ist innerukrainisch auf dieser Linie nicht mehr beteiligt. Von Polen holte sich Ministerpräsident Janukowytsch dafür die Zusage der Regierung Jaroslaw Kaczyński.

Den weiteren Erdöl-Lieferpartner Aserbaidshan besuchte Janukowytsch in der letzten Dezemberwoche 2006. Dort erklärte er, die Ukraine suche alternative Wege der Öltransporte zu den europäischen Märkten, an der Linie Baku-Supsa-Odessa-Europa bestehe großes Interesse (O-Ton Janukowytsch). Der mitgereiste Wirtschaftsminister Bojko bot den Aserbaidshanern die Beteiligung am Bau der ukrainisch-aserbaidshanischen Pipeline an. Konzipiert für 2010, soll sie Baku mit Odessa verbinden.

Der im Januar 2007 ausgebrochene Gaskrieg zwischen Russland und Belarus hatte Auswirkungen bis in die EU. Die Weigerung von Belarus, den doppelten Lieferpreis zu zahlen, führte zum Lieferstopp russischen Erdöls. Den Ölmangel verspürten auch Slowaken und Ungarn, die über die Družba versorgt wurden.

Auf dem Wirtschaftsgipfel in Davos am 25. Januar 2007 schlug Janukowytsh eine "Goldene Lösung" vor: Gemeinsam sollten Russland, Aserbaidshan und Kasachstan die Gas- und Erdöllieferungen in die EU über die Linie Odessa-Brody zusichern. Die Ukraine würde dafür die Garantie übernehmen. Ähnlich könnte der Ölterminal Odessa die Sicherung der Tankerzustellung aus Supsa/Georgien übernehmen. Der Vorschlag war noch nicht einmal zur Diskussion gekommen, als der russische Präsident Putin darauf antwortete.

Auf der Münchner Friedenskonferenz im Februar 2007 erklärte Putin, Russland sei der "einzige verlässliche Partner bei Lieferungen von Brennstoffen nach Europa". Warschau sah darin "russische imperiale Pläne des Ölmonopols". So weit traute sich Kiew doch nicht vor. Der Vorschlag des ukrainischen Premiers aus Davos war Vergangenheit.

Im März 2007 erhöhte die Naftohas Ukraine die Durchleitungsgebühren für alle Pipelines um 17-18%. Lediglich, wer ausschließlich auf der Linie Odessa-Brody liefert, könne mit Aufschlägen zwischen 8-10% rechnen. Diese Gesellschaft müsse aber 17,5 Millionen Tonnen Öl in Odessa umschlagen. Bereits bei fließenden 6-7 Millionen Tonnen Rohöl erwirtschaftet der Terminal Pivdennyj jährlich 50 Millionen US \$ Reingewinn.

Am 27. März 2007 reiste Janukowytsh nach Brüssel. Dort nahm die Kiewer Regierung Verhandlungen mit der EU auf: Erdöllieferungen sollen über die Pipeline Odessa-Brody ins tschechische Kralupy gehen.

Im April traf sich Wirtschaftsminister Bojko mit seinem türkischen Amtskollegen Hil Güller. Der Türke lud die Ukrainer zum Bau an der Gas- und Erdölpipeline auf dem Territorium der Türkei ein.

Seit April-Mai 2007 steht die Ukraine im Gas- und Erdölgeschäft unter Euphorie. Sicherlich trägt dazu der weiterhin schwebende Streit zwischen Russland und Belarus um die nördliche Družba-Linie bei. Die Ukraine versteht sich als lachender Dritter. Freilich dringt darüber kein Lacher nach draußen, Moskau soll nicht irritiert werden.

Am 13. August 2007 trafen sich die Staatspräsidenten von Litauen, Valdas Adamkus, und der Ukraine, Viktor Juschtschenko. Litauen verfolgt die Fertigstellung der Odessa-Plozk-Gdansk-Linie genau, seit einem Jahr bekommen die Litauer kein Erdgas mehr über die Nord-Družba-Linie. Adamkus will Litauen neu orientieren, sein Erdöl aus dem kaspischen Raum über Odessa geliefert bekommen. In dieser Konstellation könnte die Ukraine, zusätzlich zum EU-Lieferanten, auch noch Öltransporteur für das Baltikum werden.

Das Netz der ukrainischen Öl- und Gasmagistrale betrug im August 2007 insgesamt 36500 Kilometer Röhren; 71 Kompressor-Stationen mit 5380 Megawatt Leistung kontrollierten die Pipelines, 10 unterirdische Lagerstätten mit Fassungsvermögen von 32,3 Milliarden qm³ dienten als Reserve. Die Einleitung von Gas in die Ukraine betrug (2006) 287,7 Milliarden qm³, die Durchleitung 177,1 Milliarden, wovon die EU 141,1 Milliarden qm³ bezog.

Die jährliche Durchschnittsmenge im Erdöltransport betrug insgesamt zwischen 65 bis 67 Millionen Tonnen, wovon 54 bis 55 Millionen Tonnen auf den Transit entfielen. Zum Eigenbedarf kauft Kiew vermutlich 17 Millionen Tonnen hinzu. Der letztgenannte Zukauf kommt aus der GUS, die ihre Lieferzahlen nicht veröffentlicht.

Über den Europäisch-Asiatischen Öltransportkorridor versorgt sich die Ukraine selber, schließt weitere Verträge mit den eu-

ropäischen Staaten als Transitland. Mit allen Kräften bemüht sich Kiew um Etablierung der von ihr kontrollierten Süd-Transportlinie, wie die Odessa-Brody-Plozk-Pipeline genannt wird.

Ob die Versorgung der zukünftig acht westeuropäischen Länder über das Pipelinesystem der Ukraine gesichert und weiter ausgebaut werden kann, liegt auch auf politischer Ebene.¹³ Primärer Konkurrent ist hier Russland mit seinen Bauvorhaben der

Pipeline über das Baltikum. Der Ukraine entfielen hier ein Drittel an Transportmenge, somit würden ihre Einnahmen sinken. Freilich, ihre geopolitische Bedeutung, ihre Neuorientierung auf den kaukasischen Raum, der unbehinderten Zugang zum Schwarzen Meer lässt Kiew die Rolle des Rohstoffleiters zwischen Europa und Asien spielen. Über den Ausbau der Südlinie wird sie in die Lage kommen, die Nordlinie (alte Družba-Linie) abzulösen. Dazu ist sie auf dem besten Wege.

Anmerkungen

- ¹ Die Darstellungen zur Erdöl- und Erdgasproblematik in deutschen und ukrainischen Zeitungen, Zeitschriften und Fachorganen, u.a. Ukrinform Business News, Unian News Agency Budget, RFE/RL Research Institut, Dzerkalo Tyžnja, Ekonomična Pravda; Post Postup, Den', FAZ, FOCUS, SPIEGEL, SZ, Handelsblatt wurden ausgewertet, jedoch nicht explizit zitiert. Aufgeführte Anmerkungen dienen thematisch weiterführenden Themen.
- ² Franaszek, Piotr: Die Voraussetzungen für die Entwicklung des Erdölbergbaus in Galizien, in: SAP 5/1996, S.193-227; Leichner, Ignaz: Handel und Industrie. Erdöl und Erdwachs. Ein Bild galizischer Industrie, Wien 1898.
- ³ Vgl. Poplujko, A.: Ekonomika sučasnoji Ukrajinny, in: Ukrajin's'kyj Zbirnyk. Knyha 5, München 1956, S.19-70; Diese erste Pipeline war 69 km lang und hatte einen Durchmesser von 300 mm.
- ⁴ Vgl. Gosudarstvennyj plan rozvitija narodno-go chozaistwa SSSR w 1946-1950 gg. Moskau 1946, S.47ff.
- ⁵ Zur Diskussion dazu vgl. Hontschar, Mychajlo: Kommt das Kaspische Erdöl nach Deutschland?, in: Deutsch-Ukrainische Rundschau. Zeitschrift des Deutsch-Ukrainischen Forums e.V. und des Delegiertenbüros der Deutschen Wirtschaft in der Ukraine 5/2001, S.10-13.
- ⁶ Zur Diskussion um die Erweiterung mit den Balkanstaaten, wo es insbesondere um die Donauländer geht, siehe Stier, Frank: Auf zu europäischer Bedeutung, in: Ost-West-Contact 6/2007, S.66-69.

- ⁷ Vgl. dazu Siegl, Elfie: Die Ukraine spürt schmerzhaft die Abhängigkeit vom Russen-Gas, in: FAZ, 23.2.2000, S.4.
- ⁸ Zur Bedeutung der Ukraine in der GUUAM, siehe Rahr, Alexander: Ukraine: GUUAM – Eine Alternative zur GUS, in: Ost-West-Contact, Wirtschaftsmagazin für Ost-West-Kooperation 9/1999, S.51-53.
- ⁹ Jer'omenko, Alla: Z čym uvijšla 'UKRTRANSNAFTA' v 2003 rik, in: Dzerkalo Tyžnja, 18.-24.1.2003, S.3.
- ¹⁰ Knjažans'kyj, Vitalij: Hazovyj paket. Ukrajin's'kyj rynek staje pryvablyvym, in: DEN', 10.12.2002, S.2.
- ¹¹ Skybn'ovska, Halyna: Uhoda: Ukrainu z Chorvatijeju pojednaje, DRUZBA', in: Post Postup, 5.-19.12.2002, S.3.
- ¹² Voswinkel, Johannes: Moskaus Rohrkrepierer. Russland will die Ukraine durch hohe Gaspreise gefügig machen – und erreicht das Gegenteil, in: Die Zeit, 5.1.2006, S.5.
- ¹³ Tomberg, Igor: The North European Gas Pipeline Project in the Geopolitical Context, in: International Affairs. A Russian Journal of World Politics, Diplomacy and International Relation 2/2006, S.95-101; vgl. ergänzend Joffe, Josef: Moskauer Gasmanöver. Wenn Europa die Ukraine jetzt im Stich lässt, macht es sich von Putin abhängig, in: Die Zeit, 5.1.2006, S.1; Zur Diskussion über die Versorgung Deutschlands, siehe u.a. Der Gas-Schock, in: Focus, 9.1.2006, S.22-28.

Die Ukraine und die europäische Sicherheitsstruktur

György Nogradi

Für die Ukraine werden die Beziehungen zur NATO immer wichtiger. Die Gründe hierfür können wie folgt zusammengefasst werden:

- Die Ukraine hat eine demokratische Verfassung und demokratische Gesetze.
- Sie besitzt eine gültige Militärdoktrin.
- Mittlerweile ist die ukrainische Verteidigungsstrategie ausgearbeitet.
- Die Ukraine hat staatliche Programme für die Weiterentwicklung der Armee für die Jahre 2006 bis 2011 und für die Weiterentwicklung der Waffen bis 2009.
- Folgende Verträge sind für die Ukraine von großer Bedeutung: Partnerschaft für den Frieden (PfP) (seit 8. Februar 1994), Partnerschaft Präsentationsprogramm (25. Mai 1994), sicherheitspolitische Vereinbarung zwischen Ukraine und NATO (13. März 1995), SOFA-Vertrag (6. Mai 1996), NATO-Ukraine-Charta (9. Juli 1997), Verbindungsbüro mit der NATO (9. Dezember 1998), Vertrag mit NAMSA (6. Dezember 2001), Vertrag mit SHAPE (9. Juli 2002), Vertrag mit SACT über die Gründung eines Dokumentationsbüros zu Verteidigungsfragen (3. August 2004), Vertrag über die Teilnahme an antiterroristischen Aktionen (21. April 2005).

In allen offiziellen ukrainischen außen- und sicherheitspolitischen Stellungnahmen ist der Wunsch der Ukraine nach guten Beziehungen zur NATO dokumentiert. Mittlerweile besitzt die Ukraine eine hervorragend ausgebildete Armee, die auch in der Lage ist, an den verschiedensten Programmen teilzunehmen.

Die Ukraine ist ein slawischer Nachfolgestaat der ehemaligen Sowjetunion. Auf der Wehrkundetagung am 10. Februar 2007 in München sagte der ukrainische Präsident Juščenko, dass die Ukraine ihre Zukunft im Rahmen der euro-atlantischen Sicherheit sieht. Hierfür ist es notwendig, die demokratischen Institutionen zu stärken, die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen zu verbessern sowie die Politik und die Volkswirtschaft zu stabilisieren. In der Außenpolitik müssen die nationalen Interessen verstärkt bewahrt werden.

Die Ukraine wäre ein zuverlässiger NATO-Partner und wäre sehr gut in der Lage, die Garantie für ein dem Washingtoner Vertrag entsprechendes Verhalten zu übernehmen. Folgende Gründe lassen sich hierfür anführen:

- Von der Ukraine geht praktisch keine Gefahr für einen Konflikt mit einem dritten Staat aus.
- Die NATO-Garantie würde auch nukleare Abschreckung umfassen.
- Die Ukraine hätte eine wesentlich höhere Garantie für ihre Sicherheit.
- Die Ukraine wäre wesentlich geringerer außenpolitischer Provokation ausgesetzt.
- Aufgrund der soliden Truppenstärke der ukrainischen Armee müssten keine NATO-Truppen in der Ukraine stationiert werden.
- Russland könnte keinen großen Druck auf die Ukraine in Bezug auf die Wirtschafts- und Energiepolitik ausüben.
- Die Ukraine könnte ihre territoriale Integrität garantieren.

Der Ukraine würde eine NATO-Mitgliedschaft große Vorteile bieten:

- Es würden sich Chancen für die ukrainische Rüstungsindustrie ergeben.
- Eine Mitgliedschaft wäre auch eine Garantie sowohl für die ausländischen Investoren als auch für die inländischen Investoren im Ausland.
- Sie eröffnet Möglichkeiten für völlig neue und sichere bilaterale Beziehungen.
- Außerdem würde bei einer NATO-Mitgliedschaft die Ukraine der selben Organisation angehören wie ihre westlichen Nachbarländer. Das verbindet zusätzlich.

Welche Argumente sprechen nun gegen den NATO-Beitritt?

- Zum einen müsste die Ukraine ihre Verteidigungsausgaben erhöhen. Von einem NATO-Mitgliedsland werden Ausgaben in einer Höhe von ca. 40 Millionen US Dollar erwartet.
- Zum anderen würde eine NATO-Mitgliedschaft Russland verunsichern.
- Auch müsste dann die Frage der russischen Flotte in Sewastopol gelöst werden. Russland würde dann mit Sicherheit die Krim zurückfordern.

Meiner Meinung nach überwiegen die Vorteile einer NATO-Mitgliedschaft bei weitem die Nachteile.

Die Ukraine ist zurzeit innenpolitisch instabil, und auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik gibt es keine Fortschritte und Erfolge. Die Außenpolitik der Ukraine orientiert sich logischerweise sowohl nach Russland als auch nach dem Westen.

Für Russland als potenzielle Großmacht sind gute Kontakte zu seinem Nachbarland Ukraine von herausragender strategischer Bedeutung. Der Westen zeigte nach der ukrainischen Revolution weder Interesse an der Ukraine, noch kam konkrete westliche Hilfe ins Land. Russland hingegen hatte und hat ständig Interesse.

Leider ist in der Ukraine die Korruption stark verbreitet. Die demokratischen Institutionen wurden zwar ausgebaut, aber sie funktionieren praktisch nicht. Die USA konzentrieren sich auf den Irak, und die EU ist auch nicht in der Lage, Hilfe zu leisten. Die größte Gefahr für die ukrainische Sicherheit geht nicht von Russland aus, sondern von den innenpolitischen Verhältnissen und der desolaten Wirtschaftslage.

Wie kann nun der Westen der Ukraine konkret helfen? Er kann sie in ein kollektives Sicherheitssystem einbinden, Kontakte auf allen Ebenen pflegen und mit ihr auf dem Gebiet der Wirtschaft, Politik etc. aktiv zusammenarbeiten.

Deutschland ist für die Ukraine besonders wichtig. Es ist ein großer Staat ohne Atomwaffen, und 50% der ausländischen Hilfe kommt aus Deutschland. Es gibt viele kleine Schritte, das Verhältnis zu verbessern und auszubauen wie z.B. Erleichterungen bei der Ausstellung von Visa, Arbeitsmöglichkeiten und Import westlicher Innovationen.

In der Ukraine gibt es keinen Visazwang mit den Staaten der Dritten Welt. Deswegen kommen viele Flüchtlinge ins Land. Am 27. Oktober 2006 fand eine Gipfelkonferenz zwischen der EU und der Ukraine statt, die die politischen und wirtschaftlichen Reformen zum Inhalt hatte. 32% des ukrainischen Außenhandels fließen zwar in die EU, aber das macht gerade mal 1% im Import der EU aus.

Die ukrainische Soldaten sind heute in mehreren Krisengebieten (Bosnien, Afghanistan, Kosovo) eingesetzt, und sie leisten hervorragende Arbeit. Die Ukraine grenzt mit 1.257 km Staatsgrenze an die NATO-Staaten im Westen und mit 1.576 km Staatsgrenze an Russland. Die Ukraine möchte ähnlich wie die Türkei eine Brückenfunktion zwischen Osteuropa und der

EU einnehmen. Die Einbindung der Ukraine in die europäische Sicherheitsstruktur würde bedeuten:

- Garantie für die Souveränität, Unabhängigkeit, territoriale Einheit, stabile Staatsgrenzen;
- Reform der Armee, größere Sicherheit, sachgerechte militärische Ausgaben zur Modernisierung der Streitkräfte, zivil-demokratische Kontrolle, auch über die Streitkräfte;
- Impulse für die Wirtschaft;
- Garantie der Menschenrechte und einer demokratisch verfassten Gesellschaft;
- Möglichkeiten für eine innovative Innenpolitik, z.B. in den Bereichen Unterricht, Gesundheitswesen, Umwelt etc.

Die Zukunft der Ukraine liegt in der Hand ihrer Einwohner, aber die EU muss die Hilfe leisten, die ihr möglich ist.

Vom Statisten zum Akteur? Die Europäische Nachbarschaftspolitik und die Rolle der Ukraine im Transnistrien-Konflikt

Aron Buzogany / Ion Marandici

1. Einleitung

Die Osterweiterung hat nicht nur die Zahl der Mitgliedsstaaten erhöht, sondern der Europäischen Union auch neue Nachbarn im Osten beschert. Damit sind auch solche Staaten des zwischen der Ostgrenze der EU und der Westgrenze Russlands liegenden "Zwischeneuropas", welche im letzten Jahrzehnt eher im Schatten der Aufmerksamkeit standen, stärker ins Bewusstsein der europäischen Außenpolitik gerückt. Dies gilt insbesondere für die Ukraine, welche sowohl auf Grund ihrer Rolle als wichtigster Pufferstaat zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation als auch aufgrund des nachholenden Systemwechsels durch die "Orangene Revolution" im Jahr 2004 einen deutlichen Zuwachs an Interesse verzeichnen konnte.

Aber auch einem, geographisch zwischen der erweiterten EU und der Ukraine eingezwängten, post-sowjetischen Kleinstaat, der Republik Moldau, wird seit dem EU-Beitritt Rumäniens 2007 mehr Interesse entgegengebracht. Im Fall der Republik Moldau ist die erhöhte Aufmerksamkeit seitens der erweiterten EU vor allem dem die Republik Moldau spaltenden "eingefrorenen" Konflikt mit der abtrünnigen Region Transnistrien zuzuschreiben. Die Beilegung dieses separatistischen Konfliktes ist eine der wichtigsten Fragen, mit der sich alle moldauischen Regierungen seit der Erlangung der Unabhängigkeit auseinandersetzen müssen. Diese "offene Wunde" des Landes hat direkte Auswirkungen sowohl auf die ökonomische als auch auf die außenpolitische Stabilität des Staates.

Mit der Erweiterung der EU und den innenpolitischen Veränderungen in beiden Ländern fand in den letzten Jahren eine zunehmende Annäherung der Ukraine und der Republik Moldau an die Europäische Union statt.¹ Beide Staaten gelten heute als Vorreiter innerhalb der Europäischen Nachbarschaftspolitik und haben in ihren mit der EU vereinbarten Aktionsplänen, der Lösung des Transnistrien-Konfliktes, Priorität beigemessen.² Dieser Beitrag analysiert die Entwicklung der Bemühungen um die Lösung dieses Konfliktes insbesondere unter Berücksichtigung der dabei von der Ukraine gespielten Rolle. Während die Ukraine oft eher als marginaler Akteur angesehen wurde, zeigt die Erfahrung der letzten Jahre, dass sie bei der Beilegung des Konfliktes eine zentrale Rolle spielen könnte. Allerdings bleibt diese Rolle stark von innenpolitischen Auseinandersetzungen, den russisch-ukrainischen Beziehungen und dem Druck der EU abhängig.

In diesem Beitrag geben wir zunächst einen kurzen Überblick über den Verlauf und die Faktoren, die zur relativen Stabilität dieses "eingefrorenen Konfliktes" beitragen. Darauf aufbauend beschreiben wir die von der Ukraine gespielte Rolle vor und nach der "Orangenen Revolution". Abschließend zeigen wir mögliche Entwicklungstendenzen für den Konflikt auf.

2. Kurze Geschichte des Transnistrien-Konfliktes

Das östlich des Flusses Dnjestr (rumänisch: Nistru) gelegene Gebiet Transnistrien war

bis 1940 Teil der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik und wurde 1944 durch Stalin in die neu gegründete Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik eingegliedert. Die neu gegründete Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik verlor nach diesem Gebietswechsel ihren südlichen Teil und damit den Zugang zum Schwarzen Meer. Im Gegensatz zu dem vorwiegend landwirtschaftlich geprägten Westen der Republik Moldau ist Transnistrien stark industrialisiert. Die sowjetische Industrialisierungspolitik und die damit verbundene Ansiedlung russischsprachiger Arbeitskräfte waren auch Gründe für die starke kulturelle Russifizierung der hier ansässigen Ukrainer und rumänischsprachigen Moldauer. Heute besteht die Bevölkerung Transnistriens zu etwa jeweils einem Drittel aus ethnischen Moldauern/Rumänen, Ukrainern und Russen. Die Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1991 wurde durch den Konflikt um das abtrünnige Transnistrien überschattet. Im Zuge der Auflösung der Sowjetunion hat sich dieses Gebiet 1990 für unabhängig vom historisch und kulturell rumänisch geprägten Teil des moldauischen Staates erklärt.³ Nach bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen transnistrischen Freiwilligen (d.h. lokale Polizeikräfte, Kosaken aus verschiedenen Regionen der Russischen Föderation und der Ukraine, Freiwillige aus GUS-Staaten, russische Soldaten der 14. Armee) und den moldauischen Streitkräften (Polizisten, Soldaten, Freiwillige) wurde ein Waffenstillstandsabkommen zwischen der Republik Moldau und der Russischen Föderation unterzeichnet. Obwohl beim Ausbruch des Konfliktes ethnische und besonders sprachliche Unterschiede instrumentalisiert wurden und eine mobilisierende Rolle spielten, liegen die Gründe für das Fortbestehen des Konfliktes eher im politischen und ökonomischen Interessenkonflikt zwischen den von Moskau beeinflussten lokalen Eliten Transnistriens und der Regierung in Chişinău. Während internationale Schlichtungsversuche durch

die OSZE erfolglos blieben, hat die von keinem Staat anerkannte separatistische Region Transnistrische Moldauische Republik – "Pridnevstrovskaya Moldavskaya Respublika" – es in den mehr als anderthalb Jahrzehnten ihrer Existenz geschafft, autoritäre Strukturen einer funktionierenden Staatlichkeit auf- und auszubauen.

2.1 Patt am Nistru/Dnjestr

Als Elemente dieses Patts um Transnistrien sind sowohl interne als auch externe Faktoren zu nennen. Eine zentrale Rolle spielt dabei, dass für die transnistrische Führung der ungelöste Konflikt die zurzeit mögliche optimale Situation darstellt, die durch jede Änderung des Status quo nur zu einer politischen und wirtschaftlichen Schlechterstellung führen kann. Als international nicht anerkanntes Staatsgebilde unterliegt Transnistrien keinen völkerrechtlichen Verpflichtungen und ist so faktisch zu einer Freihandelszone für den legalen, halblegalen und illegalen Handel nicht nur innerhalb des postsowjetischen Raumes, sondern zunehmend auch zwischen dem postsowjetischen und dem europäischen Wirtschaftsraum geworden. Eine zentrale Rolle spielen in diesem Zusammenhang die Interessen der regionalen Elite, deren Machtpositionen maßgeblich von der Beibehaltung des Status quo abhängen und die dadurch in einem direkten Interessenkonflikt mit den politischen Eliten des Zentralstaates Moldau stehen. Obwohl auf der ökonomischen Ebene pragmatisch-praktische Kooperation zwischen beiden verfeindeten Landesteilen existiert, bestehen in der ökonomischen und regionalen Ausrichtung zwischen der moldauischen und der transnistrischen Wirtschaft bedeutende Interessengegensätze, die einer Re-Integration mit der Republik Moldau im Wege stehen. Flankiert wird die Interessenpolitik der transnistrischen Regierung durch eine komplementär wirkende Identitätspolitik, welche

durch die Inszenierung der externen Gefahr die Loyalität der Bevölkerung auch trotz der sich kontinuierlich verschlechternden Lebenslage zu sichern versucht. Dabei steht das multi-ethnische Transnistrien vor der komplexen Aufgabe, aus Fragmenten des Sowjetpatriotismus, russischen Traditionen, dem anti-rumänischen moldauischen Nationalismus und einem regionalen Sonderbewusstsein den "Kitt" eines eigenen und einzigartigen transnistrischen Gemeinschaftsgefühls zu schaffen.⁴

Ein zweiter Grund für die Konfliktlösungsresistenz liegt in der fehlenden Anziehungskraft durch die Republik Moldau. Diese war lange Zeit durch interne Richtungsentscheidungen über außen-, wirtschafts- und identitätspolitische Themen paralytisch. Da die Moldau eines der ärmsten Länder Europas ist, gehen von ihr keinerlei politische oder ökonomische Anreize für die Bevölkerung der secessionistischen Region aus, die eine Wiedervereinigung begünstigen könnten. Drittens spielt Russland als externer Akteur für die Beibehaltung des Status quo eine zentrale Rolle. Die eher parteiische russische Truppenpräsenz sichert seit dem Ausbruch des Konfliktes die für das transnistrische Regime lebensnotwendige politische und ökonomische Unterstützung. Ohne Sicherstellung der Energieversorgung durch Russland, die direkte Gewährleistung von technischer Hilfe oder die Gewährung von russischen Reisepässen wäre die Überlebensfähigkeit des transnistrischen Regimes stark eingeschränkt. Insgesamt lässt sich also die Rolle Russlands in der Republik Moldau weniger als "peace-keeping" und eher als "piece-keeping"⁵ einer auf die Sicherung ihrer Einflussphäre bedachten Regionalmacht beschreiben.

3. Ukraine: Ein Akteur sucht nach seiner Rolle

Während die russische Außenpolitik die Frage Transnistriens stets mit großem Interesse sowie rhetorischem und finanziellem Mitteleinsatz verfolgte, war die Beteiligung der Ukraine an der Konfliktlösung lange Zeit eher von einem ausgeprägten Desinteresse geprägt. Solange Fragen der ethnischen Minderheiten, der Klärung des Grenzverlaufs und die Aufteilung des aus sowjetischen Zeiten geerbtem Staatspatrimoniums im Mittelpunkt der ukrainisch-moldauischen Beziehungen standen, erhielt die Frage des Transnistrien-Konfliktes nur recht wenig Aufmerksamkeit.

Dabei spielt das Nachbarland der Republik Moldau geographisch und strategisch eine Schlüsselrolle für die Aufrechterhaltung des Status quo. Eine etwa 450 km lange Strecke der moldauisch-ukrainischen Grenze wird von dem transnistrischen Regime kontrolliert; der Handel und Schmuggel durch diese Grenze sichert dem separatistischen Staatsgebilde das wirtschaftliche Überleben. Für transnistrische Unternehmen haben die Beziehungen zur Ukraine vitale Bedeutung. Viele Geschäfte lassen sich nur über ukrainisches Territorium abwickeln. So bezieht das Stahlkombinat MMZ, dessen Erträge etwa die Hälfte des transnistrischen Staatsbudgets ausmachen, seine Rohstoffe vor allem aus dem ukrainischen Donbass und kann diese durch die nahen ukrainischen Häfen Illichivsk und Odessa auch auf den Weltmarkt bringen. Gleichzeitig haben in den letzten Jahren neben den russischen auch mehrere ukrainische Großkonzerne Anteile an transnistrischen Unternehmen erworben.

Dementsprechend eng waren die Verbindungen nicht nur zwischen der politischen Führung in Tiraspol und dem Establishment der ukrainischen Schwarzmeergebiete (Odessa), sondern auch mit politischen und ökonomischen Entscheidungsträgern in Kiew, wo Transnistrien seit jeher eine starke Lobby hat. Von daher gelang es der ukrainischen Staatsführung unter Präsident Kutschma während der neunziger Jahre, auf die Chişinău Bemühungen um eine effektive Kontrolle der transnistrischen Handelströme gar nicht oder lediglich verbal einzugehen. Gegenstand mehrfach vorgetragener moldauischer Erwartungen an den Nachbarstaat war es, über die Jahre auf ukrainischer Seite gemeinsame Zollkontrollpunkte entlang der gemeinsamen Teilstrecke der moldauisch-ukrainischen Grenze einzurichten, welche gleichzeitig die transnistrisch-ukrainische Grenze bilden. Trotz entsprechenden Empfehlungen der OSZE ist die Ukraine hierauf kaum auf wirksame Weise eingegangen. Als 2001 die moldauische Regierung in einem Versuch, dem illegalen Handel durch ihre völkerrechtlichen Grenzen Einhalt zu gebieten, neue Zollstempel einführt und diese nur offiziell in Chişinău registrierten Unternehmen zukommen ließ, akzeptierte die Ukraine die alten Zolldokumente und ließ damit die moldauische Initiative ins Leere laufen. Erst Anfang des Jahres 2004 hat die Ukraine auf den Druck der EU hin schließlich fünf Kontrollposten eingerichtet und einem regelmäßigen Informationsaustausch mit der moldauischen Seite in Grenzbelangen zugestimmt. Dennoch funktionierte die Zusammenarbeit nur lückenhaft.

Eine ähnliche Passivität zeigte die Ukraine, die an den in der Sicherheitszone zwischen der separatistischen Region und der Restrepublik stationierten Friedenstruppen beteiligt ist, auch bei den Vermittlungsgesprächen im Fünferformat (Russland, Ukraine, OSZE, Moldau und Transnistrien) zur Lösung des Konfliktes, an denen sie zumeist als Junior-

partner Russlands beteiligt war. Die Teilnahme an den Verhandlungen galt auch als Ausrede für die mangelnde Zusammenarbeit mit der Moldau bei der Abschottung der separatistischen Region, wodurch die Ukraine ihre Neutralität als glaubwürdiger Vermittler gefährdet sah. Als weitere Rechtfertigung betonte sie auch ihre Rücksicht auf die in Transnistrien siedelnde ukrainische Minderheit, welche durch die Folgen einer Wirtschaftsblockade in Mitleidenschaft gezogen wäre. Gleichzeitig ging die Ukraine mit der Verteilung der Staatsbürgerschaft in Transnistrien recht offen um, so dass die Zahl der ukrainischen Staatsbürger in der separatistischen Region auf 60.000-70.000 zu schätzen ist.⁶

Die eher low-profile, aber stark ambivalente Rolle der Ukraine in Transnistrien ist gleichzeitig als eine Funktion der jeweiligen russisch-ukrainischen Beziehungen anzusehen.⁷ Das relativ prominente Engagement Russlands in Transnistrien hat der Ukraine die Möglichkeit gegeben, im Windschatten des großen Partners zu verbleiben und gleichzeitig ohne größere Anstrengungen von dem ungelösten Konflikt zu profitieren. Während ihr Kosteneinsatz niedrig blieb, spülte die Beteiligung an Handel- und Schmuggeltätigkeiten in und aus der Region wichtige Summen nicht nur in die Kassen der ukrainischen Regionen und Investoren, sondern auch der vom Schmuggel profitierenden korrupten Staatsbediensteten.

3.1 Schaukelpolitik zwischen Russland und der EU

Seit dem Niedergang der Sowjetunion und der Ausrufung der Unabhängigkeit der Ukraine ist sowohl die ukrainische Innen- als auch Außenpolitik durch eine einerseits ukrainophile, andererseits russophile Wasserscheide geprägt, deren Ursachen in dem partiellen und unabgeschlossenen Nations-

bildungsprozess liegen.⁸ In der Summe führte dies zu der Herausbildung einer "mehrvекtoralen" oder "virtuellen Außenpolitik", welche durch ein ständiges Balancieren zwischen einer Ausrichtung nach Osten und nach Westen gekennzeichnet war. Einerseits suchte die Ukraine enge Beziehungen zur NATO und EU, trat aber auch der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) bei, allerdings ohne sich hier an weiterführenden Integrationsprojekten wie dem Einheitlichen Wirtschaftsraum unter russischer Führung zu beteiligen. Die Beziehungen zu Russland waren gleichwohl oft von Zänkereien geprägt, wie etwa über die Aufteilung der sowjetischen Armeebestände, allen voran der Schwarzmeerflotte oder über den Status der Krim, welche seit Anfang der neunziger Jahre – ähnlich und oft in Zusammenarbeit mit Transnistrien – separatistische Tendenzen aufweist.

Allerdings war und bleibt die Ukraine weiterhin hochgradig abhängig von russischen Energieressourcen.⁹ Zwar hat das Land bereits früh seinen Energiebezug zu diversifizieren versucht, doch die Dependenz von russischen Transportnetzwerken versetzt sie nach wie vor in eine schwierige Lage, da die ukrainische Industrie nur durch die relativ billigen russischen oder turkmenischen Energielieferungen überleben kann.¹⁰ Zudem benötigt die Ukraine den russischen Absatzmarkt für Erzeugnisse ihrer Schwerindustrie, die oft außerhalb des postsowjetischen Raumes nur wenig konkurrenzfähig sind. Während die Ernennung des westlich orientierten Viktor Juschtschenko zum Ministerpräsidenten im Jahr 1999 auf eine Westwende der ukrainischen Außenpolitik hindeutete, hatte sich in der Endphase der Präsidentschaft Leonid Kutschmas eine deutliche Annäherung an Russland abgezeichnet. Verursacht war dies hauptsächlich dadurch, dass der im Zuge des sogenannten Kutschma-Gate stark unter außenpolitischen

Druck westlicher Staaten stehende Kutschma sich gezwungenermaßen Richtung Moskau orientierte.¹¹ Die vor allem auf Sicherung des eigenen Machterhalts bedachte Schaukepolitik zwischen Ost und West unter Kutschma wurde im Zuge der "Orangenen Revolution" von einer radikalen außenpolitischen Umorientierung in Richtung Westen unter dem neuen Präsidenten Viktor Juschtschenko abgelöst, der nach seiner Wahl den Beitritt zu EU und NATO zum obersten außenpolitischen Ziel deklarierte.

3.2 Der Juschtschenko-Plan

Die "Orangene Revolution" bedeutete auch in Bezug auf den Transnistrien-Konflikt eine klare Zäsur zur Präsidentschaft Kutschmas. Gleich nach der Machtübernahme hat sich die neue, "orangene" Regierung bereit erklärt, aktiv an der Lösung des Konflikts mitzuarbeiten. Auf dem GUAM-Treffen¹² im April 2005 in Chişinău stellte der ukrainische Präsident Juschtschenko sieben Grundprinzipien für die Lösung des Konflikts vor. Auf ihrer Grundlage unterbreitete die ukrainische Seite auf einem Treffen der beiden Konfliktparteien und der drei Mediatoren in Vinnica (Ukraine) im Mai 2005 einen neuen Plan zur Regelung des Transnistrien-Konfliktes (Juschtschenko-Plan "towards a settlement through democratization"). Die neue ukrainische Führung übernahm damit eine aktive Rolle bei der Lösung der Transnistrien-Frage und demonstrierte ihre neuen außenpolitischen Prioritäten gegenüber der EU. Auch wuchs die Einsicht in Kiew, dass von einer unberechenbaren quasi-Exklave Russlands gleich an ihren Grenzen ein Destabilisierungspotenzial für das eigene Staatsgebiet ausgehen kann. Angesichts der unterschweligen separatistischen Tendenzen der russischen Bevölkerung auf der unweit von Transnistrien liegenden Halbinsel Krim schien es der ukrainischen

Führung geboten, durch ein entschiedenes Vorgehen gegenüber Transnistrien auch für die Krim deutliche Signale zu senden.

Der Juschtschenko-Plan sah eine Konfliktlösung in drei Phasen vor, dessen Kernelement die Demokratisierung der Region war. Als ersten Schritt sollte das moldauische Parlament ein Gesetz über die Grundprinzipien der Konfliktlösung verabschieden. Dieses sollte auch Garantien für Transnistrien beinhalten für den Fall, dass die Republik Moldau ihre Souveränität verlöre. In diesem Fall – der hypothetischen (Wieder-)Vereinigung der Moldau mit Rumänien – hätte Transnistrien damit das Recht, aus dem Staat auszutreten. Als nächsten Schritt sollten für den Obersten Sowjet Transnistriens noch im Jahr 2005 freie und demokratische Wahlen unter Beteiligung von internationalen Wahlbeobachtern stattfinden und eine gemeinsame moldauisch-transnistrische Fachkommission aufgestellt werden, mit der Aufgabe, die konstitutionellen Zuständigkeiten des gemeinsamen Staates im Detail zu definieren. Der Juschtschenko-Plan sah einen speziellen Rechtsstatus für die abtrünnige Region in Form einer weitgehenden Autonomie vor, ohne jedoch die Republik Moldau zu einer Föderation zu verwandeln. Drittens wurde vorgeschlagen, dass neben den drei Mediatoren Ukraine, Russland und OSZE auch die Europäische Union und die Vereinigten Staaten bei den Verhandlungen als Beobachter teilnehmen sollten.

Der Juschtschenko-Plan versuchte, eine Mittelposition zwischen den festgefahrenen Positionen der Konfliktparteien zu finden und gleichzeitig auch den Interessen Russlands Rechnung zu tragen. Aus diesem Grund wurde die sensible Frage über die Zukunft der in Transnistrien stationierten russischen Truppen nicht thematisiert. Schwachpunkte des Planes waren die fehlenden Referenzen zum Beschluss der Istanbul OSZE Konferenz (1999), bei der die

Russische Föderation sich verpflichtete, ihre in Transnistrien stationierten Truppen zurückzuziehen. Auch die zweite sensible Frage der Zukunft der transnistrischen Armee nach der Bildung eines gemeinsamen Staates blieb ausgeklammert. Als innovativ in dem Plan wirkte allerdings die Reihenfolge der Phasen, die zur Lösung des Konfliktes führen sollten. Während frühere Vorschläge auf die Demilitarisierung der Region setzten, war die wichtigste Maßnahme im Fall des Juschtschenko-Planes die Demokratisierung der Region. Allerdings ging von den bereits im selben Jahr abzuhaltenden Parlamentswahlen in Transnistrien die Gefahr aus, dass diese lediglich die aktuelle Herrschaft des "Präsidenten" Smirnow legitimieren würden und kaum in der Lage wären, eine wirkliche Demokratisierung in der autoritär regierten separatistische Region herbeizuführen.

Die ersten Reaktionen auf den Juschtschenko-Plan waren zumeist positiv: die OSZE, die NATO und der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) begrüßten die Maßnahmen. Nach anfänglichem Zögern wurden die ukrainischen Vorschläge auch von der moldauischen Regierung positiv aufgenommen. Die ersten Maßnahmen des Planes wurden bereits am 22. Juli 2005 verwirklicht, als das moldauische Parlament ein Gesetz verabschiedete, das Transnistrien eine Reihe von Zuständigkeiten im moldauischen Staatsgefüge garantiert. Am 5. August 2005 bestätigte die moldauische Regierung, dass sie nach einer Wiedervereinigung die Eigentumsrechte der transnistrischen Bevölkerung garantiere. Auch könnten alle Beamten – mit der Ausnahme der Angestellten des "Ministeriums für Staatssicherheit" Transnistriens – ihre Stellen behalten.¹³ Eine gemeinsame moldauisch-ukrainische Kommission beschäftigte sich mit den wirtschaftlichen Aspekten des Konfliktes, nämlich der Legalisierung des Außenhandels durch transnistrische Unternehmen. Gemäß der gemein-

samen Vereinbarung sollte die Ukraine Waren aus Transnistrien ablehnen, wenn diese keine offiziellen moldauischen Zollzertifikate besaßen.

Auf der ukrainischen Seite kam es bei der Umsetzung des Juschtschenko-Planes bald zu Schwierigkeiten. Die politischen Nebenkosten waren ein kälteres Verhältnis zu Russland und niedrigere Profite für einige Vertreter der ukrainischen politischen und ökonomischen Eliten, die sowohl am legalen als auch am illegalen Handel mit Transnistrien beteiligt waren. Bald offenbarten sich auch deutliche Konflikte innerhalb der neuen Führungsriege in Kiew. Während der prowestliche Außenminister Boris Tarasjuk die Lösung des Transnistrien-Konfliktes vorantrieb, behinderte der Ukrainische Sicherheitsrat unter der Führung des durch Wirtschaftskontakte mit der Moldau und Transnistrien verbundenen "orangenen Oligarchen" Petro Poroshenko die effektive Implementierung von Grenzkontrollen an der moldauisch-ukrainischen Grenze. Die zahlreichen Regierungskrisen in Kiew seit dem Sommer 2005 haben die innenpolitische Bedingtheit sowohl der ukrainischen Europaorientierung als auch der Versuche in Richtung einer Lösung des Transnistrien-Konfliktes deutlich aufgezeigt. Immer wieder hat es Druckes der EU auf die Ukraine bedurft, um die vereinbarten Grenzkontrollen nicht nur am Verhandlungstisch zu akzeptieren, sondern auch tatsächlich auszuführen.

Obwohl ähnliche Vereinbarungen über die effektive Kontrolle der Grenze bereits nach 2001 und zwischen 2003 und 2004 in Kraft gewesen waren, kam es erst Anfang 2006 dazu, dass die ukrainische Zöllner an der transnistrischen Strecke der ukrainisch-moldauischen Grenze wirklich nur noch Waren passieren ließen, die von den moldauischen Zollbehörden abgefertigt wurden. Die-

ser Schritt zeigte relativ schnell Wirkung: die transnistrische "Regierung" behauptete, dass durch die neuen Maßnahmen die transnistrische Wirtschaft täglich fast 3 Millionen Dollar verliere. Bald kam es sowohl in Transnistrien als auch in Russland zu Protesten gegen die "Blockade", welche das Ziel habe, das "transnistrische Volk" auszuhungern. Gleichzeitig sprach der transnistrische "Präsident" Smirnow der Ukraine den Vermittlerstatus ab und kündigte an, den Verhandlungstisch zu verlassen.¹⁴ Auch die sowjet-nostalgische Opposition in Kiew ging auf die Straße, allerdings erhielt sie von der pro-russischen "Partei der Regionen" nur wenig Unterstützung. Die moldauischen und ukrainischen Regierungen sprachen von einer "Selbstblockade" der transnistrischen Regierung, welche die technische Frage der Zollzuständigkeiten unnötig politisierte.¹⁵ Gleichwohl deutete sich als Folge der "Blockade" eine langsame Polarisierung innerhalb der bislang geschlossenen transnistrischen Führungsriege um die Frage der pragmatischen Zusammenarbeit oder der radikalen Ablehnung der Kooperation mit den moldauischen Zollbehörden an.¹⁶ Ob die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage tatsächlich eher die gesprächsbereiten Softliner des transnistrischen Regimes in eine stärkere Position bringen wird oder eher die Radikalisierung der Hardliner um Präsident Smirnow vorantreiben wird, lässt sich zurzeit noch nicht erkennen.

4. EUBAM: With a Little Help of my Friends

Das zaudernde, aber letztlich erfolgreiche Einlenken der Ukraine im Fall der gemeinsamen Grenzkontrolle mit der Republik Moldau steht im Zusammenhang mit den Erwägungen der Kiewer Regierung, für die volle Anbindung an die westliche Gemeinschaft und insbesondere die EU zu optieren,

anstatt ukrainische Partikularinteressen zu bedienen. Im Juni 2005 verlangten der moldauische Präsident Voronin und Juschtschenko in einem gemeinsamen Brief an den Hohen Vertreter der Gemeinsamen Europäischen Sicherheitspolitik Javier Solana die technische Hilfe zur Aufstellung einer Assistance Mission auf dem transnistrischen Segment der gemeinsamen Grenze. Im Oktober 2005 konnte ein Memorandum of Understanding zwischen der EU, der Republik Moldau und der Ukraine über die Einrichtung einer "European Union Border Assistance Mission" (EUBAM) mit einem Budget von 7 Millionen Euro für einen ersten Zeitraum von zwei Jahren unterzeichnet werden. Ab Dezember 2005 entsandte die EU 50 Zollbeamte und Grenzpolizisten als Beobachter an die Grenze zwischen beiden Staaten.¹⁷ Zwar hat sich nach der Regierungsbildung der pro-russischen "Partei der Regionen" in der Ukraine im Sommer 2006 die außenpolitische Orientierung des Landes wieder relativiert, allerdings widerrief auch die neue Janukowitsch-Regierung nicht grundsätzlich die Westwende der früheren Regierung und hielt die Zusammenarbeit mit der EU auch bezüglich Transnistriens weiterhin aufrecht. Es kam aber während der Regierungszeit Janukowitschs auch zu keinem Fortschritt: so verhinderten die ukrainischen Behörden die von der Republik Moldau angestrebte Umgehung des Eisenbahnverkehrs um Transnistrien durch plötzliche Bauarbeiten an der Umgehungsstrecke.

Die wichtigsten Ziele der EUBAM Mission sind die Harmonisierung der Grenzkontrollen mit der EU-Praxis, die Beobachtung der Grenzkontrollen an der moldauisch-ukrainischen Grenze und die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen beiden Grenz- und Zolldiensten. Sitz der Mission ist Odessa, die dortige Zentrale wird von sieben field offices unterstützt (drei auf der moldauischen

Seite – Otaci, Chişinău, Băşărăbeasca und vier auf der ukrainischen Seite – Timkovo-Slobodka, Platonovo, Cuciurgan und Odessa-Hafen). Auf der 955 km langen gemeinsamen Landgrenze gibt es 67 Kontrollpunkte, die von mittlerweile 200 Beamten kontrolliert werden. Die Mission hat dazu beigetragen, die bisher nur als Gerüchte existierenden Informationen über den weitreichenden Schmuggel über die unkontrollierte Grenze teilweise zu bestätigen. In der Tat wurden große Mengen von Fleisch, Zigaretten sowie Luxusautos über die transnistrisch-moldauische Grenze ein- und ausgeführt. Die Gerüchte über Waffenhandel und Drogenschmuggel blieben weitgehend ohne Beweise. Gleichzeitig sind die der EUBAM-Mission zur Verfügung stehenden Mittel stark eingeschränkt, da die EUBAM-Beamten selbst nicht kontrollieren, nur die von den ukrainischen und moldauischen Beamten unternommenen Kontrollen prüfen oder wiederholte Prüfung verlangen dürfen. Auch die Kontrolle des Tiraspoler Militärflughafens ist durch die EUBAM nicht möglich. Neben der Beteiligung an den Grenzkontrollen unterstützt die Europäische Kommission auch durch capacity-building die Arbeit der moldauischen und ukrainischen Grenzbeamten. Im Rahmen des BOMMOLUK-(Border Management for Moldova and Ukraine) Projekts (Budget: 9,9 Millionen Euro) wird die Grenzpolizei mit moderner Technik aufgerüstet.

Die gemeinsame Erklärung des im Dezember 2007 abgehaltenen Treffens der an EUBAM beteiligten Vertreter der Europäischen Kommission, der Mitgliedsstaaten und der moldauischen und ukrainischen Außenministerien und der Grenz- und Zolldienste hat der Mission Erfolg bescheinigt und die weitere Bereitschaft zur Zusammenarbeit bekräftigt.¹⁸ Die Laufzeit der EUBAM wurde bis Ende 2009 verlängert. Gleichzeitig erhöhten sich die Anreize für transnistrische

Firmen, sich offiziell in Chişinău registrieren zu lassen, da sie dadurch von den neuen, günstigen Handelspräferenzen der Moldau mit der EU profitieren können.

5. Aktuelle Entwicklungen und Ausblick

Während seit zwei Jahren keine offiziellen Verhandlungen zwischen der Republik Moldau und dem Sezessionsgebiet mehr stattgefunden haben, versucht die Republik Moldau mit einer "Politik des Zuckerbrot und der Peitsche" Transnistrien zu einer Kollaboration zu bewegen. Nach mehreren Treffen mit dem russischen Präsidenten Putin wurde im Oktober 2007 vom moldauischen Präsidenten Voronin eine neue Initiative zur Lösung des Konfliktes lanciert, das vertrauensbildende Maßnahmen in acht verschiedenen Politikbereichen anstoßen soll.¹⁹ Diese beinhalten unter anderem Schritte wie die Anerkennung der Universitätsabschlüsse der Tiraspoler Universität durch die moldauische Seite, den (Wieder-)Aufbau einer integrierten Verkehrsinfrastruktur oder die Gründung eines gemeinsamen Fernsehsenders.²⁰ Voronin ging in seinen – allerdings nicht offiziell, sondern nur in Form von zwei Zeitungsinterviews formulierten – Vorschlägen so weit, dass er auch eine Demilitarisierung von beiden Seiten sowie die Beseitigung der polizeilichen Kontrollpunkte an der administrativen Innengrenze zwischen der Moldau und Transnistrien in Aussicht stellte, was angesichts den bisherigen Erfahrungen mit der an ihrer militärischen Macht festhaltenden separatistischen Führung in Tiraspol wenig realistisch zu sein scheint.²¹

Parallel zu den vertrauensbildenden Maßnahmen setzt die Republik Moldau auch auf politischen und ökonomischen Druck, um die Bevölkerung und die Wirtschaftsakteure

aus dem Sezessionsgebiet zunehmend unter ihre eigene Rechtsprechung zu bringen. Nachdem – auch durch die Zusammenarbeit mit der Ukraine – die Mehrheit der transnistrischen Unternehmen zu einer offiziellen Registrierung bei der moldauischen Handelskammer bewegt werden konnte, beschloss die Republik Moldau 2007, ab Juli 2008 Fahrzeuge mit transnistrischen Nummernschildern nicht mehr auf ihrem Staatsgebiet zu tolerieren. Hintergrund der Entscheidung ist, dass auf Grund der niedrigen Einfuhrzölle in Transnistrien Personen von beiden Seiten des Dnjestr ihre Fahrzeuge in dem sezessionistischen Landesteil registrierten und damit der moldauischen Staatskasse einen empfindlichen Verlust bescherten. Zurzeit versucht die Republik Moldau, auch die Ukraine zu einem Verbot der international nicht anerkannten transnistrischen Nummernschilder auf ihrem Gebiet zu überzeugen.

Anderthalb Jahrzehnte verharrte der Transnistrien-Konflikt in einer Pattsituation, die sowohl für interne als auch externe Akteure Möglichkeiten bot, ihren Eigennutzen zu maximieren. Wie in diesem Beitrag angedeutet, scheint dieser für die Republik Moldau sehr verlustreiche Status quo in letzter Zeit aus mehreren Richtungen – zwar nur langsam und zögerlich, aber doch – in Bewegung zu geraten. Zweifelsohne kommt dabei der im Konflikt bislang eher eine negative Nebenrolle spielenden Ukraine erhöhte Bedeutung zu. Die nach der "Orangen Revolution" zunehmende Bereitschaft des Landes, mit der Republik Moldau und der EU zusammenzuarbeiten, hat den "eingefrorenen Konflikt" vom Nullpunkt weg bewegt. Gleichzeitig bleibt die von der Ukraine gespielte Rolle stark wechselhaft, was die Beilegung des Konfliktes auch in der Zukunft von den innenpolitischen Auseinandersetzungen in Kiew, den russisch-

transnistrischen Beziehungen sowie der Fähigkeit der EU, von außen Druck auf die Konfliktparteien auszuüben, abhängig macht.

Angesichts der schwierigen Regierungsbildungsprozesse in der Ukraine in den Wahljahren 2006 und 2007 bleibt die innen- und außenpolitische Ausrichtung des Landes auch weiterhin unklar und vom parteipolitischen Zwist geprägt. Die sich abwechselnden eher pro-russisch oder eher pro-westlich orientierten Parteien Janukowitschs und Timoschenkos haben eine klare Positionierung des Landes unmöglich gemacht, was auch für den Transnistrien-Konflikt Auswirkungen hat. So betont zwar die ukrainische Außenpolitik wie zuletzt durch den stellvertretenden Außenminister Andrej Wesselovskij, weiterhin die Priorität der Konfliktlösung auf der außenpolitischen Agenda der Ukraine, gleichzeitig lässt ihre Bereitschaft, auch faktisch mit der Moldau in praktischen Fragen wie dem Verbot transnistrischer Nummernschilder auf dem Gebiet der Ukraine zusammenzuarbeiten, immer wieder zu wünschen übrig.²² Abzuwarten bleibt auch, welchen Einfluss die am Festhalten an Transnistrien interessierten ukrainischen Unternehmer in der neuen Regierung von Julia Timoschenko spielen werden.

Auch die Rolle der Russischen Föderation ist von einer zunehmenden Ambivalenz in Bezug auf Transnistrien geprägt. Einerseits führt die offene finanzielle und die verdeckte militärische Unterstützung der Sezessionsrepublik zusammen mit der wiedergefundenen Großmachtsthetik Russlands immer wieder zu Konflikten mit der Moldau. So weigert sich die Moldau, die Unabhängigkeit des Kosovo anzuerkennen, wohl wissend, dass dieses von Russland möglicherweise zur rhetorischen Weiterunterstützung nicht nur Transnistriens, sondern auch der vergleichbaren De-facto-Staaten wie Abchasien, Süd-Ossetien oder Berg-Karabach genutzt werden könnte. Allerdings wird Russland aus

einem pragmatischem Grund nicht so weit gehen, die volle Souveränität dieser Gebilde anzuerkennen: um keine Kettenreaktion in den Kaukasusrepubliken, die zur Russischen Föderation gehören, auszulösen. Der Status quo bleibt für Russland ideal, denn er dient als Druckmittel gegenüber Staaten wie Georgien oder der Republik Moldau, die nach Westen schauen. Gleichwohl hat der Mitteleinsatz Russlands in der Region Grenzen: So verringerte sich die russische Hilfe für Transnistrien 2007 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als die Hälfte von 60 auf 27 Millionen US Dollar. Auch die von dem transnistrischem Regime angehäuften Energieschulden wurden im letzten Jahr vom russischem Staat an den Energiemagnaten Alisher Usmanov weiterverkauft, wodurch die Tilgung der Schulden wahrscheinlich keine politische Verhandlungssache zwischen Moskau und Tiraspol mehr bleibt, sondern viel stärker ökonomischen Kriterien Rechnung tragen muss. Diese zunehmend pragmatische Handhabung des Konfliktes durch die russische Seite wird neuerdings von einem weiteren Faktor unterstützt: Nach dem Kosovo-Debakel mit dem Westen scheint Russland zunehmend versucht zu sein, die Lösung des Transnistrien-Konfliktes als positive Alternative zur Lösung von separatistischen Konflikten in der Region darzustellen.

Wenngleich sowohl die Nachbarschaftspolitik als auch die Sicherheitsstrategie der Europäischen Union die Lösung der "eingefrorenen Konflikte" an ihren Grenzen für sich als Ziel definierte, steht die EU in dieser Hinsicht noch in der Schuld, den Beweis zu liefern, wie effizient sie ihre soft power wirklich benutzen kann. In der Tat gab es im Fall von Transnistrien Zeichen, dass ihre Einwirkung sowohl auf die innenpolitische Entwicklung in der Ukraine als auch auf die Ermöglichung von mehr Transparenz an der moldauisch-ukrainischen Grenze einen positiven Beitrag zur Konfliktlösung leisten

kann. Der Erfolg der Konfliktlösung in Transnistrien bleibt letztlich auch ein Test für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Um eine wirkliche Erfolgsgeschichte im Bereich der Konfliktlösung zu erzielen, muss die Europäische Union ihren Druck auf die verschiedenen Akteu-

re in der Region weiter erhöhen. Die Aktionspläne, deren Verlängerung bis ins Jahr 2009 und vor allem die Stärkung der Instrumente der Europäischen Nachbarschaftspolitik können dazu beitragen, mehr Sicherheit in der europäischen Nachbarschaft zu stiften.

Anmerkungen

- ¹ Im Gegensatz zu der Ukraine hat in der Moldau keine "farbige" Revolution stattgefunden. Dennoch hat die von der Moldauischen Kommunistischen Partei regierte Moldau sich in Richtung Westen orientiert. Zu den Hintergründen, siehe March, Luke: From Moldovanism to Europeanization? Moldova's Communists and Nation Building, in: Nationalities Papers 4/2007, S.601-626 und Crowther, William: Moldova, Transnistria and the PCRMs Turn to the West, in: East European Quarterly 3/2007.
- ² Für eine ausführliche Analyse siehe: Popescu, Nicu: The EU in Moldova. Settling conflicts in the neighbourhood, Paris 2005.
- ³ Chinn, Jeff/Roper, Steven D.: Ethnic Mobilization and Reactive Nationalism: The Case of Moldova, in: Nationalities Papers 23/1995, S.291-325.
- ⁴ Troebst, Stefan: Wie ein skythischer Bogen. Transnistrien als Bollwerk zwischen Orient und Europa, in: FAZ, 7.10.2002, S.8.
- ⁵ Gabanyi, Anneli Ute: Die Republik Moldau im Kontext der Neuen EU-Nachbarschaftspolitik, in: SWP-Studie S46/2004.
- ⁶ Plan Trilateral pentru Soluționarea Problemei Transnistrene, București/Kiev/Chișinău 2006, S.25-26.
- ⁷ Siehe Gorincioi, Radu: Cooperarea Republicii Moldova cu Statele Vecine și cu Actorii Geopolitici Internaționali, in: Moldova pe calea democrației și stabilității, hrsg. vom Institutul pentru Dezvoltare și Inițiative Sociale, Cartier 2005, S.237-240.
- ⁸ Kuzio, Taras: Slavophiles Versus Westernisers: Foreign Policy Orientations in Ukraine, in: Between Russia and the West. Foreign and Security Policy of Independent Ukraine, hrsg. von Kurt R. Spillmann, Andreas Wenger und Derek Muller, Bern 1999, S.53-74.
- ⁹ Politicheskoe Okologazovoe, Terminal Nr. 15 (341), Hrsg. von "Psychea", 16.4.2007, S.16, <http://oilreview.kiev.ua>
- ¹⁰ Gonchar, Michail: Russian energy policy in the context of diversification of markets and current resource deficits: conclusions for EU and Ukraine, in: Chornomorska Bezpeka 1/2007, S.3-10, www.nomos.com.ua
- ¹¹ Dabei ging es um die vom Präsidenten angeblich gebilligte Ermordung des regierungskritischen Journalisten Georgij Gongadse.
- ¹² GUAM, früher GUUAM, steht für die Sicherheitsallianz der vier GUS-Staaten Georgien, Ukraine, Aserbaidschan und Moldawien. Das ursprüngliche 5. Mitglied Usbekistan schied 2005 aus. (Anm. d. Red.)
- ¹³ Das Parlament der Republik Moldau: Entscheidung, welche die wichtigsten Garantien für die transnistrische Bevölkerung bestätigt, in: Monitorul Oficial al RM, Nr.104-106, 5.8.2005, S.89.
- ¹⁴ Radio Free Europe/Radio Liberty: Transdnier Pulls Out of Talks on Settlement, <http://www.rferl.org>
- ¹⁵ Radio Free Europe/Radio Liberty: Ukraine: Kyiv Tightens Customs Controls on Transdnier, <http://www.rferl.org>
- ¹⁶ Siehe dazu im Detail Zofka, Jan: Tödliche Wirtschaftsblockade oder transparente Zollregelung? Die neue Zollverordnung der Ukraine und der Transnistrien-Konflikt, in: Ukraine-Analysen 7/2006, S.6.
- ¹⁷ Siehe dazu im Detail Rácz, András: The EU Border Assistance Mission to Ukraine and Moldova: A Preliminary Analysis, in: EuroJour-

nal.org – Journal of Foreign Policy of Moldova 12/2005 und Sushko, Oleksiy: EU Initiatives for Border Management in Its Eastern Neighbourhood, in: International Spectator 41/2006, S.43-61.

¹⁸ Presseerklärung des Außenministeriums der Republik Moldau, 17.12.2007, www.mfa.gov.md

¹⁹ Minzarari, Dumitru: The new Transnistria Initiatives of President Voronin: Breakthrough or Agony?, in: Political and Security Statewatch 5/2007, S.10-11, http://www.viitorul.org/public/991/en/PSS_No.5_october2007.pdf

²⁰ Interview mit Präsident Vladimir Voronin, Komсомolskaya Pravda, 4.10.2007.

²¹ Marandici, Ion: Major threats to the security of Republic of Moldova: 2007, in: Political and Security Statewatch 6/2007, S.11-15, http://www.viitorul.org/public/991/en/PSS_no.7_december_2007.pdf

²² Din 2008, Guvernul va lupta impotriva unitatilor de transport inmatriculate la Tiraspol, 8.11.2007, <http://www.europa.md/rom/infto/2478>, Stand: 26.12.2007.

Autorenverzeichnis

Buzogany, Aron, M.A., M.P.S

Politikwissenschaftler, Arbeitsstelle Europäische Integration, Freie Universität Berlin

Heller, Klaus, Prof. em. Dr.

Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte, Justus-Liebig-Universität Gießen, seit April 2003 emeritiert

Kijak, Taras, Prof. Dr.

Direktor des Mitteleuropa-Instituts, Universität Kiew

Lindner, Rainer, PD Dr. phil. habil.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Russland/GUS, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Lüdemann, Ernst, Dr.

Osteuropa-Historiker und Abteilungsleiter in der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Maćków, Jerzy, Prof. Dr.

Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft, Universität Regensburg

Marandici, Ion

Politikwissenschaftler und Journalist, Institut für Entwicklung und Soziale Initiativen "Viitorul" und "Zentrum für Europäische Integration und Politische Analyse", Chisinau, Republik Moldau

Nogradi, György, Prof. Dr.

Lehrstuhl für Verteidigungsökonomie, Corvinus Universität Budapest

Rill, Bernd

Referent für Recht, Staat, Europäische Integration der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Rose, Klaus, Dr.

Parlamentarischer Staatssekretär a.D., Vilsbiburg

Schroeder, Friedrich-Christan, Prof. Dr. Dr. h.c.

Emeritus für Strafrecht, Strafprozessrecht und Ostrecht an der Universität Regensburg

Zlepko, Dmytro, Prof. Dr.

Institut für Deutsch-Ukrainische Beziehungen, Ukrainische Freie Universität, München

Verantwortlich:

Dr. Reinhard C. Meier-Walser

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Herausgeber:

Bernd Rill

Referent für Recht, Staat, Europäische Integration, Akademie für Politik und Zeitgeschehen
in der Hanns-Seidel-Stiftung, München

"Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen"

Die "Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen" werden parallel zur Druckfassung auch zum Herunterladen auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung www.hss.de angeboten (ab Nr. 14). Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind (Nr. 8, 9, 11, 23-29, 42, ab 45), können per Klick auf "Publikationen" oder telefonisch unter 089/1258-263 kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Berufsvorbereitende Programme für Studierende an deutschen Universitäten
- Nr. 2 Zukunft sichern: Teilhabegesellschaft durch Vermögensbildung
- Nr. 3 Start in die Zukunft – Das Future-Board
- Nr. 4 Die Bundeswehr – Grundlagen, Rollen, Aufgaben
- Nr. 5 "Stille Allianz"? Die deutsch-britischen Beziehungen im neuen Europa
- Nr. 6 Neue Herausforderungen für die Sicherheit Europas
- Nr. 7 Aspekte der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union
- Nr. 8 Möglichkeiten und Wege der Zusammenarbeit der Museen in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 9 Sicherheit in Zentral- und Südasien – Determinanten eines Krisenherdes
- Nr. 10 Die gestaltende Rolle der Frau im 21. Jahrhundert
- Nr. 11 Griechenland: Politik und Perspektiven
- Nr. 12 Russland und der Westen
- Nr. 13 Die neue Familie: Familienleitbilder – Familienrealitäten
- Nr. 14 Kommunistische und postkommunistische Parteien in Osteuropa – Ausgewählte Fallstudien
- Nr. 15 Doppelqualifikation: Berufsausbildung und Studienberechtigung – Leistungsfähige in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 16 Qualitätssteigerung im Bildungswesen: Innere Schulreform – Auftrag für Schulleitungen und Kollegien
- Nr. 17 Die Beziehungen der Volksrepublik China zu Westeuropa – Bilanz und Ausblick am Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 18 Auf der ewigen Suche nach dem Frieden – Neue und alte Bedingungen für die Friedenssicherung
- Nr. 19 Die islamischen Staaten und ihr Verhältnis zur westlichen Welt – Ausgewählte Aspekte
- Nr. 20 Die PDS: Zustand und Entwicklungsperspektiven

- Nr. 21 Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen
- Nr. 22 Bessere Justiz durch dreigliedrigen Justizaufbau?
- Nr. 23 Konservative Parteien in der Opposition – Ausgewählte Fallbeispiele
- Nr. 24 Gesellschaftliche Herausforderungen aus westlicher und östlicher Perspektive – Ein deutsch-koreanischer Dialog
- Nr. 25 Chinas Rolle in der Weltpolitik
- Nr. 26 Lernmodelle der Zukunft am Beispiel der Medizin
- Nr. 27 Grundrechte – Grundpflichten: eine untrennbare Verbindung
- Nr. 28 Gegen Völkermord und Vertreibung – Die Überwindung des zwanzigsten Jahrhunderts
- Nr. 29 Spanien und Europa
- Nr. 30 Elternverantwortung und Generationenethik in einer freiheitlichen Gesellschaft
- Nr. 31 Die Clinton-Präsidentschaft – ein Rückblick
- Nr. 32 Alte und neue Deutsche? Staatsangehörigkeits- und Integrationspolitik auf dem Prüfstand
- Nr. 33 Perspektiven zur Regelung des Internetversandhandels von Arzneimitteln
- Nr. 34 Die Zukunft der NATO
- Nr. 35 Frankophonie – nationale und internationale Dimensionen
- Nr. 36 Neue Wege in der Prävention
- Nr. 37 Italien im Aufbruch – eine Zwischenbilanz
- Nr. 38 Qualifizierung und Beschäftigung
- Nr. 39 Moral im Kontext unternehmerischen Denkens und Handelns
- Nr. 40 Terrorismus und Recht – Der wehrhafte Rechtsstaat
- Nr. 41 Indien heute – Brennpunkte seiner Innenpolitik
- Nr. 42 Deutschland und seine Partner im Osten – Gemeinsame Kulturarbeit im erweiterten Europa
- Nr. 43 Herausforderung Europa – Die Christen im Spannungsfeld von nationaler Identität, demokratischer Gesellschaft und politischer Kultur
- Nr. 44 Die Universalität der Menschenrechte
- Nr. 45 Reformfähigkeit und Reformstau – ein europäischer Vergleich

- Nr. 46 Aktive Bürgergesellschaft durch bundesweite Volksentscheide? Direkte Demokratie in der Diskussion
- Nr. 47 Die Zukunft der Demokratie – Politische Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 48 Nachhaltige Zukunftsstrategien für Bayern – Zum Stellenwert von Ökonomie, Ethik und Bürgerengagement
- Nr. 49 Globalisierung und demografischer Wandel – Fakten und Konsequenzen zweier Megatrends
- Nr. 50 Islamistischer Terrorismus und Massenvernichtungsmittel
- Nr. 51 Rumänien und Bulgarien vor den Toren der EU
- Nr. 52 Bürgerschaftliches Engagement im Sozialstaat
- Nr. 53 Kinder philosophieren
- Nr. 54 Perspektiven für die Agrarwirtschaft im Alpenraum
- Nr. 55 Brasilien – Großmacht in Lateinamerika
- Nr. 56 Rauschgift, Organisierte Kriminalität und Terrorismus
- Nr. 57 Fröhlicher Patriotismus? Eine WM-Nachlese
- Nr. 58 Bildung in Bestform – Welche Schule braucht Bayern?
- Nr. 59 "Sie werden Euch hassen ..." – Christenverfolgung weltweit
- Nr. 60 Vergangenheitsbewältigung im Osten – Russland, Polen, Rumänien
- Nr. 61 Die Ukraine – Partner der EU